

# Die Revolution von 1918/19 im Erleben des Rhein-Main-Gebietes

von Wolf-Heino Struck, Wiesbaden

erschienen in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 19, 1969, S. 368 ff

Anmerkung WK: Es wurden Zwischenüberschriften eingefügt

## Inhaltsübersicht

I. Die Vorbedingungen

II. Die Ereignisse

- In der Stadt und dem Regierungsbezirk Wiesbaden (S. 388)
- In Darmstadt und im ehem. Großherzogtum Hessen (S. 399).
- In Hanau (S. 406).
- In Frankfurt a. M. (S. 419).

III. Zusammenfassende Würdigung S. 429.

Das historische Urteil über die Revolution von 1918/19 wurde, solange die aus ihr hervorgegangene Weimarer Republik bestand, hineingerissen in den Kampf der Parteileidenschaften um die neue Staatsform. Ja, man kann sagen, daß die erste deutsche Republik zugrunde gegangen ist an dem mangelnden Selbstverständnis ihres revolutionären Ursprungs unter dem von rechts und links mit gleicher Erbitterung erhobenen Vorwurf des Verrats. Während die Rechte nur von dem Novemberverbrechen sprach, indem sie die Revolution mit dem Brandmal der nationalen Untreue zeichnete<sup>1)</sup>, bezichtigte die radikale Linke die Republik schon in *ihrer* Entstehung des konterrevolutionären Betrugs am internationalen proletarischen Sozialismus<sup>2</sup>. Erst seit dem beispiellosen Einschnitt von 1945 mit seinen innerdeutschen und weltpolitischen Folgen ist die Revolution von 1918/19 in ihren Ursachen, Erscheinungsformen und fortwirkenden Kräften einer ruhigen historischen Betrachtung zugänglich geworden.

Ein wesentliches Kennzeichen jener Revolution besteht darin, daß der umwälzende Sturz des deutschen Kaisertums und der 22 Fürstenthümer der deutschen Länder zu keinem radikalen Bruch mit der alten staatlich-gesellschaftlichen Ordnung führte<sup>3</sup>, daß sich vielmehr die revolutionäre Regierung unter Reichskanzler Ebert mit der Obersten Heeresleitung unter Feldmarschall Hindenburg und mit dem bestehenden Verwaltungsapparat des Kaiserreiches verbündete, um weitergehende revolutionäre Regungen unter dem Schlagwort der bolschewistischen Gefahr niederzuwerfen. In der Beurteilung dieser Entscheidung herrscht noch heute keine Einigkeit unter den Historikern. Man macht die Halbheit der Revolution dafür verantwortlich, daß es dem Nationalsozialismus gelingen konnte, die

---

<sup>1</sup> Dieser Vorwurf findet sich schon in dem Ende 1919 erschienenen Buch des Generalfeldmarschalls von Hindenburg *Aus meinem Leben* (hier zitiert nach der Volksausgabe, Leipzig 1934) S. 311 f.: „Wir sinken, denn die Heimat sinkt“; „Der Umsturz siegt“; vgl. auch Amtliche Urkunden zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes 1918 (2. Aufl. Berlin 1924), dazu Erich Matthias und Rudolf M o r s e y, *Die Regierung des Prinzen Max von Baden* (Düsseldorf 1962) S. XLIII ff.; Andreas D o r p a l e n, *Hindenburg in der Geschichte der Weimarer Republik* (Berlin und Frankfurt/M. 1966) S. 52. Zur Dolchstoßlegende vgl. Percy Ernst S c h r a m m, *Die „Revolution“ (November 1918) erlebt an der Westfront*, in: *Sprache und Politik. Festgabe für Dolf Sternberger* (Heidelberg 1968) S. 506 f.

<sup>2</sup> Vgl. etwa die vom Standpunkt des revolutionären Marxismus geschriebene *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution* (Berlin 1929).

<sup>3</sup> Wolfgang E l b e n, *Das Problem der Kontinuität in der deutschen Revolution* (Düsseldorf 1965).

Weimarer Republik zu Fall zu bringen.<sup>4</sup> Gab es im November 1918 wirklich nur die tragische Zwangslage, daß sich die parlamentarische Republik mit den alten konservativen Mächten verbünden mußte, wenn sie die proletarische Diktatur vermeiden wollte? <sup>5</sup> Seit den 50er Jahren wurde die Betrachtungsweise aus der Sicht von 1933 ergänzt durch ein besseres Verständnis der die Revolution tragenden Räteverfassung.<sup>6</sup> Besaß die Revolution nicht in den Arbeiter- und Soldatenräten ein Instrument, das sie stärker hätte einsetzen müssen, um gemäß den gesellschaftlichen Bedingungen den alten Militär- und Obrigkeitsstaat zu beseitigen? Falls aber das Räte-system sich damals als unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie erwies, hätte nicht wenigstens eine Totalrevision des Beamtenapparats im Sinne einer radikalen Demokratisierung vorgenommen werden können? <sup>7</sup>

Zu einem gewissenhaften Überdenken der Zeitsituation von 1918/19 und damit einem möglichst wahrheitsgetreuen Bilde der Revolution vermag die Beschränkung des Blickfeldes auf die damaligen Verhältnisse einer einzelnen deutschen Landschaft wesentlich beizutragen. Das hier im Mittelpunkt der Betrachtung stehende Rhein-Maingebiet deckt sich ungefähr mit dem Bezirk des Generalkommandos des 18. Armeekorps, das seinen Sitz in Frankfurt hatte und an das in Koblenz das 8. und in Kassel das 11. Armeekorps mit ihren Bereichen grenzten.<sup>8</sup> Die Generalkommandos besaßen seit Ausbruch des Krieges aufgrund des immer dichter werdenden Netzes der kriegswirtschaftlichen Verordnungen eine führende Rolle in der gesamten zivilen Verwaltung. An den vier Städten Darmstadt, Frankfurt, Hanau und Wiesbaden lassen sich Unterschiede geradezu typischer Art in der Ausprägung des Rätegedankens erkennen, die auch ein allgemeines Urteil über diesen wichtigen Komplex der Revolution gestatten.

---

<sup>4</sup> Vgl. besonders Karl Dietrich Bracher, Deutschland zwischen Demokratie und Diktatur (Berlin, München, Wien 1964).

<sup>5</sup> Das ist die Ansicht von Karl Dietrich Erdmann, Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1955 S. 7; vgl. auch ders.: Die Zeit der Weltkriege (Bruno Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte 8. Aufl. hrsg. von Herbert Grundmann, Bd. 4, Stuttgart 1959) S. 86 f.

<sup>6</sup> Walter T o r m i n, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 (Düsseldorf 1954); Eberhard Kolb, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918 1919 (Düsseldorf 1962); ders., Rätewirklichkeit und Räte-Ideologie in der deutschen Revolution von 1918/19, in: Deutschland und die Russische Revolution, hrsg. von Helmut Neubauer (Stuttgart 1964) S. 94-110; Peter von O e r t z e n, Betriebsräte in der Novemberrevolution (Düsseldorf 1963); Reinhard R ü r u p, Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19 (Wiesbaden 1968).

<sup>7</sup> So Udo B e r m b a c h, Das Scheitern des Räte-systems und der Demokratisierung der Bürokratie 1918/19, in: Politische Vierteljahresschrift 8 (1967) S. 460. Für die Geschichtsschreibung des ostzonalen Deutschland sind diese Fragen in parteilicher Statuierung einer angeblich objektiven Gesetzmäßigkeit der Entwicklung freilich längst entschieden, vgl. Walter N i m t z, Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland (Berlin[-Ost] 1965); Reinhart B e c k, Die Geschichte der Weimarer Republik im Spiegel der sowjetzonalen Geschichtsschreibung (Bonn und Berlin 1965) S. 111 ff., 177 ff., 183 f.

<sup>8</sup> Vgl. S t e c h e r t' s Armee-Einteilung und Quartier-Liste ~des Deutschen Reichsheeres und der Kaiserlichen Marine 55 Jg. (1914) S. 46 f.

# Die Vorbedingungen

## I

(Anmerkung: Lücken in der Übertragung der folgenden Seite)

Bei Kriegsausbruch war durch Verhängung des Belagerungszustandes<sup>9</sup> die Freiheit der Presse und des politischen Lebens weitgehend beschnitten worden. Der gleichzeitig vereinbarte Burgfrieden wurde mehr und mehr bedroht, als der Krieg aus einem Ereignis zu einem Zustand geworden war und die innerpolitischen Spannungen der Vorkriegszeit durch die Nöte des Krieges und die Auseinandersetzung um die Kriegsziele vermehrt wurden. Der Wiesbadener Regierungspräsident gab schon in seinem Jahresbericht an den Kaiser vom 26. Januar 1917 zu, daß die Friedenssehnsucht in allen Bevölkerungsschichten groß sei. Er meinte allerdings, trotzdem überwiege das Verständnis dafür, daß nur ein guter Friede für uns in Frage kommen könne, der den Opfern an Gut und Blut entspreche. Bis in die untersten Schichten lebe der Gedanke, daß Deutschland unbesiegbar sei.<sup>10</sup>

Als die Sozialdemokratische Partei am 4. August 1914 im Reichstag den Krediten für den Krieg, den sie allerdings für einen Verteidigungskrieg ansah, zustimmte<sup>11</sup>, hatte sie damit einen Schritt von außerordentlicher innerpolitischer Tragweite vollzogen. Das 1916 erschienene Buch des der SPD angehörenden nachmaligen Wiesbadener Regierungspräsidenten Konrad H a e n i s c h „Die deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkriege“ ist ein ergreifendes Zeugnis von dem Sinneswandel dieser seit den Reichstagswahlen von 1912 stärksten Partei. Bei Kriegsausbruch wurde es „Millionen von deutschen sozialdemokratischen Arbeitern klar, daß in jahrzehntelangem opfervollen Ringen Heimatrecht in dieser erstritten hatten<sup>12</sup>. Die Arbeiterbewegung begann, den Staats- Institutionen mit ihrem Geiste zu durchdringen, ihn ihren dienstbar zu machen.<sup>13</sup> Wie Scheidemann es im August 1914 ausdrückte: die SPD verteidigte Deutschland, um es zu erobern.<sup>14</sup> Bezeichnend die politische Haltung des seit 1903 den Wahlkreis Main sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Eduard D: den geistigen Führern der Fraktion gehörte. Er war davon der Fortschritt im gesellschaftlichen Leben unter Achtung parlamentarischer Spielregeln auf dem Wege der Verständigung und des Kompromisses errungen werden müsse<sup>15</sup>. Unablässig hat er dal führenden sozialdemokratischen Parteiführern sich währer um innerpolitischen Ausgleich und um vertrauensvolle Zusammenarbeit der Reichsleitung und den Fraktionen der Mitte bemüht.<sup>16</sup> Bei der Reichsregierung war der Wille zu solchem Zusammengehen terschaft und ihrer organisierten Interessenvertretung, den vorhanden. Das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 Gewerkschaften die Anerkennung als berufene Vertreter dei schaft.<sup>17</sup>

Freilich gab es auch in der Sozialdemokratie unserer L früh eine linke Strömung, die von der Parteilinie abwich. I versammlung der Frankfurter Sozialdemokratie faßte am 1 Resolution, daß

---

<sup>9</sup>

<sup>10</sup>

<sup>11</sup>

<sup>12</sup> Konrad H a e n i s c h, Die Deutsche Sozialdemokratie im Weltkriege (Berlin 1916) S. 111.

<sup>13</sup> Ebenda S. 107 f.

<sup>14</sup> 14) Zitiert bei Albert C. G r z e s i n s k i, Inside Germany S. 33.

<sup>15</sup> Max S c h w a r z, MdR. Biographisches Handbuch der tage (Hannover 1965) S.292 f.

<sup>16</sup>

<sup>17</sup>

entsprechend der internationalen Solidaritäts in eine sofortige Agitation zugunsten eines alsbaldigen Eintretens sei.") Hier zeigte sich die gleiche f jenen 18 Reichstagsabgeordneten der sozialdemokratischen März 1916 gegen den Notetat stimmten, daraufhin aus d( geschlossen wurden und die Sozialdemokratische Arbeitsl gründeten. Ein linker Flügel dieser Arbeitsgemeinschaft -, den Spartakusbriefen eine radikale Opposition vom Stand <sup>18</sup>

nationalen Marxismus. Mit ihren Führern Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Klara Zetkin stand schon seit August 1914 eine Gruppe der sozialdemokratischen Partei Hanau in Verbindung.<sup>19</sup>

Der Sozialdemokratie wurde die Bejahung der nationalen Sache bei Kriegsausbruch dadurch erleichtert, daß es gegen das vom Zaren despotisch beherrschte Rußland ging!<sup>20</sup>) Der Sturz des Zarentums im März 1917 mußte daher die Kriegsstimmung bei den breiten Massen in Deutschland außerordentlich herabsetzen. Die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sagte sich nun als Unabhängige Sozialdemokratische Partei mit der Forderung energischer Friedenspolitik auf der Gothaer Konferenz vom 9. bis 11. April 1917 gänzlich von der alten Partei los. Schon am 28. April 1917 wurde in Frankfurt ein Ortsverein der USP begründet. Hier nahm auch das Bezirkssekretariat dieser Partei für Südwestdeutschland seinen Sitz.<sup>21</sup>

In der Forderung nach Parlamentarisierung der Regierung und nach Abschaffung des preußischen Dreiklassenwahlrechts begegnete sich die Sozialdemokratie mit dem fortschrittlichen Bürgertum, das nun auch seine Forderungen lauter erhob, besonders nachdem als Folge des unbeschränkten U-Boot-Krieges die Vereinigten Staaten am 6. April 1917 in den Kreis der Kriegsgegner Deutschlands eingetreten waren. In einer Artikelserie „Deutscher Parlamentarismus in Vergangenheit und Gegenwart“ legte der Heidelberger Staatsrechtler Max Weber im Juni 1917 in der Frankfurter Zeitung den Finger auf den entscheidenden Konstruktionsfehler der Reichsverfassung <sup>22</sup>: das mangelnde Gegengewicht gegen die Beamtenherrschaft durch eine wirkungsvolle Parlamentskontrolle. Wer habe, so fragte Weber, den ungeheuren, politisch keineswegs gleichgültigen Haß einer ganzen Welt auf das Haupt des deutschen Monarchen geladen? Wer habe es möglich gemacht, daß die Menschen im Ausland vielfach ernstlich glauben, Deutschland schmachte nach Befreiung? Das habe die konservative Beamtenschaft getan, die in den entscheidenden Momenten Leute mit Beamtengeist an Stellen setzte, auf welche Politiker gehörten. Die Exemplare der Zeitung, soweit sie noch nicht verkauft waren, und die zu ihrer Herstellung bestimmten Platten und Formen wurden wegen dieses Artikels beschlagnahmt, der politische Teil der Frankfurter Zeitung unter Vorzensur gestellt. Die „Volksstimme“, die Zeitung der Frankfurter Sozialdemokraten, bemerkte dazu, man dürfe sich bei solcher Behandlung der großen, im Ausland viel gelesenen Zeitung nicht wundern, wenn im Ausland Deutschland noch immer als ein

---

<sup>18</sup>

<sup>19</sup> Friedrich S c h n e i l b a c h e r, Hanau in der Revolution vom 7. November 1918 bis 7. November 1919. Mit einem Vorwort von Klara Z e t k i n (Hanau 1920) S. 11.

<sup>20</sup> Ober die Volkstümlichkeit der Parole: Nieder mit dem Zarismus vgl. die große Zahl der Pressestimmen bei H a e n i s c h S. 14 ff. Die Sozialdemokratie übernahm in dem Haß gegen das zaristische Rußland das bis in die Zeit der Heiligen Allianz zurückgehende Erbe der Demokraten.

<sup>21</sup> HStAW 425, 364 (Schreiben des Frankfurter Polizeipräsidenten vom 27. 9. 1918 an den Landrat in Höchst).

<sup>22</sup> Nr. 172 vom 24. 6. 1917, 1. Morgenblatt (Exemplar in HStAW 405, 2782).

Hort der Reaktion angesehen werde.<sup>23</sup> Erst als der Hauptausschuß des Reichstages eingriff, wurde die Vorzensur zurückgenommen.<sup>24</sup> Der Fall veranlaßte den Reichstag und die Frankfurter Zeitung, die Aufhebung der politischen Zensur überhaupt zu fordern.

Nach den Grundsätzen des Kriegspresseamtes<sup>25</sup> wollte die Zensur keine böswillige Feindin der Freiheit sein. Es sollte stets darauf geachtet werden, die Presse nicht zum Gegner, sondern zum Bundesgenossen zu haben. Denn die rechtzeitige Erörterung bestimmter Streitfragen oder Beschwerden in der Presse schaffe den Konfliktstoff häufig sehr viel harmloser aus der Welt als ein auf die Dauer nicht haltbares Schweigegebot. Die Geheimhaltung der militärischen und wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands vor dem feindlichen Ausland führte jedoch zu immer stärkerer Einengung der Pressefreiheit. Die Gemüter wurden dadurch für wilde Gerüchte empfänglich. Im Januar 1917 kam in unserem Gebiet das Gerücht auf, daß die Bauern Butter als Wagenschmiere benützten, da wegen der Festsetzung eines (angeblich zu niedrigen) Höchstpreises für Butter diese für die Bauern billiger sei als die minderwertigen Schmiermittlersatzstoffe.<sup>26</sup> Wahrsagende Frauen riefen eine Beunruhigung unter den Munitionsarbeitern hervor, indem sie Karten legten und naheliegenderweise dabei bevorstehende Gefahren in Aussicht stellten.<sup>27</sup> Der Gouverneur der Festung Mainz setzte im April 1917 durch Plakataushang 3000 Mark Belohnung für denjenigen aus, der einen der feindlichen Agenten, die im deutschen Volk Unzufriedenheit und Zwietracht erregen wollten, entlarvte und zur Bestrafung brachte.<sup>28</sup> Die Frankfurter Zeitung brachte - allerdings im Kleindruck - auch die Kriegsberichte der Alliierten. Es waren besonders die Geistlichen und Lehrer, die sich in den Dienst der vaterländischen Aufklärungsarbeit stellten, bei der Werbung für die Kriegsanleihen in ihren Gemeinden halfen und durch Vorträge beruhigend und ermutigend auf die Bevölkerung einzuwirken suchten.<sup>29</sup> Das Bischöfliche Ordinariat in Limburg trat am 11. Juni 1917 in einem Rundschreiben an den Klerus den antimonarchischen Agitationen entgegen. Wie es aus zuverlässiger Quelle wisse, suchten die Feinde unseres Landes in neuerer Zeit durch bezahlte Agenten das deutsche Volk gegen seine Fürsten aufzuhetzen, um womöglich durch innere Zwietracht seine Widerstandskraft gegen ihre Angriffe zu lähmen. Der Klerus sollte auf solche Leute und Bestrebungen sorgfältig achten, ihnen mit Entschiedenheit entgegentreten und bei den zuständigen Behörden zur Anzeige bringen, im übrigen aber nachdrücklich darauf hinwirken, daß das Vertrauen des Volkes zu seinem von Gott gegebenen Fürsten nicht nur

---

<sup>23</sup> Beilage zu Nr. 150 der Volksstimme vom 29.6.1917. Die Frankfurter Zeitung hatte jene Zensurverfügung in Fettdruck durch die Mitteilung bekanntgegeben, daß sie aus Gründen, die sich öffentlicher Bekanntgabe entzögen, sich veranlaßt sehe, den politischen Teil bis auf weiteres ohne eigene Meinungsäußerung erscheinen zu lassen.

<sup>24</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 183 vom 5. 7. 1917, Abendblatt.

<sup>25</sup> Schrift des Kriegspresseamts, in dem der Vortrag seines Chefs vom 29. 2. 1916 abgedruckt ist (HStAW 405, 2782).

<sup>26</sup> Ausgangspunkt war eine undeutliche Mitteilung des Wiesbadener Tagblatts (HStAW 405, 2782).

<sup>27</sup> Der Gouverneur der Festung Mainz wandte sich deshalb mit Schreiben vom 29. 5. 1918 an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden, auf dessen Umfrage bei den Landratsämtern allerdings überall Fehlanzeige erfolgte (HStAW 405, 2777 Bl. 458 f.).

<sup>28</sup> Ebenda Bl. 160.

<sup>29</sup> M ü 11 e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 184 f. nach HStAW 405, 2777 Bl. 336 f.

erhalten bleibe, sondern immer mehr erstarke.<sup>30</sup>

Je drückender die Lasten des Krieges wurden, um so größere Erbitterung mußte es hervorrufen, daß die Regierung oder ihre unteren Organe die für innere Reformen und einen Verständigungsfrieden eintretenden Kreise in ihrer öffentlichen Tätigkeit benachteiligten. Ein für die Aufklärung bei den Truppen bestimmtes Merkblatt des stellvertretenden Generalkommandos des 11. Armeekorps in Kassel vom 6. August 1917 gab beherzigenswerte Ermahnungen zu allgemeiner, gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Verträglichkeit, zur Vermeidung jeder Mißstimmung zwischen Hoch und Niedrig, Arm und Reich, Stadt und Land, zum Verzicht auf Wohlleben derer, die mehr Geld haben wie andere, schloß aber mit dem Satz: „Ein lauer Friede würde ein Friede nach dem Herzen unserer Feinde sein“.<sup>31</sup> Der Führer der Alldeutschen, der Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß, behauptete in Zeitungsartikeln und Flugblättern seit Juni 1917, was die „Frankfurter Zeitung“ sowie Sozialdemokratie, Freisinnige Volkspartei und ihresgleichen anstrebten, sei etwas, was auf den Namen Demokratie keinen Anspruch mehr habe. Es sei die Entartung zur angestrebten Herrschaft der Massen, zur Ochlokratie, der Vorstufe der Anarchie.<sup>32</sup> Ein mit Genehmigung des stellvertretenden Generalkommandos des 18. Armeekorps verbreitetes Flugblatt des in Bad Nauheim wohnhaften Schriftstellers Curt Trützschler von Falkenstein vom Juli 1917 verlangte, daß das Deutsche Volk die feste Zusage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts für den preußischen Landtag als Leistung Kaiser Wilhelms II., „des innerlich größten Gottes- und Volks-Monarchen, den die Weltgeschichte je besaß“, durch einen Dank-Appell anerkennen solle. Jeder Staatsbürger möge von den Reichstagsabgeordneten und den Parteiführern mit kategorischer Strenge verlangen, daß bei Einführung des Parlamentarismus in Deutschland unser Staatsoberhaupt nicht zum Schein-Kaiser heruntergedrückt werde.<sup>33</sup>

Der Wiesbadener Regierungspräsident erwähnte in seinem Verwaltungsbericht an den Kaiser vom 23. April 1917, daß die Einwohnerschaft der großen Städte Frankfurt und Wiesbaden schon manche Zeichen der Unterernährung aufweise und die Anzahl der Sterbefälle in beiden Städten im Zunehmen begriffen sei.<sup>34</sup> Im Frühsommer 1917 machte sich vor allem der Kartoffelmangel bemerkbar. Der Magistrat von Frankfurt erklärte in seinem Monatsbericht an den Regierungspräsidenten vom 19. Juli 1917, daß die Stimmung der Bevölkerung, vor allem der Arbeiterklasse, infolge des völligen Fehlens von Kartoffeln sowie des anhaltenden Mangels an Zufuhr von Gemüse und Obst und wegen der herrschenden Teuerung teils stark bedrückt, zum Teil aber auch sehr erregt sei. Die Kriegsmüdigkeit nehme durchweg immer festere Formen an.<sup>35</sup> Der Magistrat zu Wiesbaden berichtete am gleichen Tage dem Regierungspräsidenten, daß seit vier Wochen keine Kartoffeln mehr verteilt werden konnten. Angesichts der schweren Entbehrungen, die sich die Bevölkerung auferlegen müsse, sei die Stimmung im allgemeinen eine äußerst gereizte, so daß sie auch hier wie anderwärts unter Umständen zu schweren

---

<sup>30</sup> HStAW 405, 2777 Bl. 209.

<sup>31</sup> Ebenda Bl. 314 f.

<sup>32</sup> Ebenda Bl. 392 f. aus Deutsche Zeitung Nr. 382, 561 und 572 (bei der Regierung eingegangen am 22. 11. 1917).

<sup>33</sup> Ebenda Bl. 305.

<sup>34</sup> Müller, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 182 nach HStAW 405, 4247 Bl. 289 ff.

<sup>35</sup> HStAW 405, 6358 Bl. 11.

Unruhen führen könne.<sup>36</sup> So legten während des Sommers 1917 die Glasarbeiter zu Würges im Unterwesterwaldkreis auf kurze Zeit die Arbeit nieder. In Griesheim wurde von einer größeren Volksmenge, hauptsächlich Frauen, eine Demonstration veranstaltet. In Oberursel konnten nur mit großer Mühe unbedachte Kundgebungen vermieden werden.<sup>37</sup> In Höchst traten bei der Maschinen- und Armaturenfabrik vormals H. Breuer und Co. Streikbewegungen zu Tage, die nach Meinung des Landrats ihre Grundlage ausschließlich in der ungenügenden Lebensmittelversorgung hatten.<sup>38</sup>

Zunehmend wirkten auch innerpolitische Vorgänge: die Friedensresolution der Mehrheitsparteien im Reichstag im Juli 1917 sowie die Debatten um die Parlamentarisierung Deutschlands und das preußische Wahlrecht, auf die Stimmung der Bevölkerung ein, die sich seit Beginn der Ernte wieder hob. Der Landrat von Höchst meinte in seinem Bericht an die Regierung vom 18. Oktober 1917, das Vorgehen des Reichstages finde in der Mehrheit der Bevölkerung entschiedene Verurteilung.<sup>39</sup> Ähnlich äußerte sich schon am 16. August der Landrat von Weilburg.<sup>40</sup> Wenn auch viel geseufzt und geschimpft werde, so herrsche doch dank der glänzenden Siege des Heeres in Ost und West und dank der Erfolge der U-Boote die Überzeugung des endlichen Sieges und der Erzwingung eines ehrenvollen Friedens mit durchaus genügender Grenzsicherung, einer recht beträchtlichen Kriegsentschädigung und der Möglichkeit des Wiederaufbaus unserer wirtschaftlichen Verhältnisse überall vor. Der Landrat von Dillenburg stellte damals fest, die Arbeiter seien zum großen Teil unterernährt. Im allgemeinen sei die Stimmung aber zum Durchhalten bereit.<sup>41</sup> Der Landrat von St. Goarshausen behauptete im Bericht vom 17. September 1917, obwohl große Friedenssehnsucht herrsche, wünsche die Bevölkerung nur einen starken Frieden,<sup>42</sup> Dagegen erklärte der Landrat von Höchst um die gleiche Zeit, überall mache sich in steigendem Maße eine große Kriegsmüdigkeit geltend. Unter wesentlichem Einfluß von Kriegerfrauen trete vereinzelt sogar das Verlangen nach Frieden um jeden Preis hervor.<sup>43</sup> Im Rheingaukreis, der die wichtigen Agrarprodukte nicht selber erzeugte, war die Stimmung schon im Sommer und Herbst 1917 sehr schlecht; die Bevölkerung hatte zum größten Teil das Vertrauen in die behördliche Lebensmittelversorgung verloren.<sup>44</sup> So zeigten sich im Regierungsbezirk erhebliche

---

<sup>36</sup> Ebenda Bl. 9. Zur Aufklärung und Beruhigungsarbeit in Ernährungsfragen wurde in Wiesbaden im Sommer 1917 eine städtische Kommission unter Vorsitz des Oberbürgermeisters ernannt, in der neben Vertretern des ärztlichen Vereins, der Gewerkschaften, des Kaufmanns- und Handwerkerstandes auch drei Frauen: eine Pensionsinhaberin, eine Vertreterin der kaufmännischen Angestellten und eine Vertreterin der sozialdemokratischen Frauengruppe, Sitz und Stimme hatten (Bezirksausschuß für Frauenarbeit im Kriege im Regierungsbezirk Wiesbaden 9. 9. 1918 an den Regierungspräsidenten HStAW 405, 6364).

<sup>37</sup> Ebenda Bl. 5 f. (Bericht des Regierungspräsidenten zu Wiesbaden an das stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps vom 27. 7. 1917).

<sup>38</sup> HStAW 405, 2777 Bi. 313 (Landrat Höchst 12. 8. 1917 an Regierung Wiesbaden).

<sup>39</sup> HStAW 405, 6359 Bl. 135. 40) Ebenda Bl. 197.

<sup>40</sup> Ebenda Bl. 197

<sup>41</sup> Ebenda Bl. 222 (Bericht vom 17. 8. 1917 an den Regierungspräsidenten).

<sup>42</sup> Ebenda Bl. 158

<sup>43</sup> Ebenda Bl. 170 (Bericht vom 19. 9. 1917 an den Regierungspräsidenten).

<sup>44</sup> Ebenda Bl. 206 (Bericht vom 16. 8. 1917 an den Regierungspräsidenten); ähnlich auch schon im Bericht vom 17. 7. 1917 (HStAW 405, 6358 Bl. 26).

Stimmungsunterschiede.

Die zweideutige Haltung von Reichskanzler Michaelis ließ den aus SPD, Fortschritt, Zentrum und Nationalliberalen gebildeten Interfraktionellen Ausschuß<sup>45</sup> im Oktober 1917 auf seine Absetzung drängen. Nachfolger wurde der Fraktionsvorsitzende des Zentrums, der bisherige bayerische Ministerpräsident Graf Hertling, der sich vorher mit den Mehrheitsparteien über ein Regierungsprogramm einigte. Das ihm nahestehende Zentrumsblatt „Germania“ fand, daß damit die Demokratie, mit der die Alliierten uns beglücken wollten, aber eine viel bessere, über Nacht zur Tatsache geworden sei.<sup>46</sup> Nachdem außerdem der Vorsitzende des Interfraktionellen Ausschusses, der süddeutsche Demokrat von Payer, zum Vizekanzler und der nationalliberale preußische Landtagsabgeordnete Geh. Regierungsrat Dr. Friedberg zum Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums ernannt worden war, feierte auch die Frankfurter Zeitung diese Entwicklung mit den Worten: „Aus dem deutschen Obrigkeitsstaat wird der deutsche Volksstaat“. Das deutsche Volk bestimme von nun an selbst die Leitung seines Schicksals. Regierung und Volksvertretung müßten künftig eins sein,<sup>47</sup> solange die auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhende Herrschaft der Konservativen in Preußen ungebrochen war, mußte eine echte Parlamentarisierung an der verfassungsmäßigen Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten scheitern. Außerdem waren Hertling und Payer mehr auf ein gutes Verhältnis zur Obersten Heeresleitung als auf enge Zusammenarbeit mit der Reichstagsmehrheit bedacht.<sup>48</sup>

Der Eintritt Payers und Friedbergs in die Regierung und der Kommentar der Frankfurter Zeitung über das Werden des Volksstaates standen bereits unter dem Eindruck der siegreichen sozialistischen Revolution in Rußland vom 7. November. Indem von Lenin „der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“<sup>49</sup> gebrandmarkt wurde, führte er den Kampf für den Weltfrieden zugleich als Kampf für die kommunistische Weltrevolution. Zum ersten Mal wandte sich jetzt in der russischen Note eine Regierung unmittelbar an die Völker mit der Forderung nach sofortigem Frieden. Denn dies sei der Wunsch der arbeitenden Klassen aller Völker.<sup>50</sup>

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Friede ohne Annexionen und Kontributionen gehörten auch zum Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.<sup>51</sup> Um die Verteidigungskraft Deutschlands und die Zusammenarbeit mit der Regierung nicht zu gefährden,

---

<sup>45</sup> Erich Matthias unter Mitwirkung von Rudolf M o r s e y, Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18 (Düsseldorf 1959); dazu Klaus E p s t e i n, Der Interfraktionelle Ausschuß und das Problem der Parlamentarisierung 1917-1918, in: Historische Zeitschr. 191 (1960) S. 562-584.

<sup>46</sup> Zitat in Frankfurter Zeitung Nr. 306 vom 5. 11. 1917

<sup>47</sup> Ebenda Nr. 310 vom 9. 11. 1917.

<sup>48</sup> E p s t e i n, Der Interfraktionelle Ausschuß S. 572, 582 f.

<sup>49</sup> Die gleichnamige Schrift erschien zum ersten Mal im April 1917. L e n i n bekämpfte darin auch die Ansicht des sozialdemokratischen Haupttheoretikers Karl Kautsky, daß der Kapitalismus vielleicht noch eine neue Phase durchmachen könne, worin die Politik der Trusts und Kartelle auf die Weltpolitik übertragen werde, so daß der Kapitalismus in der Lage sei, antümperialistische Friedenstendenzen zu entwickeln. Vgl. ferner Lenins im August 1917 verfaßte, 1918 veröffentlichte Schrift „Staat und Revolution“.

<sup>50</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 332 vom 1. 12. 1917.

<sup>51</sup> Vgl. z. B. D a v i d, Kriegstagebuch S. 141.



kämpfte sie jedoch nicht für deren bedingungslose Durchsetzung<sup>52</sup>; daher hatten sich die Unabhängigen von der alten Partei getrennt. Es ist nun von hohem Interesse, daß die SPD sich sogleich in ihrem Organ „Vorwärts“ energisch gegen Lenins Versuch verwahrte, seine Theorie und Methode, die die Gesetze der Entwicklung verkenne, schablonenhaft auf alle Länder anzuwenden. Die Beendigung des Völkerkrieges durch einen allgemeinen Bürgerkrieg sei eine Utopie. Den Krieg bis zum endgültigen Sieg des sozialistischen Proletariats in allen Ländern hinausschieben zu wollen, hieße den Krieg noch weiter verlängern, als die Kriegsverlängerer der alldeutschen Eroberungsziele und des endgültigen Ententesieges es müßten. Keine sozialistische Gruppe Deutschlands denke im Ernst daran, eine Politik zu treiben, die das Blutmeer des Weltkrieges in das Landesinnere leite und dem Sieg eines fremden Imperialismus als Vorwand diene.<sup>53</sup>

Wegen dieser ablehnenden Haltung der Mehrheitssozialisten und wegen der nun eintretenden militärischen Rückenfreiheit Deutschlands im Osten konnte das Ereignis der russischen sozialistischen Revolution hier nicht sogleich ihre volle Wirkung entfalten. Hindenburg erklärte Anfang Dezember 1917, von den USA seien keine großen Truppen zu erwarten, und wenn auch das große amerikanische Hilfsheer komme, so werde es in der Lage auf dem europäischen Kriegsschauplatz auch nichts ändern. Ludendorff fügte hinzu, der U-Boot-Krieg leiste, was wir von ihm erwarteten, England zum Frieden geneigter zu machen.<sup>54</sup> Ludendorff forderte voller Siegeszuversicht: „Reden wir nicht vom Frieden. Nur der Sieg führt zu ihm. So war es im Osten, so war es überall. Sieg und Frieden kommen gewiß“<sup>55</sup> Die Monatsberichte der Landräte des Regierungsbezirks Wiesbaden im Winter 1917/18 bezeichnen das Vertrauen zu Hindenburg und Ludendorff als die Grundlage für alle Zuversicht und Zukunftshoffnungen.<sup>56</sup> Obgleich die Hoffnung auf einen baldigen Frieden mit Rußland belebend wirkte, erkennt man aus jenen Berichten doch die zunehmende Verschlechterung der Lage. Der Magistrat zu Wiesbaden teilte am 17. Januar 1918 mit, daß seit dem 1. Dezember irgendwelche wesentlichen Kartoffelmengen nicht geliefert seien und er daher beschlossen habe, allen Haushaltungen, Hotels, Pensionen und Anstalten, die mit Kartoffeln über Mitte Mai hinaus versorgt seien, diese Mehrmenge wieder abzunehmen.<sup>57</sup> Der Landrat von Höchst erwähnte, daß sich überall in stärkerem Maße die Folgeerscheinungen von Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht zeigten.<sup>58</sup>

Die Meinung über den Einfluß der politischen Ereignisse war dabei nicht einheitlich. Der Landrat in Höchst meinte Mitte November, die Stimmung der Allgemeinheit sei gegenwärtig in der Hauptsache eine Magenfrage geworden.<sup>59</sup>

Der Landrat zu Usingen fand damals, daß der Mehrzahl der nassauischen Bauern allgemeine größere Gesichtspunkte und der selbstverständliche Patriotismus fehlten. In ihren unteren Schichten sei die

---

<sup>52</sup> Daraus erklärt sich ihre Haltung zum Problem Elsaß-Lothringen auf dem internationalen sozialistischen Kongreß in Stockholm, vgl. Philipp Scheidemann, Der Zusammenbruch (Berlin 1921) S. 115 ff.

<sup>53</sup> Zitat aus dem „Vorwärts“ in Frankfurter Zeitung Nr. 311 vom 10. 11. 1917.

<sup>54</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 334 vom 3. 12. 1917.

<sup>55</sup> Ebenda Nr. 353 vom 22. 12. 1917.

<sup>56</sup> HStAW 405, 6359 Bl. 14 (Bericht des Landrats von Usingen vom 16. 1. 1918)

<sup>57</sup> Ebenda Bl. 2.

<sup>58</sup> Ebenda Bl. 27 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 28. 1. 1918).

<sup>59</sup> Ebenda (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 19. 11. 1917).

Landbevölkerung stark von dem ihr oft verwandtschaftlich nahestehenden Fabrikarbeiterstand beeinflusst. Auch die Kommentare, die am Biertisch und in der Eisenbahn an die Ereignisse in Rußland geknüpft würden, täten das Ihre, um in unreifen Köpfen Verwirrung anzurichten.<sup>60</sup> Bemerkenswert ist, daß in den Berichten mehrfach von einem ungünstigen Einfluß der Frontstimmung auf die Heimat die Rede ist. Der Landrat von St. Goarshausen berichtete, daß infolge der Klagen der Soldaten über unzureichende Verpflegung die Buttersendungen ins Feld immer mehr zunähmen.<sup>61</sup> Im Rheingau war festgestellt worden, daß in zahlreichen Fällen Angehörige des Heeres auf ihre Verwandten schriftlich und mündlich eingewirkt hätten, keine Kriegsanleihe zu zeichnen; der Krieg werde nur für den Geldsack geführt. Der Landrat von Rüdesheim schloß daraus, daß die radikalsozialistische Agitation sowohl im Heere als auch rückwirkend in der Heimat sehr bedenkliche Folgen gezeigt habe.<sup>62</sup> Nach Ansicht des Frankfurter Magistrats war zwar die große Menge der Bevölkerung im allgemeinen bereit, noch einmal die Zähne zusammenzubeißen. Dies geschehe aber in der sicheren Erwartung, daß beim Eintreten der Ernährungsschwierigkeiten im Frühjahr 1918 der Krieg sein Ende gefunden habe.<sup>63</sup>

Am 8. Januar veröffentlichte Wilson sein Friedensprogramm der 14 Punkte. In der zweiten Januarhälfte 1918 waren in Wien, Prag und Budapest große Streiks ausgebrochen. Wegen der inneren Erschütterung des Habsburgerstaates trat jetzt der österreichische Außenminister für einen Frieden ohne Annexionen ein.<sup>64</sup> Ende Januar 1918 entstand in Berlin ein politischer Massenstreik, der vor allem durch die Verschleppung der preußischen Wahlrechtsvorlage und der Friedensverhandlungen mit Rußland hervorgerufen wurde.<sup>65</sup>

Auch in Mannheim kam es vom 30. Januar bis 2. Februar, in Kassel am 31. Januar und 1. Februar zu einer großen Streikbewegung.<sup>66</sup> In Frankfurt war die Stimmung in Arbeiterkreisen bis zur Siedehitze gesteigert.<sup>67</sup> Doch beschränkte sich eine Versammlung darauf, den Brüdern in Berlin ihre ungeteilte

---

<sup>60</sup> Ebenda Bl. 81 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 17. 11. 1917).

<sup>61</sup> Ebenda Bl. 16 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 21. 1. 1918).

<sup>62</sup> Ebenda Bl. 81 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 16. 11. 1917)

<sup>63</sup> Ebenda Bl. 37 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 17. 12. 1917)

<sup>64</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 21 vom 21. 1. 1918

<sup>65</sup> Nach Frankfurter Zeitung Nr. 32 vom 1. 2. 1918, 2. Morgenblatt, waren 180.000 Arbeiter ausständig. Es war zugleich eine Gegendemonstration gegen die publizistische Agitation der Rechtskreise. So übersandte der Bund der Kaisertreuen am 15. 1. 1918 den Landräten des Regierungsbezirks Propagandamaterial über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Demokratisierung und Sozialdemokratisierung des Deutschen Reiches. Die Bestrebungen des Bundes der Kaisertreuen sollten damit den Kampf der Vaterlandspartei gegen schwächlichen Verzichtfrieden ergänzen. Der Beitritt wurde als Versicherungsprämie gegen die seitens der Sozialdemokratie drohende Vermögensbeschlagnahme angepriesen. Der Landrat von Höchst antwortete am 16. 1. ablehnend, da „die leider heute schon stark beeinträchtigte innere Geschlossenheit durch weitere Partei- oder Vereinsgründungen noch stärker zerrissen“ werde (HStAW 425, 364).

<sup>66</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 31-33 vom 30. 1. - 2. 2. 1918. In Mannheim betrug die Zahl der Streikenden etwa 15.000 Mann aus der Metallindustrie (Fabrik Brown Boveri und Co.), in Kassel über 12.000 (Firmen Henschel, Firma Hahn für Optik und Mechanik und Betriebe der Textilindustrie).

<sup>67</sup> M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 188 (nach dem Bericht des Magistrats an den Regierungspräsidenten vom 17. 2. 1918 in HStAW 405, 6359 Bl. 390).

Zustimmung, ihren Widerwillen gegen die Regierung und ihre Verachtung gegen die Kriegsverlängerer zu bezeugen.<sup>68</sup> In Mainz demonstrierten am 2. Februar Versammlungen der SPD und der freien Gewerkschaften für einen Verständigungsfrieden und für Freiheit im Innern gegen die Treibereien der Vaterlandspartei.<sup>69</sup> Unter den Arbeitern im Dillkreis blieb es ruhig. Die dortigen Rüstungsarbeiter gehörten der christlich-sozialen Partei an, die den Streik ablehnte.<sup>70</sup> Für die Mehrheitssozialisten war der Streik nur eine Demonstration, nicht die Einleitung einer Revolution. Die Unabhängige Sozialistische Partei setzte den Massenstreik bewußt als politisches Kampfmittel ein. Eine scharfe Kluft trat dabei zwischen beiden Richtungen zutage.<sup>71</sup> Aber auch die USP wollte nicht einfach das russische Beispiel nachahmen. Ihr Reichstagsabgeordneter Dittmann erklärte, seine Partei wisse wohl, daß die Dinge in Rußland, das fast ausschließlich ein Agrarstaat sei, ganz anders ständen als in Deutschland. Dort sei von einer Staatsgewalt im modernen Sinne nicht die Rede.<sup>72</sup>

Seitdem am 21. März 1918 die große deutsche Offensive im Westen begann, beherrschte die Spannung des Krieges alles. Das Vertrauen in die Oberste Heeresleitung war unbegrenzt.<sup>73</sup> Bezeichnend ist der mit einer Originalzeichnung des bekannten Marburger Malers Otto Ubbelohde geschmückte Aufruf des Marburger und Frankfurter Bankhauses Baruch Strauß zur Zeichnung von Kriegsanleihe, der eine ganze Seite der Frankfurter Zeitung vom 22. März 1918 füllte<sup>74</sup>: „Der Feinde Ring ist zersprengt. Rußlands Riesenkraft ist deutschem Schwerte endgültig erlegen. [...] Noch ein tiefes Aufatmen, ein letztes Straffen der Muskeln, ein äußerstes Wollen, und des blutigen Weges letzte Spur liegt hinter uns. Der freie Gipfel ist gewonnen. Über uns lacht des Sieges und des Friedens goldene Sonne. [...] Die letzte Mark, letzte Groschen heraus!“

---

<sup>68</sup> Hans D r ü n e r, Im Schatten des Weltkrieges. Zehn Jahre Frankfurter Geschichte von 1914-1924 (Frankfurt a. M. 1934, Veröffentlichungen der Historischen Kommission der Stadt Frankfurt a. M. IX) S. 313.

<sup>69</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 35 vom 4. 2. 1918.

<sup>70</sup> Doch benutzte die Leitung der christlich-sozialen Gewerkschaft die kritischen Tage, um in einer von 300 Arbeitern besuchten Versammlung eine Erhöhung der Bergarbeiterlöhne zu fordern und auch Ernährungsfragen maßvoll zur Sprache zu bringen (HStAW 405, 6359 Bl. 422, Bericht des Landrats von Dillenburg an den Regierungspräsidenten vom 18. 2. 1918).

<sup>71</sup> Der SPD-Reichstagsabgeordnete Bauer erklärte für die Generalkommission der Gewerkschaften, daß die USP und ihr Haß gegen die Generalkommission allein Verhandlungen zwischen Regierung und Streikenden verhindert habe. Ein Flugblatt forderte die streikenden Arbeiter dazu auf, dafür zu sorgen, daß die Gewerkschaftsführer, die Regierungssozialisten und alle „Durchhalter“ als Handlanger und freiwilligen Agenten der Regierung unter keinen Umständen in die Vertretung gewählt werden (Frankfurter Zeitung Nr. 37 vom 6. 2., 2. Morgenblatt).

<sup>72</sup> Aussage in dem gegen ihm geführten Prozeß (ebenda Nr. 36 vom 5. 2.).

<sup>73</sup> So der Landrat von Wiesbaden an den Regierungspräsidenten im Monatsbericht vom 17. 4. 1918 (HStAW 405, 6359 Bl. 327). Der Regierungspräsident berichtete am 23. 4. 1918 dem Kaiser: „In unbegrenztem Vertrauen auf unsere Heere und deren Führung sieht man die Notwendigkeit ein, weiterhin opferfreudig auszuhalten. So ist die Stimmung zuversichtlich und neuerdings dem Verständigungsfrieden weniger zugeneigt“ (HStAW 405, 4247 Bl. 298 ff.; der Passus auch in dem Zitat bei M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 186 f.).

<sup>74</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 80 vom 22. 3. 1918, 1. Morgenblatt.

Gewiß gab es in den nächsten Monaten manche ernsten Untertöne: die Nachrichten, daß der bundestreue Graf Czernin in Österreich am 15. April vom Amt des Auswärtigen zurückgetreten war<sup>75</sup> und im April zum ersten Mal der Bau von Schiffen in England deren Vernichtung durch U-Boote übertroffen hatte<sup>76</sup>; die Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch das preußische Abgeordnetenhaus in mehreren Lesungen; Klagen über die ungerechte Handhabung der Zensur und die Begünstigung der Agitation für die Vaterlandspartei; die Entgleisung des Kaisers in seiner Rede anlässlich seines 30jährigen Regierungsjubiläums<sup>77</sup>; die Ankündigung fleischloser Wochen für den Herbst und Winter und andere Zeugnisse der weiter verschlechterten Versorgungslage.<sup>78</sup> In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins zu Frankfurt wurde im Juni 1918 die linke Abweichung ihres Zeitungsorgans der „Volksstimme“ von der Politik des Parteiausschusses durch die Anwesenden gebilligt und die Fraktion aufgefordert, auf Beseitigung der unwürdigen Zensurverhältnisse hinzuwirken.<sup>79</sup> Die Unabhängigen Sozialisten waren rührig. Am 7. Juli tagte in Frankfurt die Jahreskonferenz der USP für den Bezirk Südwestdeutschland.<sup>80</sup> Anwesend waren 64 Abgeordnete, die etwa 270 Orte mit 33 Wahlkreisen von Offenburg in Baden bis Kassel vertraten, darunter aus unserer Landschaft die Kreise Frankfurt, Hanau, Höchst, Wiesbaden, Wetzlar, Dillkreis, Diez, Limburg, Montabaur, Offenbach, Mainz und Darmstadt mit allerdings sehr unterschiedlicher Zahl an Ortsvereinen.<sup>81</sup> Der Parteisekretär Robert Dißmann wies auf die ernsten Zeiten hin, die die

---

<sup>75</sup> Die Frankfurter Zeitung Nr. 105 vom 16. 4. 1918, Abendblatt, meldete, man spreche in Wien von einer Katastrophe, es fielen Äußerungen, deren Wiedergabe unmöglich sei.

<sup>76</sup> 76) Ebenda Nr. 169 vom 20. 6. (aus Rede Bonar Laws im englischen Unterhaus).

<sup>77</sup> Er verkündete, in diesem Entscheidungskampf des deutschen Volkes handle es sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder solle die preußischdeutsch-germanische Weltanschauung über Recht, Freiheit, Ehre und Sitte in Geltung bleiben oder die angelsächsische, das bedeute Verfall an den Götzendienst des Geldes und Unterjochung der Völker zu Sklaven der angelsächsischen Herrenrasse. Die Frankfurter Zeitung Nr. 166 vom 17. 6. 1918 kritisierte diese Äußerung scharf. Zwar habe eine solche Ansicht in den vier Jahren starken Kurs gewonnen. Hätte man das am 4. Aug. 1914 gesagt, so wäre der Einheitswille der deutschen Nation gleich am ersten Tage zerrissen gewesen. Das deutsche Volk solle nicht in einem solchen Kampfe für Ideen verbluten.

<sup>78</sup> So hatte laut Monatsbericht des Landrats zu Wiesbaden vom 18. 6. 1918 an den Regierungspräsidenten die Anordnung über die Abgabe getragener Anzüge bei einem Teil der Bevölkerung eine ziemliche Erregung hervorgerufen (~HStAW 405, 6359 Bl. 252). Der Frankfurter Magistrat berichtete am 17. 6., daß das Hervortreten einer gewissen Beunruhigung in der breiten Masse des Volkes durch die bevorstehende Kürzung der Brotration und die Gerüchte über die Einrichtung fleischloser Wochen nicht unerheblich zugenommen habe (ebenda Bl. 258). Der Landrat in Rüdeshheim erklärte im Bericht vom 16. 7. 1918, daß der jetzige Zustand der Versorgung mit Lebensmitteln selbst in durchaus patriotischen Kreisen als unerträglich bezeichnet werde (HStAW 405, 6360 Bl. 202).

<sup>79</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 158 vom 9. 6. 1918. Die Zeitung meldete gleichzeitig, daß die Ortsgruppe der USP zwei Genossen ausschloß, weil sie Krieganleihe gezeichnet hatten, daß darauf hin aber mehrere ausgetreten seien.

<sup>80</sup> Zum Folgenden HStAW 425, 364 (geheimer Bericht des Polizeipräsidenten Frankfurt vom 11. 7. 1918).

<sup>81</sup> Bei den Akten liegt eine Liste über die Zahl der Mitglieder in den Kreisen und die Zahl der zugehörigen Ortsvereine.

Unabhängigen im kommenden Winter vor schwere Aufgaben stellen würden. Es herrsche Gewitterschwüle vor dem Sturm. Der harte, entbehrungsreiche Winter werde die Massen auf die Beine bringen, und jedenfalls würden dann auch die Entscheidungen zwischen Krieg und Frieden in allen Ländern durch die Völker fallen. Deshalb heiße es rüsten, organisieren und werben, daß der letzte Mann seine Schuldigkeit tue. Der Gewaltfrieden im Osten, das blutige Ringen im Westen, alles mit Unterstützung der Regierungssozialisten, liefere der USP reiches Agitationsmaterial. Dazu komme noch die Steuervorlage der Regierung, das Wahlrecht und die ganze innere Politik mit Militärdiktatur. Das Volk werde erwachen und sich um das Banner der USP scharen.

Aber erst als sich die Kriegslage seit dem 8. August 1918 im Westen verschlechterte, erhielt die Kritik an den politischen Verhältnissen einen ganz neuen, allgemeinen Charakter. Zum ersten Mal nannte der Regierungspräsident in seinem Monatsbericht an das Stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps vom 26. August die Stimmung der Bevölkerung gedrückt.<sup>82</sup> Mehrere der zugrunde liegenden Berichte der Landräte erwähnten eine nachteilige Beeinflussung durch Nachrichten von der Front.<sup>83</sup> Der Frankfurter Magistrat wies im Bericht vom 18. September darauf hin, daß die bereits in den Vorberichten betonte Erregung in der Stimmung der Bevölkerung an Ausdehnung gewonnen habe, da sie von den breiten Massen des Volkes immer mehr auf das Bürgertum und die Beamtenkreise übergreife.<sup>84</sup> Der Regierungspräsident faßte am 24. September die Kreisberichte dahin zusammen, daß im allgemeinen durch die Bevölkerung unverkennbar ein recht pessimistischer Zug gehe.<sup>85</sup>

Die Sozialdemokratische Partei zog nun die Folgerungen aus der Tatsache, daß durch einen militärischen Sieg der Krieg nicht mehr zu beenden war. Sie erkannte, daß für die nun zu führende Politik ihr Eintritt in die Regierung unumgänglich war. Am 23. September gab sie die Bedingungen

---

<sup>82</sup> HStAW 405, 6360 Bl. 134. Der Regierungspräsident führte dies auf die neuerlichen Rückschläge an der Front, die schwierige Lebensmittelversorgung - Fehlen der Frühkartoffeln, fleischlose Wochen usw. - und die vermehrten Fliegerangriffe zurück. Der Landrat von Montabaur erklärte am 16. 8. 1918 (ebenda Bl. 148), so ungünstig wie zur Zeit sei die Stimmung der gesamten Bevölkerung bislang noch nicht gewesen. Er rechnete jedoch damit, daß die Gesamtstimmung sich heben werde, sobald die Bevölkerung wieder ausreichend Kartoffeln zu essen haben werde.

<sup>83</sup> Der Landrat von Biedenkopf berichtete am 19. 8. 1918, daß zu der gedrückten Stimmung „nicht wenig die im Lande umgehenden Gerüchte von Überläufen von ganzen Divisionen, Widersetzlichkeiten ganzer Truppenteile usw. beitragen“ (HStAW 405, 6360 Bl. 138). Die außerordentlich gedrückte und kleinmütige Stimmung in allen Teilen, Stadt und Land, des Kreises Limburg wurde nach Ansicht des Landrats „bestärkt durch die Äußerungen der von der Front kommenden Urlauber, die an einen militärischen, durchschlagenden Endsieg nicht mehr recht glauben“ (ebenda Bl. 147, Bericht vom 16. 8. 1918). Auch im Rheingau wurde „den umlaufenden Gerüchten über große Verluste, Gehorsamkeitsverweigerungen, Überlaufen ganzer Regimenter, Attentate auf Hindenburg usw. [...] nur zu leicht Glauben geschenkt, zumal auch vielfach Urlauber von der Front die Stärke des Feindes, die größere Güte seines Materials usw. in überschwenglicher Weise darstellen und die Kriegslage für Deutschland als wenig aussichtsreich bezeichnen sollen“ (ebenda Bl. 150, Bericht vom 16. 8. 1918). Der Landrat von St. Goarshausen bezeichnete nach den ihm gewordenen Mitteilungen die von der Front zurückkehrenden Urlauber als besonders gefährlich, da sie zu Hause die unglaublichsten Schauermärchen aufzischten (ebenda Bl. 117).

<sup>84</sup> Müller, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 190 nach HStAW 405, 6360 Bl. 123.

<sup>85</sup> HStAW 405, 6360 Bl. 80.

ihrer Mitarbeit bekannt. Durch Bereitschaft zur Wiederherstellung Belgiens, zur Autonomie von Elsaß-Lothringen und zur Revision der Friedensschlüsse mit Rußland und Rumänien sowie zum Eintritt in einen Völkerbund, der die Achtung des Kriegs und allgemeine Abrüstung zum Ziele hatte, sollte der entschlossene Friedenswille der deutschen Regierung zum Ausdruck kommen. Durch eine echte Parlamentarisierung und sofortige Aufhebung aller die Versammlungs- und Pressefreiheit einschränkenden Bestimmungen sollten die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands grundlegend umgestaltet werden.<sup>86</sup> Die Initiative zu dieser revolutionären Überwindung des Obrigkeitsstaates lag also bei der SPD.<sup>87</sup> Aber die Durchführung der Parlamentarisierung geschah dann unter dem Druck von außen. Wegen der sich täglich verschärfenden Lage an der Front verlangte die Oberste Heeresleitung ein sofortiges Waffenstillstandsangebot an Amerika auf Grund der vierzehn Punkte Wilsons. Die Last des Schocks, den dieses Eingeständnis der militärischen Niederlage im deutschen Volk auslösen mußte, legte Ludendorff auf die Schultern der Parteien.<sup>88</sup> Die weitere innerpolitische Entwicklung Deutschlands war seitdem von dem Verhalten des Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht mehr zu trennen. Nach dem von ihm vertretenen Grundsatz der nationalen Autonomie wollte er nicht unmittelbar in die Verfassungsreform Deutschlands eingreifen. Aber in dem Notenwechsel über die Waffenstillstandsbedingungen machte er mit zunehmender Entschiedenheit klar, daß er mit den alten autokratischen Gewalten nicht verhandeln werde, da vor dem Eintritt in Verhandlungen „jede willkürliche Macht vernichtet werden müsse, die für sich, geheim und nach eigenem Belieben den Frieden der Welt stören könne“. Die Persönlichkeit des neuen Reichskanzlers Prinz Max von Baden<sup>89</sup>, die Art, wie dessen Kanzlerschaft mit Hilfe der Obersten Heeresleitung zustande gekommen war, die noch immer schwache Stellung der durch Staatssekretäre ohne Portefeuille in der Reichsregierung vertretenen Mehrheitsparteien<sup>90</sup> boten begründeten Anlaß zu Zweifeln, ob der alte Obrigkeitsstaat beseitigt war.

Die Mehrheitssozialisten wollten den Weg der Evolution nicht verlassen, den sie sich in unermüdlicher Mitarbeit während des Krieges erschlossen hatten.<sup>91</sup> Die Unabhängigen wollten zwar die Revolution,

---

<sup>86</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 265 vom 24. 9. 1918.

<sup>87</sup> M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. XI weisen mit Recht darauf, daß die Änderung der Herrschaftsform nicht etwa unter dem Druck der Niederlage von Ludendorff angeordnet sei.

<sup>88</sup> M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 65 f., 216 und 221 Anm. 6 zu Ludendorffs späterer Leugnung, daß er für Note an Wilson war.

<sup>89</sup> 89) Prinz Max von Baden hatte im Dezember 1917 noch öffentlich Wilson das Recht abgesprochen, im Namen der Menschlichkeit, der Freiheit und der Rechte der kleinen Nationen einen Kreuzzug gegen den Friedensstörer Deutschland zu führen (Frankfurter Zeitung Nr. 349 vom 18. 12. 1917). Am 5. 10. 1918 wurde in Washington ein Brief des Prinzen Max vom 12. 1. 1918 an den Prinzen Alexander von Hohenlohe bekannt, worin er sich über eine gewisse Demokratie und die Friedenresolution des Reichstags vom Juli 1917 abfällig äußerte (Frankfurter Zeitung Nr. 286 vom 15. 10. 1918; M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 136 Anm. 3, auch ebenda S. XVIII Anm. 11 und S. XXVI).

<sup>90</sup> Vizekanzler Payer erklärte am 31. 10. 1918 in einer Sitzung des Kriegskabinetts, man könne hier keinen Beschluß fassen wie in einem Kollegium, sondern nur Meinungen äußern, die der Reichskanzler erwägen müsse ( M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. XXXI).

<sup>91</sup> 91) Vgl. Scheidemann, Der Zusammenbruch S. 1 und 210; Gustav N o s k e , Von Kiel bis Kapp. Zur Geschichte der deutschen Revolution (Berlin 1920) S. 8: „Eine gewaltsame Revolution hat die deutsche Sozialdemokratie stets abgelehnt. [...] Es wurde nur die Revolutionierung der Köpfe erstrebt,

lehnten aber den Bolschewismus ab. Im August 1918 erschien das Buch „Diktatur des Proletariats“ des zur USP zählenden marxistischen Haupttheoretikers Karl Kautsky. Er verurteilte darin die Leninistische Auslegung jener berühmten brieflichen Äußerung von Marx aus dem Jahre 1875, daß zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere liege und während dieses Übergangs der Staat nichts anderes als die revolutionäre Diktatur des Proletariats sein könne. Unter Diktatur meine Marx nur die reine Herrschaft auf der Grundlage der Demokratie. Wie könne die Sozialdemokratie jetzt selbst die Vergewaltigung üben, die sie zeit ihres Bestehens leidenschaftlich bekämpft habe!<sup>92</sup> Auch die Auslegung einer anderen Bemerkung von Marx und Engels spielte in der Kontroverse eine Rolle, daß nämlich die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen könne. Lenin sah darin seine Auffassung bewiesen, daß die Arbeiterklasse die Staatsmaschine zerschlagen müsse, während Kautsky darin nur die Idee der allmählichen Entwicklung ausgedrückt fand.<sup>93</sup> In der Spannung zwischen dem Festhalten an den liberalen Elementen der Demokratie und dem unbedingten Willen zur Revolution zeigten sich schon die tragischen inneren Schwierigkeiten der USP in dieser krisenhaften Situation. Sie wollte zwar die Weltrevolution des Proletariats, wollte aber nicht auf das Humanitätserbe einer parlamentarischen Mehrheitsentscheidung verzichten. Nur der zahlenmäßig kleine Flügel des Spartakusbundes in der USP folgte bedingungslos den bolschewistischen Parolen. Diese Gruppe der Unabhängigen wurde zusätzlich mit revolutionärem Agitationsmaterial aus Sowjetrußland versorgt, das seit dem April aufgrund des Friedens von Brest-Litowsk eine Botschaft in Berlin unterhielt. Am 27. Oktober hatte der „Vorwärts“ noch „die berechtigte Hoffnung, aber keineswegs die unbedingte Gewißheit, daß sich der notwendige Übergang zur vollen Demokratie wie bisher weiter in ruhigen Bahnen vollziehen wird“. Minderheiten, „mögen sie nun aus adligen Generälen oder aus Bolschewisten bestehen“, komme nicht das Recht zu, den Volkswillen zu terrorisieren.<sup>94</sup>

---

um politische und wirtschaftliche Fortschritte zu erzielen“. Hermann M ü l l e r - F r a n k e n , Die Novemberrevolution. Erinnerungen (Berlin 1928) S. 13 bemerkt einschränkend, aus dem Kampf der Mehrheitssozialisten gegen die Kreise, „die unter völliger Verkennung der wirtschaftlichen Existenzmöglichkeiten Deutschlands den Bolschewismus nach Deutschland verpflanzen wollten“, sei die Legende entstanden, „daß wir bis in die Novembertage hinein überhaupt jeder revolutionären Bewegung feindlich gesinnt gewesen seien. Wir wußten allerdings, daß Revolution nicht gemacht werden kann“. Er bestritt daher die Richtigkeit des von Prinz Max von Baden in seinen Erinnerungen überlieferten, vielzitierten Wortes von Ebert, er hasse die soziale Revolution wie die Sünde. Dem Sinne nach könne Ebert als geschulter Marxist dies nicht gesagt haben. Er habe unzählige Vorträge über den Begriff der sozialen Revolution vor Tausenden von Zuhörern gehalten. Die Äußerung könne sich deshalb nur auf die bolschewistische Revolution bezogen haben (Müller-Franken S. 75f.). - Man darf nicht übersehen, daß die SPD mit der Durchsetzung der Parlamentarisierung eine außerordentliche Tat vollbrachte, die einer Revolution gleichkam (E p s t e i n , Der interfraktionelle Ausschuß S. 583). Erschien doch in geistiger Selbsteinkreisung der monarchische Konstitutionalismus als die eigentümlich deutsche Form des modernen Verfassungsstaats im Gegensatz zu dem Parlamentarismus der westeuropäischen Demokratien (Heinrich H e f f e r , Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1950 S. 765 f.).

<sup>92</sup> 92) Ein Referat des Hauptgedankens brachte die Frankfurter Zeitung in Nr. 293 vom 22. 10. 1918, Abendausgabe.

<sup>93</sup> 93) W. I. L e n i n , Staat und Revolution (zitiert nach Ausgabe Moskau 1947) S. 31.

<sup>94</sup> 94) Zitat in Frankfurter Zeitung Nr. 298 vom 27. 10. 1918.

Nicht die Wilsonschen Noten oder die russische Agitation oder die revolutionäre Propaganda der USP und besonders ihres linken Flügels haben für sich allein oder zusammengenommen die Revolution bewirkt. Einen entscheidenden Faktor zu ihrem Ausbruch bildete das durch die Nöte des Krieges und die Friedenssehnsucht verstärkte Mißtrauen, ob die neue Regierung stark genug sei, den Volkswillen gegen den militärischen und bürokratischen Machtapparat der Hohenzollernmonarchie durchzusetzen. Die Härte der Wilsonschen Waffenstillstandsbedingungen verletzte nicht nur den nationalen Stolz, der sich den Ernst der Lage noch nicht eingestehen wollte, sondern traf vor allem die Machtstellung der herrschenden konservativen Schicht. Bezeichnend für die Lage ist der Monatsbericht des Wiesbadener Regierungspräsidenten vom 28. Oktober 1918.<sup>95</sup> Im allgemeinen habe die öffentliche Stimmung an Zuversicht erheblich eingebüßt. In den letzten Wochen sei die Hoffnung auf baldigen Waffenstillstand mit nachfolgendem Frieden gewachsen. Unter dem Einfluß der neuesten Ereignisse habe sich die Verwirklichung beider Hoffnungen wieder wesentlich hinausgeschoben. Wenn auch ein Teil der Bevölkerung einen Frieden um jeden Preis wünsche, so könne doch angenommen werden, daß die Mehrheit sich nur mit einem solchen Frieden einverstanden erklären werde, der die Ehre des deutschen Volkes unangetastet lasse. Der Landrat von Bordre in Limburg meinte<sup>96</sup>, mit der Antwort des Präsidenten Wilson sei im allgemeinen die Bevölkerung nicht einverstanden, und man könne eine kleine Besserung der kriegsmüden Stimmung wahrnehmen. Einsichtsvolle Leute in der Stadt und auf dem Lande erklärten offen, daß derartige Bestimmungen unter keinen Umständen angenommen werden könnten und daß noch einmal ein energischer Widerstand den Feinden gegenüber unter allen Umständen versucht werden müsse. Zur Besserung der Stimmung müßten allerdings zahlreiche Ungerechtigkeiten beseitigt werden, so die Reklamierung vieler im Lande nicht unbedingt erforderlicher Personen, so das Benehmen der Offiziere im Felde.<sup>97</sup> Verbote einer Versammlung der Zentrale für Völkerrecht und ebenso sozialdemokratischer Veranstaltungen ließen die Frankfurter Zeitung am 30. Oktober fragen, ob wir alles getan haben, beim eigenen Volk und bei den Völkern draußen wirkliches, lebendiges Verständnis zu wecken für die neue Volksregierung in Deutschland und Vertrauen zu ihrer Aufrichtigkeit.<sup>98</sup>

Der Kaiser war am 29. Oktober gegen den Wunsch des Kanzlers in das Große Hauptquartier nach Spa abgereist.<sup>99</sup> Er verzögerte dadurch die Verhandlungen über seine Abdankung und setzte sich damit dem Verdacht aus, daß er das Militär gegen den Volkswillen ausspielen wolle. Bei rechtzeitigem Entschluß

---

<sup>95</sup> HStAW 405, 6360 Bl. 53.

<sup>96</sup> Ebenda Bl. 73.

<sup>97</sup> Der Landrat wies darauf hin, daß von vielen Seiten und durchaus glaubwürdigen Personen fortwährend erzählt werde, daß das Benehmen der Offiziere im Felde zum großen Teile äußerste Mißstimmung bei den Mannschaften hervorrufe. Sie sollen sich vielfach nicht um eine ordnungsmäßige Verpflegung der Truppen kümmern, während sie selbst mit Essen ausreichend versorgt seien. Sie sollen häufig in großen Mengen an ihre Familien Pakete nach Hause schicken, was der einfache Mann nicht könne.

<sup>98</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 301 vom 30. 10. 1918, Abendblatt. Erst durch die verfassungsändernden Gesetze vom 28. 10. 1918 wurde der Übergang zum parlamentarischen System rechtlich vollzogen (H u b e r II S. 484 f.). Erst am 2. 11. wurde die Versammlungs- und Preßfreiheit in weitem Maße wiederhergestellt.

<sup>99</sup> M a t t h i a s- M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 429 Anm. 4.



zur Abdankung wäre möglicherweise die Monarchie der Hohenzollern noch zu retten gewesen, da Wilson vielleicht einer parlamentarisch beschränkten Monarchie nach englischem Muster zugestimmt hätte.<sup>100</sup> Aber auch bei den Nationalliberalen und dem Zentrum, die neben der Fortschrittlichen Volkspartei und der SPD Mitglieder der am 3. Oktober gebildeten Regierung stellten, gab es lange starken Widerstand gegen einen solchen Angriff auf den monarchischen Gedanken.<sup>101</sup> Prinz Leopold zu Isenburg erklärte allerdings schon am 16. Oktober zu dem Offenbacher Parteisekretär der SPD, Hermann Neumann, mit der Beseitigung der Hohenzollern müßten wir rechnen. Die Mehrzahl der übrigen Fürsten würde dann freiwillig zurücktreten.<sup>102</sup> Auf einer Kundgebung der USP in Frankfurt am 27. Oktober, deren gewaltiger Zudrang die radikale Stimmung bewies, rief der Reichstagsabgeordnete Haase aus, sein Ziel sei die sozialistische Republik. Die politischen Folgerungen ergäben sich daraus von selber.<sup>103</sup> Am 1. November nahm eine Konferenz des Bezirksvorstandes und der örtlichen Parteileitung der SPD sowie der Redaktion der „Volksstimme“ und der gewählten Vertrauensboten der organisierten Arbeiterschaft eine einstimmig gefaßte EntschlieÙung an, in der die angebahnte Demokratisierung begrüßt wurde. Sie müsse kraftvoll und zielsicher dem souveränen Volksstaat entgegengeführt werden. Jedes Friedenshindernis sei zu beseitigen, wenn es nicht freiwillig dem Druck der Volksmassen weiche. Als ein solches Friedenshindernis bezeichnete die Konferenz die herrschende Dynastie. Die Frankfurter Arbeiter wurden ersucht, von unüberlegten Schritten Abstand zu nehmen, die nur dazu dienen könnten, die lauende Konterrevolution zu stärken und die Sache der Demokratie zu schädigen. Erforderten es die Umstände, dann würden die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft das Signal zum Kampf geben, der dann organisiert geführt werden müsse.<sup>104</sup>

Der Eindruck, daß sich in Deutschland unter der „Volksregierung“ des Prinzen Max nichts geändert habe, daß noch die alte Schicht regiere und man alles verzögern wolle, um den letzten Widerstand zu organisieren, obwohl seit dem Zusammenbruch Bulgariens, dem Zerfall der Türkei, der Auflösung von Österreich-Ungarn und der ständig wachsenden feindlichen Überlegenheit der vier Jahre lang mit Siegeszuversicht geführte Krieg verloren war, hat also zweifellos wesentlich dazu beigetragen, die Revolutionsstimmung zu erzeugen.<sup>105</sup> Das Gefühl, daß der Macht mit ihrem sozialen Unrecht und ihrer

---

<sup>100</sup> Dieser Meinung ist John L(eslie) S n e 11, Die Republik aus Versäumnissen (in: Die Welt als Geschichte 15, 1955 S. 196-219) S. 204.

<sup>101</sup> Noch am 30. 6. 1918 hatte sich der Reichsausschuß der Zentrumspartei zu einer starken Monarchie bekannt (Wilhelm M o m m s e n, Deutsche Parteiprogramme, München 1960 S. 481). Erzberger erklärte noch am 7. 10., die Republik wäre der Untergang des Reiches ( M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 98).

<sup>102</sup> Müller-Franken S. 17.

<sup>103</sup> D r ü n e r S. 325.

<sup>104</sup> Zitat aus der „Volksstimme“ in Frankfurter Zeitung Nr. 303 vom 1. 11. 1918, Abendblatt. Stimmt die Versammlung auch nicht direkt für die Republik, so ging sie mit ihrer Resolution gegen die Dynastie doch weiter als die Führung der SPD. Die Republik wurde von ihr nicht agitatorisch ins Volk getragen. David und Südekum versicherten noch am 6. 11. dem General Groener, daß große Teile der deutschen Sozialdemokratie sich mit der monarchischen Staatsform bei einem parlamentarischen System durchaus abfinden würden ( M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 500 und 560).

<sup>105</sup> Vgl. die Äußerung Davids in der Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses am 8. 11. 1918 ( M a t t h i a s - M o r s e y, Regierung des Prinzen Max S. 598); derselbe am 5. 11. gegen die Behauptung der

politischen Rückständigkeit überhaupt keine Realität und kein Glaube mehr zugrunde liege, machte die Revolution zu einem elementaren Ereignis.<sup>106</sup>

## Wiesbaden

Wiesbaden hatte seinen Revolutionstag wie Berlin am Samstag, dem 9. November.<sup>107</sup> Am 6. November hatte das königlich preußische Ministerium des Innern noch das Wiesbadener Regierungspräsidium in einem Telegramm ersucht, sofort zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit die Organisation von Bürgerwehren in Stadt und Land in die Wege zu leiten.<sup>108</sup> Das Telegramm ging erst am folgenden Tage ein, als eine Konferenz der Landräte des Bezirks gerade abgeschlossen war, denen nun ein Abdruck nachgesandt wurde. In einem neuen Telegramm vom 7. November, das ebenfalls einen Tag bis zum Empfang gebrauchte und dann auch sogleich den Landräten bekannt gegeben wurde, ergänzte das Ministerium seine Anweisungen. Hauptsächliche Aufgabe der Bürgerwehr müsse der Schutz der Lebensmittelvorräte und die Sicherstellung der Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln sein. In größeren und industriellen Städten solle zur Ergänzung der ordnungsmäßigen Polizeitruppe durch Bürgerwehr nur dann eingeschritten werden, wenn der verantwortliche Polizeileiter dies für durchführbar und erwünscht erachte. Im allgemeinen werde unbewaffnete Beaufsichtigung genügen. Waffen dürften nur absolut zuverlässigen Personen in die Hand gegeben werden.<sup>109</sup>

Die Einrichtung der Bürgerwehr hatte bei Kriegsausbruch eine gewisse Rolle gespielt. Nun aber durch eine Selbstschutzorganisation des Bürgertums unter möglichster Zurückhaltung der Polizei die revolutionäre Bewegung abfangen zu können, beruhte auf völliger Verkennung der Lage. Die herrschenden Gewalten mußten zu der Einsicht kommen, daß gewaltsames Einschreiten unmöglich sei. Daher erhielten die Garnisonkommandos Anweisung, bei etwa ausbrechenden Unruhen unter allen Umständen Blutvergießen zu vermeiden. Als das Stellvertretende Generalkommando des 18. Armeekorps in Frankfurt diesen Befehl am Morgen des 8. November dem Regierungspräsidenten in Wiesbaden mitteilte, überließ er es dessen Ermessen, ob unter diesen Umständen Anforderung von

---

Deutschen Tageszeitung, als ob alles bereit sei mit Ausnahme der Sozialdemokraten, entschlossen noch den Endkampf zu wagen (ebenda S. 512). Zu diesem Gerücht trug die begonnene Einziehung von 600.000 Mann zum Heeresdienst bei (ebenda S. 532 ff.) Vgl. auch Klaus E p s t e i n, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie (Berlin, Frankfurt/M. 1962) S. 306. Für Scheidemann, Der Zusammenbruch S. 209 war der 9. November „der logische Schluß des verlorenen Krieges, der beispiellosen Entbehrungen und des Abscheus vor den Kriegshetzern, die auch jetzt noch nicht zur Ruhe kommen wollten, sondern mit dem verbrecherischen Gedanken eines letzten Aufgebots spielten“.

<sup>106</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 317 vom 15. 11. 1918, Abendblatt und Nr. 362 vom 31. 12. 1918, Abendblatt.

<sup>107</sup> Für die revolutionären Ereignisse in Wiesbaden und im Regierungsbezirk gibt es bisher keine Darstellung. Bei Herbert M ü l l e r - W e r t h, Geschichte und Kommunalpolitik der Stadt Wiesbaden unter besonderer Berücksichtigung der letzten 150 Jahre (Wiesbaden 1963), der einzigen modernen Stadtgeschichte, kommt die Revolution von 1918/19 mit keinem Wort vor.

<sup>108</sup> HStAW 405, 5880 Bl. 76. Abdruck an die Landräte ebenda Bl. 77.

<sup>109</sup> Ebenda Bl. 79.

Truppen zur Unterdrückung von Unruhen überhaupt zweckmäßig sei.<sup>110</sup> Der Oberbürgermeister von Wiesbaden sprach sich am 8. November in einer Stadtverordnetensitzung gegen die Gründung von Bürgerwehren aus, da sie im gegebenen Falle doch versagen würden. Soeben sei die Nachricht eingetroffen, daß auch in Köln Unruhen ausgebrochen seien. Es sei anzunehmen, daß die Bewegung auf Wiesbaden übergreife. Der Oberbürgermeister ersuchte alle Stadtverordneten und hauptsächlich die Vertreter der Arbeiterschaft, durch Beruhigung der Bevölkerung Unheil von der Stadt fernzuhalten.<sup>111</sup> Der Stadtverordnete Dietrich von der SPD versprach für seine Partei, in der öffentlichen Versammlung, die am Abend des nächsten Tages im Gewerkschaftshaus in der Wellritzstraße stattfinden sollte, zur Beruhigung beizutragen. Ein vom Magistrat und den Vertretern sämtlicher politischer Parteien der Stadtverordnetenversammlung erlassener Aufruf mahnte dringend zur Ruhe und Besonnenheit.<sup>112</sup> Doch bereits in der Nacht zum 9. November trafen einige Marinesoldaten als Vertreter des Kölner Soldatenrats (künftig: SR) ein und brachten die Bewegung auch in den Wiesbadener Kasernen in Gang.<sup>113</sup> In den Vormittagsstunden wählte das Ersatzbataillon des Füsilierregiments Nr. 80 in den Kasernen an der Schier-steiner Straße einen fünfköpfigen SR; er bestand aus dem Leutnant der Reserve Schlitt, der schon vor dem Kriege als Gerichtsassessor in Wiesbaden gewirkt hatte<sup>114</sup>, einem Vizefeldwebel und drei Füsiliern. Sie erschienen mittags auf dem Garnisonkommando in der Oranienstraße 5 und ergriffen die militärische Kommandogewalt. In einem Aufruf an die Bevölkerung gab der SR im Laufe des Nachmittags bekannt, daß er die Sicherheit der Stadt übernommen habe. Alle Behörden blieben in ihren Ämtern. Der SR gewährte das Leben und Eigentum eines jeden Bürgers. Den Patrouillen mit roten Abzeichen sei unbedingt Folge zu leisten.<sup>115</sup> Im Laufe des Tages bildete sich auch beim zweiten in Wiesbaden in Garnison stehenden Truppenteil, dem Ersatzbataillon des Landwehrregiments Nr. 80, ein SR, der mit dem SR des Füsilierbataillons zu einem neunköpfigen Ausschuß verschmolz. Sogleich wurde auch die Verbindung zur Arbeiterschaft hergestellt. Nachmittags um 5 Uhr fand in den Räumen des Garnisonkommandos eine gemeinschaftliche Sitzung des SR der beiden Bataillone mit den Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien und des Gewerkschaftskartells statt. Diese betonten, daß sich nunmehr auch ein Arbeiterrat (künftig: AR) bilden und der Arbeiter- und Soldatenrat (AuSR) dann gemeinschaftlich nach dem Muster anderer Städte die gesamte Macht an sich nehmen werde.

Die beiden abendlichen Versammlungen der sozialdemokratischen Parteien im Gewerkschaftshaus und - wegen des Zudrangs als Parallelveranstaltung - in der Wartburg waren so überfüllt, daß ein

---

<sup>110</sup> HStAW 405, 2778.

<sup>111</sup> Stadtarchiv Wiesbaden (künftig StadtAW) A XIII b 77 Bl. 1.

<sup>112</sup> Vgl. Rheinische Volkszeitung Nr. 262 vom 9. 11. 1918.

<sup>113</sup> Das Folgende nach Wiesbadener Zeitung Nr. 574 vom 10. 11. 1918, Morgenausgabe und Rheinische Volkszeitung Nr. 263 vom 11. 11. 1918. Der Bericht im Wiesbadener Tagblatt Nr. 526 vom 9. 11. 1918 ist weniger detailliert; zusätzlich enthält er jedoch die Nachricht, daß die Bewegung von der 3. Kompanie des Ersatzbataillons ausgegangen sei. Laut Wiesbadener Zeitung Nr. 575 vom 11. 11. 1918 erklärte Sergeant Lindig, in der Versammlung am 9. 11., die Bewegung habe von der 2. Kompanie des Landwehrregiments ihren Ausgang genommen. Dem widerspricht obiger Bericht und der Aufruf des SR vom 9. 11., der vom SR des Füsilierregiments stammt. Lindings Name erscheint erst in dem Aufruf des AuSR vom 10. 11.

<sup>114</sup> So laut Wiesbadener Tagblatt Nr. 540 vom 18. 11. 1918

<sup>115</sup> Aufruf z. B. in Wiesbadener Tagblatt vom 9. 11. 1918 Nr. 526, Abendausgabe

großer Teil der Herbeiströmenden keinen Zutritt mehr fand. Im Auftrag des Kölner SR nahm ein Matrose des Linienschiffs „Kaiser“ an der Versammlung teil. Der Vertreter der Unabhängigen, von denen die Versammlung in das Gewerkschaftshaus einberufen war, verkündete unter großem Beifall, daß sich auch in Wiesbaden die Einigung der beiden sozialdemokratischen Parteien vollzogen habe, nachdem in Besprechungen in Frankfurt allgemein das Zusammengehen der beiden Parteien für ganz Deutschland beschlossen worden sei. Doch erließ der Vorstand der USP Wiesbadens an dem Tage noch einen eigenen Aufruf, der zur Beruhigung ängstlicher Gemüter versicherte, daß die Arbeiterorganisationen und Soldaten alles aufbieten würden, jeder Ausschreitung energisch entgegenzutreten. Allen Anordnungen in bezug auf Ernährung, Verkehr und Sicherheit sei unbedingt Folge zu leisten.<sup>116</sup> Nach der Rede des Reichstagsabgeordneten Raute von der SPD<sup>117</sup>, in der er in schärfster Weise das alte System brandmarkte, fand die Wahl des AR statt. SPD und USP stellten dazu je 8 Mitglieder, darunter von der SPD die Stadtverordneten Haese, Dietrich und Bauer. Abordnungen des AuSR erschienen auf den verschiedenen Verwaltungsstellen: Regierung, Polizei, Rathaus, Post, Zoll und Bahn, und stellten die Behörden unter ihre Kontrolle. Bei der Polizeidirektion beschlagnahmten sie die politischen Akten. So war „der Übergang von der Monarchie zur neuen sozialdemokratischen Regierungsform“<sup>118</sup> in unblutiger Weise vollzogen. Die Straßen boten fast das gewohnte, nur etwas lebhaftere Bild. Doch wurden die Offiziere von den durch rote Armbinden kenntlichen Patrouillen aufgefordert, ihre Achselstücke abzunehmen und die Waffen abzuliefern zum Zeichen dessen, daß außerhalb des Dienstes jeder Rangunterschied verschwunden sein sollte. Am 10. November bildete sich der Vollzugsausschuß des AuSR für den Stadt- und Landkreis Wiesbaden aus Leutnant Schlitt als Kommandanten, Sergeant Lindig und Matrosen Spies als Vorsitzenden des SR, Otto Haese von der SPD und Franz Göbner von der USP als Vorsitzenden des AR. In einem Aufruf gab der Ausschuß bekannt, daß der AuSR die vollziehende Gewalt ausübe. Die sozialistische Republik sei auf dem Wege.<sup>119</sup>

Der AuSR richtete seine Geschäftsräume im Erdgeschoß des Schlosses ein, und zwar in dem Flügel mit dem Eingang zur Marktstraße. Wo sonst die purpurne Königsstandarte oder, wenn der Kaiser als solcher Gäste hatte, die gelbe Kaiserstandarte hochgezogen wurde, wehte jetzt die rote Fahne der Revolution.<sup>120</sup>

Am Montag, dem 11. November, fanden Konferenzen des AuSR mit Vertretern der Stadtverwaltung und der Regierung statt. Der Regierungspräsident von Meister stellte sich mit seiner Dienststelle zur Verfügung. Hatte doch der neue Reichskanzler Ebert am 9. November alle Behörden aufgefordert, aus Liebe zum deutschen Volk den Dienst weiter zu tun. In einer Kundgebung auf dem Marktplatz brachte ein großer Teil der Wiesbadener Einwohnerschaft am 11. November seine Verbundenheit mit der neuen Regierungsform durch den AuSR zum Ausdruck. Sergeant Lindig pries die Neuordnung der Staatsreform als das einzige Mittel, das deutsche Volk aus diesem unseligen Krieg zu erretten. Er machte das Kaisertum, die Beamtenherrschaft, den Klassenstaat für all das verantwortlich, was bisher

---

<sup>116</sup> In Wiesbadener Tagblatt vom 9. 11. 1918 Nr. 526, Abendausgabe. Unterschrieben ist der Aufruf von Franz Göbner.

<sup>117</sup> Raute (gest. 14. 3. 1946) war seit 1912 Reichstagsmitglied der SPD. Von Januar 1919 bis Mai 1924 vertrat er zunächst die USP, dann aber wieder die SPD im Reichstag (Schwarz, MdR S. 732).

<sup>118</sup> Formulierung der Rheinischen Volkszeitung in Nr. 263 vom 11. 11. 1918.

<sup>119</sup> In Rheinische Volkszeitung Nr. 263 vom 11. 11. 1918

<sup>120</sup> Wiesbadener Tagblatt Nr. 553 vom 27. 11. 1918 (mit Beschreibung der Räume)

an dem Volk gesündigt wurde, indem es in der freien Entwicklung seiner intellektuellen Kräfte behindert war. Der AuSR habe es sich zur Aufgabe gemacht, dem Aufstieg der Tüchtigen im Volk freie Bahn zu schaffen. Das Volk werde nun besseren, freieren Zeiten entgegengehen. Der AuSR werde seine Macht dazu benutzen, darauf hinzuarbeiten, daß jeder Bürger gleichberechtigt neben dem anderen leben könne. Am Schluß der Versammlung bildeten die größtenteils mit roten Abzeichen geschmückten Soldaten und Zivilisten einen großen Demonstrationzug, der unter Hochrufen auf die freie Republik und unter Schwenken einer großen roten Fahne durch die Hauptstraßen führte.<sup>121</sup> In einer Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei wandte sich Lindig unter allseitiger lebhafter Zustimmung gegen Bestrebungen im Reich, eine Diktatur seitens des Spartakusbundes aufzurichten. Ein Zeichen der Mäßigung des AuSR zeigt sich auch darin, daß er sich zur Aufnahme von drei Delegierten der Fortschrittlichen Volkspartei bereit erklärte.<sup>122</sup> Der Intendant des Hoftheaters, Dr. von Mutzenbecher, lehnte es jedoch ab, die neue Erhebung anzuerkennen, und trat von seinem Posten zurück. Die vorläufige Leitung wurde dem Regisseur Ernst Legal übertragen und das Theater in Nassauisches Landestheater umbenannt.<sup>123</sup>

Auf einer gemeinsamen Konferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte aus den Kreisen Wiesbaden Stadt und Land sowie dem Rheingaukreis am 20. November erläuterte Schlitt als Vorsitzender des Vollzugsausschusses des Wiesbadener AuSR die Aufgabe der Räte als Organe der republikanischen Regierung und gab Richtlinien für die Zusammenarbeit der Räte untereinander und mit den bestehenden Behörden.<sup>124</sup> Die Wahl der Räte sollte in Volksversammlungen erfolgen. Die in Tätigkeit bleibenden Verwaltungen seien auf die republikanische Staatsverfassung zu verpflichten. Die in die Verwaltung entsandten Räte hätten ihr Amt mit dem nötigen Takt und Geschick auszuüben. Als Aufgabengebiet der Räte nannte Schlitt die Ernährungsfrage (ungestörte Zuführung, gleichmäßige Belieferung und Verteilung der Lebensmittel), die Verpflegung der zurückflutenden Truppen, die Demobilisierungskommissionen der Gemeinden, Mitwirkung bei der Arbeitsbeschaffung und Wohnungsfürsorge. In Gemeinden, wo infolge des Dreiklassenwahlrechts Arbeiter nicht in den Gemeindevertretungen saßen, seien solche ohne weiteres durch den Arbeiter- und Bauernrat (künftig AuBR) einzusetzen.

Die neue Polizeigewalt des AuSR wurde zunächst von einem Sicherheitsdienst unter Leitung von Marineobermaat Koch wahrgenommen. Am 28. November wurde dieser Sicherheitsdienst unter Ausscheiden Kochs aufgehoben. Der AuSR bildete eine Polizeitruppe, die er der Polizeidirektion unterstellte. Sie hatte für die Aufrechterhaltung der Straßen- und Wirtschaftsdisziplin zu sorgen.<sup>125</sup> Die Änderung hing wohl in erster Linie damit zusammen, daß der zugleich mit der Verwaltung der Polizeidirektion beauftragte Landrat von Heimburg auf Drängen des AuSR am 19. November sein Amt als Polizeidirektor niederlegen mußte. Nachfolger wurde auf Ersuchen des AuSR der Vorsitzende der Ortsgruppe der Deutschen Fortschrittspartei, Geheimer Justizrat Dr. Alberti.<sup>126</sup> Neben dieser

---

<sup>121</sup> Wiesbadener Zeitung Nr. 577 vom 12. 11. 1918, Morgenausgabe. 125) Laut Zeitungsausschnitten in StadtAW A XIII b 78.

<sup>122</sup> Wiesbadener Tagblatt Nr. 540 vom 18. 11.1918

<sup>123</sup> Rheinische Volkszeitung Nr. 266 vom 14. 11.1918

<sup>124</sup> Wiesbadener Zeitung Nr. 596 vom 23. 11. 1918.

<sup>125</sup> Laut Zeitungsausschnitten in StadtAW A XIII b 78.

<sup>126</sup> HStAW 408, 77; Wiesbadener Tagblatt Nr. 542 vom 19. 11. 1918, Abendausgabe. Am 5. 9. 1917 waren v. Heimburg die Dienstgeschäfte der Polizeidirektion übertragen worden (ebenda). Am 2. 11.

Polizeitruppe wurde am 24. November jedoch eine Volkswehr von etwa 400 Mann unter der Führung des Stadtkommandanten Schlitt aus in Wiesbaden ansässigen ehemaligen Soldaten geschaffen. Sie sollte die infolge der Demobilmachung abgehenden Soldaten ersetzen und neben der Polizei den Sicherheitsdienst versehen.<sup>127</sup> Der Oberbürgermeister erreichte, daß die ursprünglich vorgesehene Zahl von 600 Mann herabgemindert und dem Polizeipräsidenten das Recht zugestanden wurde, die Liste der Mitglieder nachzuprüfen und die Entfernung ungeeigneter Mitglieder zu verlangen. Auf diese Weise sollte vermieden werden, daß die Volkswehr den Charakter einer Roten Garde im Sinne der russischen Rätediktatur annehme.<sup>128</sup>

## Obertaunus und Höchst

Im Obertaunuskreis und Kreis Höchst stand die Bewegung unter dem Einfluß von Frankfurt. Schon am 8. November hatte sie das stark industrialisierte Oberursel ergriffen. Nach einer Betriebsversammlung der Motorenfabrik Oberursel zogen etwa 1.000 Arbeiter vor das Stadthaus und forderten durch einen Stadtverordneten und den Vorsitzenden des „Arbeiterrausschusses“ bessere Versorgung mit Lebensmitteln und Einführung der Republik. Eine von der Versammlung gewählte siebenköpfige Kommission sollte ihre Forderung beim Magistrat durchsetzen.<sup>129</sup> Zur Herrschaftsübernahme durch einen AR war es also noch nicht gekommen. Doch beteiligten sich die Arbeiter von Oberursel an der großen Streikkundgebung am 9. November in Frankfurt.<sup>130</sup> Der Landrat von Marx in Bad Homburg war sich mit den Mitgliedern des Kreisrausschusses in einer Sitzung am 8. November darüber einig, daß die geforderte Bildung von Bürgerwehren in den Städten des Kreises untunlich sei, da nach den mittlerweile eingetroffenen Nachrichten über die Vorgänge in den großen Städten die Bewegung in aller Ruhe und Ordnung vorgegangen sei, solange den Matrosen und AuSRen kein Widerstand entgegengesetzt worden sei.<sup>131</sup> Abgesandte des Frankfurter AuSR veranlaßten am Abend des 10. November die Bildung eines AuSR in Homburg. Dabei machte sich der Mangel an geeigneten Leuten und näheren Bestimmungen bemerkbar. Der Landrat erklärte seine Bereitschaft, sich den Befehlen des AuSR zu unterwerfen.<sup>132</sup>

---

1918 erhielt er den Charakter als Polizeipräsident (Wiesbadener Tagblatt Nr. 514 vom 2. 11. 1918, Abendausgabe). Heimbürg war königlicher Kammerherr und Hauptmann im 2. Garde-Landwehrregiment. Als Vorsitzender des Kreiskriegerverbandes Wiesbaden-Land erklärte er am 3. 8. 1914 in einem gedruckten Aufruf, jetzt sei die Zeit gekommen, in der die jahrelange unermüdliche Friedensarbeit der Kriegervereine zur vollen Geltung komme. Deren militärische Ausbildung sei zu erneuern, so daß sie gleichsam als letztes Aufgebot mit der Büchse in der Hand für das Vaterland eintreten könnten (HStAW 405, 5880 Bl. 1).

<sup>127</sup> HStAW 405, 5880 Bl. 118; 408, 121.

<sup>128</sup> StadtAW A XIII b 78 Bl. 34 und 45.

<sup>129</sup> M ü 11 er, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 190 nach HStAW 405, 5880 Bl. 103 ff.

<sup>130</sup> Laut Bericht des Landrats von Homburg an den Regierungspräsidenten vom 9. 11. 1918 (HStAW 405, 5880 Bl. 88 f.).

<sup>131</sup> Ebenda.

<sup>132</sup> Ebenda Bl. 113 f. (nur im Auszug bei M ü 11 er, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 193 mit irrtümlichem Datum 10. Oktober). Der Versammlungsleiter, ein Abgesandter des Frankfurter SR, empfahl die Bildung unter Leitung einerseits zweier Leutnants, andererseits des sozialdemokratischen Stadtverordneten Dippel. Aus der anschließenden Besprechung mit diesem hatte der Landrat den

Der Landrat in Höchst nahm am 8. November zur Durchführung des Erlasses über die Bildung einer Bürgerwehr mit dem Vorsitzenden des Kreiskriegerverbandes Fühlung auf. Am 9. November mußte er der Regierung melden, daß das Garnisonkommando am Ort ihm erklärte, über zuverlässige Leute zur Gestellung eines Bereitschaftskommandos nicht mehr zu verfügen.<sup>133</sup> Am gleichen Morgen versuchte er den sozialdemokratischen Parteisekretär und den Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells für die Bildung einer Bürgerwehr unter dem Namen eines Wohlfahrts- oder Überwachungsausschusses zu gewinnen. Sie lehnten dies jedoch auf das bestimmteste ab. Dazu sei es zu spät, da in Frankfurt ein AuSR bereits in den Besitz der öffentlichen Gewalt gelangt sei. Der Landrat stellte den beiden Arbeiterführern die Bildung eines solchen AuSR anheim, damit die Bewegung nicht durch die USP in Gang gebracht würde, die für den 11. November eine Versammlung anberaumt hatte. Noch am Vormittag und den ersten Nachmittagsstunden des 9. November wurde der AuSR zunächst nur für die Stadt Höchst gebildet, in den dann je drei Mitglieder aus den übrigen Kreisgemeinden eintreten sollten. Der Bürgermeister von Höchst und der Landrat unterstellten sich der Bewegung. Post und Telegrafenamts wurden besetzt. Dienstliche Telegramme und Ferngespräche unterlagen der Genehmigung des AuSR. Er requirierte für seine Zwecke die Privatautos, darunter auch das des Landrats,<sup>134</sup>

Schon am 9. November entstand ferner in der Kreisstadt Diez ein AuSR (hier als SuAR).<sup>135</sup> Den Anfang machte die Garnison mit Einsetzung eines SR. An seine Spitze trat der Unteroffizier Hoffrichter vom Ersatz-Infanterieregiment 25 in Diez. Auf Vorschlag des Bürgermeisters bildete sich auch sogleich ein AR. Im Auftrag des SuAR wandte sich Hoffrichter noch am gleichen Tag durch ein Flugblatt an die Bevölkerung. Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen sei, habe zu einer elementaren Bewegung des Volkes geführt. Der SuAR erstrebe vollkommene Demokratisierung, Abschaffung des Militarismus. Alle militärischen und politischen Gefangenen würden in Freiheit gesetzt. Die Zivil- und Militärgewalt werde dem SuAR untergeordnet. „Auf der revolutionären Grundlage wollen wir zu einer wirklichen Einheit gelangen. In einem anderen Flugblatt vom gleichen Tage teilte der Bürgermeister von Diez der Bürgerschaft mit, daß der SR die Militär- und Zivilgewalt übernommen habe und ihm ein soeben eingesetzter AR zur Seite stehe. Beide würden mit der Gemeindebehörde Hand in Hand gehen. Beide Flugblätter verbürgten sich für die Sicherheit der Personen und das Eigentum. Am 10. November meldete der Landrat dem Regierungspräsidenten, daß der SR ihm gestern Abend die Übernahme der Militär- und Zivilgewalt offiziell mitteilte. Der SR werde die politischen Verbrecher in der Strafanstalt Diez und im Zentralgefängnis Freiendiez auf freien Fuß

---

Eindruck, daß sich das Fehlen jeglicher Anweisung über die Wahl und die Funktionen alsbald fühlbar machte. Alle brauchbaren, intelligenten Männer waren außerdem in fester Stellung und verfügten daher nicht über die erforderliche Zeit.

Eine Aufklärung, ob und welche Mittel zu ihrer Anstellung verfügbar wären, wurde nicht gegeben.

<sup>133</sup> Ebenda B. 85.

<sup>134</sup> M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 191 ff. nach HStAW 405, 5880 Bl. 85 ff. Die Frankfurter Zeitung Nr. 314 vom 12. 11. 1918, 1. Morgenblatt meldete aus Höchst vom 10. 11., daß sich ein AuSR gebildet habe, der den Bahnhof besetzt halte und die Geschäfte der Stadtverwaltung und des Landratsamts reibungslos übernommen habe. Mittags sei die Arbeit in sämtlichen Betrieben zur Veranstaltung eines Demonstrationzuges niedergelegt worden. Bei den Farbwerken seien die polnischen Arbeiter infolge Einschränkung der Rüstungsbetriebe entlassen und heimgekehrt. Das Gleiche stehe für die belgischen Arbeiter und Arbeiterinnen unmittelbar bevor.

<sup>135</sup> 135) Das Folgende nach HStAW 405, 5880 Bl. 108 ff.

setzen.

## Weilburg

Am Sitz des Oberlahnkreises in Weilburg bildete sich der AuSR am 10. November.<sup>136</sup> Als der Landrat telegrafisch um Verhaltensmaßregeln bat, riet ihm Oberregierungsrat Kötter vom Regierungspräsidium, sich mit seinem Büro dem AuSR zur Verfügung zu stellen und Hand in Hand mit ihm im Interesse der Wahrung der öffentlichen Ordnung und Lebensmittelversorgung zu arbeiten.<sup>137</sup> Dazu entschlossen sich auch Landratsamt, Garnisonkommando und Bürgermeisteramt, nachdem am Tage zuvor zwischen den drei Behörden eine Besprechung stattgefunden hatte und dabei vom Garnisonkommando mitgeteilt wurde, daß jeder Waffengebrauch vom Generalkommando untersagt sei. In einer telegrafisch einberufenen Bürgermeisterversammlung des Kreises, an der auch je ein Vertreter des AuSR teilnahm, wurden die Richtlinien der gemeinsamen Arbeit festgelegt. Die Einrichtung von Bürgerwehren sollte erfolgen, wo sie erforderlich erschien. Der „Weilburger Anzeiger“ wurde unter Vorzensur des AuSR gestellt.<sup>138</sup>

## Usingen

Im Kreise Usingen nahm eine Volksversammlung zu Anspach am 12. November die Bildung eines AuBR vor und stellte sich dem Landratsamt in Gemeinschaft mit einem alsbald begründeten AuBR in Wehrheim als vollziehende Gewalt vor. Der Landrat unterwarf sich den Forderungen und versprach die Entlassung besonders mißliebiger Beamter.<sup>139</sup> Der Landrat von Westerburg berichtete am 15. November lediglich, daß die Einrichtung von Bürgerwehren „den hiesigen Verhältnissen entsprechend“ durchgeführt sei<sup>140</sup>, ähnlich der Landrat von Montabaur am 27. November, daß dies in den meisten Gemeinden des Kreises geschehen sei.<sup>141</sup> Doch konnte im Unterwesterwaldkreis das politische Geschehen keineswegs von oben gelenkt werden. Am 10. November veranstaltete die im Tonindustriestandort Wirges befindliche Ortsgruppe der SPD eine Demonstration von etwa 400 Männern und Frauen, um von den dortigen Tonwerken Gewährung des Achtsturentages und Abstellung anderer schon früher vorgebrachter Beschwerden zu erreichen.<sup>142</sup> Die Ortsgruppe der christlich-sozialen Arbeiterpartei vollzog am gleichen Tag den Zusammenschluß mit der SPD. Ein gemeinsamer Arbeiterausschuß trug am 11. November dem Landrat seine Forderungen vor:

1. Kontrolle bei der Lebensmittelversorgung und bei der Ausgabe von Bekleidungsstücken,
2. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in allen Industriebetrieben des Kreises und

---

<sup>136</sup> 136) Ebenda Bl. 91 (Bericht des Landrats an den Regierungspräsidenten vom 14. 11. 1918).

<sup>137</sup> 137) HStAW 405, 2778.

<sup>138</sup> Wiesbadener Zeitung Nr. 580 vom 13. 11. 1918.

<sup>139</sup> Ebenda

<sup>140</sup> HStAW 405, 2778 Bl. 92

<sup>141</sup> Ebenda Bl. 90

<sup>142</sup> Zum Folgenden HStAW 419, 59 und 405, 5880 Bl. 115 (Bericht des Landrats an den Regierungspräsidenten vom 11. 11. 1918).



Beibehaltung der Höhe der jetzigen Belegschaft,

### 3. Verbot der Entlassung von Arbeitern.

Die erste Forderung wurde durch Einstellung von drei Ausschußmitgliedern in den Dienst der Kreiskommunalverwaltung angenommen. Über den 2. und 3. Punkt sollte mit den Werkbesitzern unter Mitwirkung des Ausschusses verhandelt werden. Am 25. 11. bildete sich für den Unterwesterwaldkreis neben dem bestehenden AR (Vertrauensausschuß der Arbeiterschaft) ein Kreisbauernrat.<sup>143</sup>

## Oberwesterwald

Im Oberwesterwaldkreis leitete die USP die Bewegung am 14. November mit einer Versammlung in der evangelischen Kirche zu Marienberg ein.<sup>144</sup> Auf Vorschlag des Einberufers wurde beschlossen, den Landrat und Kreisausschuß abzusetzen, da angeblich bei Erfassung und Verteilung der Lebensmittel durch den Kommunalverband Unregelmäßigkeiten und Ungerechtigkeiten vorgekommen waren. Zugleich wurde ein AuBR von 12 Mitgliedern mit Pfarrer Schütz in Stein-Neukirch als Vorsitzendem gebildet. Als der AuBR dem Landrat am 15. November den Beschluß der Versammlung eröffnete, erklärte dieser, daß er gemäß der von der neuen preußischen Regierung ergangenen Weisung seinen Dienst weiter ausüben müsse und nur der Gewalt weichen würde. Schließlich begnügte man sich mit der Forderung, daß der Landrat sich mit den Beamten des Landratsamts, der Kreisausschußverwaltung und Einkommensteuerveranlagungskommission den Anordnungen des AuBR zu fügen habe. Dies wurde vom Landrat und sämtlichen Beamten angenommen. Der AuBR sollte sich als Kontrollinstanz bei der Erfassung und Verteilung der Lebensmittel und bei den Beratungen über die Gewährung von Familienunterstützung beteiligen.

## wieder: Wiesbaden

Von der Aktivität des Wiesbadener AuSR zeugt es, daß auf seinen Beschluß der Reichstagsabgeordnete Dr. Quarck am 20. November als Vertreter der neuen öffentlichen Gewalt dem Regierungspräsidium beigegeben wurde.<sup>145</sup> Dr. Quarck gehörte der SPD an. Er vertrat seit 1912 den Wahlkreis Frankfurt a. M. im Reichstag.<sup>146</sup> Auf der Konferenz der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte der Kreise Wiesbaden Stadt und Land sowie des Rheingaus am 20. November 1918 betätigte er sich erstmals öffentlich in seiner neuen Stellung. Wie er dort ausführte, hatte er bereits Verhandlungen mit dem Gewerberat wegen der Arbeiterverhältnisse im Bezirk gepflogen und diesem den Weg zu den Gewerkschaften als den sachlichsten und sachverständigsten Beratern gewiesen. In der Schulverwaltung sei vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß aus den Schulen alles Völker- und Volksverhetzende entfernt werde.<sup>147</sup> Am 23. November unterrichtete der Regierungspräsident die Landräte, daß Dr. Quarck seine Arbeit im Einvernehmen mit ihm bereits aufgenommen habe.<sup>148</sup> Da bei den derzeitigen schwierigen

---

<sup>143</sup> ) HStAW 419, 59 (Bericht des Landrats von Montabaur vom 25. 11. 1918 an den AuSR beim stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps).

<sup>144</sup> Zum Folgenden W 405, 5880 Bl. 117 (Bericht des Landrats vom 15.11.1918 an den Regierungspräsidenten).

<sup>145</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 324 vom 22. 11. 1918, Abendblatt.

<sup>146</sup> Schwarz, MdR S. 731.

<sup>147</sup> Rheinische Volkszeitung Nr. 273 vom 23. 11. 1918.

Verkehrsverhältnissen eine Zusammenberufung der Landräte nicht tunlich sei, beabsichtige Dr. Quarck, sie demnächst in ihren Ämtern aufzusuchen. Der Regierungspräsident legte größten Wert darauf, daß sie Dr. Quarck „in vollem Verständnis für die große Bedeutung seiner Aufgaben, die u. a. darin bestehen, das gegenseitige Vertrauen zwischen Behörden und AuSR zum allgemeinen Besten zu stärken und vermittelnd zu wirken“, einen entgegenkommenden Empfang bereiteten. Offenbar zur Herstellung der Parität wurde einige Tage darauf vom Wiesbadener AuSR auch Franz Göbner von der USP in die Regierung entsandt. Zwei Vertreter des Frankfurter AuSR standen zu erwarten.<sup>149</sup> Außerdem ordnete auch der am 16. November begründete provisorische Nassauische Landesbauernrat<sup>150</sup> drei Beauftragte, die sich gegenseitig vertreten sollten, zur Regierung ab.<sup>151</sup>

Zu den wichtigsten Verwaltungsaufgaben gehörte seit Beendigung des Kriegszustandes die wirtschaftliche Demobilmachung. Die Regierung in Berlin setzte dafür am 13. November einen Staatskommissar für Preußen ein, dessen nachgeordnete Organe die Regierungspräsidenten als Demobilmachungskommissare und die Demobilmachungsausschüsse in den Stadt- und Landkreisen waren. Die Regierungspräsidenten hatten bei sich einen Bezirksrat zu bilden. Oberregierungsrat Kötter als stellvertretender Kommissar für den Regierungsbezirk Wiesbaden forderte am 18. November die Handelskammern in Frankfurt und Wiesbaden sowie die Gewerkschaftskartelle der freien Gewerkschaften ebendort auf, ihm je zwei Mitglieder, ferner die AuSR in Wiesbaden und Frankfurt, ihm je ein Mitglied, und die Frauenarbeitsnebenstelle der Kriegsamtstelle in Frankfurt zu Wiesbaden, ihm eine Dame als Mitglied, und jeweils die gleiche Zahl an Stellvertretern zu benennen.<sup>152</sup>

Am 2. Dezember stellte der Biebricher AuSR dem Regierungspräsidenten ein Ultimatum wegen anderweitiger Besetzung des Landratspostens für den Landkreis Wiesbaden. Kammerherr von Heimburg wurde daraufhin sogleich beurlaubt.<sup>153</sup> Das Amt wurde (nach kurzer Vertretung durch Dr. Beres) auf Beschluß des AuBR des Kreises vom 4. Dezember dem bei Ausbruch der Revolution vom

---

<sup>148</sup> Zum Folgenden HStAW 419, 59.

<sup>149</sup> Erlaß der Regierung an die Landräte vom 28. 11. 1918 (ebenda).

<sup>150</sup> Er bestand aus 18 Mitgliedern und bezeichnete sich in seinem Aufruf an die Landbevölkerung vom 16. 11. als Vertretung der Bauern, Handwerker, gewerblichen Arbeiter und der ganzen werktätigen Landbevölkerung Nassaus. Bei Gründung wurde bereits beschlossen, daß der BR gemeinsam mit den AuSRen zu den Verwaltungsbehörden als Kontrollinstanz gemäß Erlaß der Preußischen Landesregierung vom 14. 11. 1918 hinzutreten sollte (HStAW 405, 6176 Bl. 10; Wiesbadener Zeitung Nr. 588 vom 18. 11. 1918, Morgenausgabe; Frankfurter Zeitung Nr. 321 vom 19. 11. 1918, 1. Morgenblatt).

<sup>151</sup> Erlaß der Regierung an die Landräte vom 26. 11. 1918 (ebenda). Es waren Direktor Eisinger, Dr. phil. Horny und Dr. jur. et pol. Beres, sämtlich zu Wiesbaden

<sup>152</sup> HStAW 405, 6176 Bl. 32. Zu der Frage, ob auch die gelben und die christlichen Gewerkschaften vertreten sein müßten, zog Kötter am 23. 11. Dr. Quarck hinzu, der dies verneinte (ebenda Bl. 44). Am gleichen Tag traf er eine entsprechende Regelung für die Kreise (ebenda Bl. 33).

<sup>153</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 335 vom 3. 12. 1918, 2. Morgenblatt; Rheinische Volkszeitung Nr. 283 vom 5. 12. 1918.

SR gewählten Stadtkommandanten von Wiesbaden, Gerichtsassessor Schlitt, übertragen.<sup>154</sup> Um diese Zeit war bereits bekannt, daß Wiesbaden als Teil des Brückenkopfes Mainz zur Besatzungszone gehören werde; ein vom AuSR ausgehender Versuch, Wiesbaden als Kur- und Bäderstadt davon ausnehmen zu lassen, blieb erfolglos.<sup>155</sup> Man mußte damit rechnen, daß die Besetzung auch das Ende der AuSRe bedeuten würde. Am 5. Dezember meldete die Lokalpresse aus Trier, daß das amerikanische Oberkommando die Schließung der AuSRe und die Festnahme ihrer Mitglieder angeordnet habe.<sup>156</sup> Da die Besatzungszone von deutschen Truppen geräumt werden mußte, löste sich der SR von Wiesbaden am 7. Dezember auf, während der AR zunächst noch weiter bestand.<sup>157</sup> Am 8. Dezember wurde die rote Fahne auf dem Schloß wieder eingezogen.<sup>158</sup> Am 14. Dezember teilte der Demobilmachungskommissar bei der Regierung in Wiesbaden dem Magistrat mit, daß der französische Präfekt für den zum Brückenkopf Mainz gehörenden Teil des Regierungsbezirkes befohlen habe, AuSRe als Zentralinstanzen der Behörden nicht weiter zu dulden.<sup>159</sup> Die Volkswehr des AuSR in Wiesbaden war bereits am 13. Dezember, an dem die französische Besetzung des Brückenkopfes begann, „auf Befehl des kommandierenden Generals der Besatzungstruppen“ aufgehoben worden.<sup>160</sup> Als unzutreffend stellte sich dagegen ein vom Armeeeoberkommando 5 weitergegebener Befehl heraus, den der Wiesbadener Demobilmachungskommissar in seinem Bezirk bereits am 13. Dezember verbreitet hatte, daß nämlich die Entente AuSRe auch in der neutralen Zone nicht dulde, da sie sich dort das Kontrollrecht vorbehalten habe, und daß die AuSRe daher dort sofort aufzulösen seien.<sup>161</sup> Zwar mußten die SRe ihre Tätigkeit wegen der Entmilitarisierung einstellen. Aber die AuBRe bestanden weiter. Ihre Organisation

---

<sup>154</sup> Wiesbadener Tagblatt Nr. 570 vom 6. 12. 1918; Wiesbadener Zeitung Nr. 621 vom 6. 12. 1918, Abendausgabe; Wiesbadener Neueste Nachrichten Nr. 286 vom 7. 12. 1918; Albert H e n c h e, Die Verwaltung, in: Der ehemalige Landkreis Wiesbaden, hrsg. von demselben (1930) S.276.

<sup>155</sup> 155) Mit Schreiben vom 21. 11. 1918 an den Vorsitzenden des Aktionskomitees des AuSR äußerte der Oberbürgermeister Bedenken gegen eine Kundgebung wegen Nichtbesetzung Wiesbadens, bot aber seine Hilfe bei Fassung der Eingabe an (StadtAW A XIII b 78 Bl. 36).

<sup>156</sup> 156) Wiesbadener Zeitung Nr. 619 vom 5. 12. 1918.

<sup>157</sup> Ebenda Nr. 623 vom 7. 12. 1918.

<sup>158</sup> Wiesbadener Tagblatt Nr. 574 vom 9. 12. 1918.

<sup>159</sup> StadtAW XIII b 78 Bl. 56. Schon am 5. 12. 1918 wies der Regierungspräsident auf Grund einer Mitteilung des Majors Sommer vom Gouvernement der Festung Mainz darauf hin, daß die ARe „bisher von den Franzosen überall auf gelöst“ worden seien (HStA 408, 121). Zur Havasmeldung, daß das französische Kommando in Mainz sich weigere, mit den AuSRe zu verhandeln und sie anzuerkennen, bemerkte die Frankfurter Zeitung Nr. 351 vom 19. 12. 1918, Abendblatt, es bleibe ein überraschendes Schauspiel, wie die Truppen der französischen Republik, die Erben der französischen Revolution, sich der deutschen Umwälzung gegenüberstellten.

<sup>160</sup> Ebenda Bl. 57 (Auszug aus dem Sitzungsprotokoll vom 13. 12. 1918 mit Erklärung des Oberbürgermeisters Glaessing).

<sup>161</sup> HStAW 419, 59. Der Landrat von Montabaur gab das Telegramm am gleichen Tag an die Gemeinden mit dem Zusatz weiter, daß die Tätigkeit des Arbeitervertrauensausschusses beim Landratsamt mit dem gleichen Tag eingestellt worden sei. Er empfahl den Bürgermeistern des Kreises, bei wichtigen Dingen kriegswirtschaftlicher Art die Mitglieder von ehemaligen ARen, die sich bewährt hätten, auch weiterhin als Sachverständige nach Bedarf heranzuziehen (ebenda).

ging jedoch schnell in eine reine Berufsvertretung über.<sup>162</sup> Daß in Wiesbaden die revolutionäre Neuordnung nur in gemäßigter Form, aber auch ohne starke Opposition Fuß faßte, beweist die Wahl zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 bei einem Vergleich mit dem Gesamtergebnis im Wahlkreis Hessen-Nassau.<sup>163</sup>

## Darmstadt

Ein anderes Gesicht zeigte die Bewegung in der Residenz Darmstadt. Im Großherzogtum Hessen<sup>164</sup> fehlte es vor 1918 ebenso wie in allen deutschen Bundesländern an einer parlamentarischen Staatsverfassung. Neben der Zweiten Kammer (Abgeordnetenhaus) gab es noch als eine Art Herrenhaus die Erste Kammer. Für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus galt zwar nicht wie in Preußen das Dreiklassenwahlrecht. Doch kannte das Land auch kein volles demokratisches Wahlrecht. Denn das Reformgesetz von 1911, das die indirekte Wahl und den Zensus abschaffte, beschränkte das Wahlrecht auf die Steuerzahler und gewährte den Wählern, die das 50. Lebensjahr überschritten hatten, eine Zweitstimme.<sup>165</sup> Dies hatte zur Folge, daß die Sozialdemokratie und die Fortschrittliche Volkspartei, obwohl sie die Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigten<sup>166</sup>, nicht die Regierung bildeten.

---

<sup>162</sup> HStAW 405, 6336.

<sup>163</sup> Am 19. 1. 1919 stimmten für:  
in Hessen-Nassau Wahlkreis 19 in Wiesbaden

SPD	463 113	14 978
DDP	230 132	18 973
Ztr	187 579	8 608
DNVP	106 078	794
DVP	64 465	11 376
USP	42 980	1 810

Für den Wahlkreis vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 69 vom 26. 1. 1919, für Wiesbaden vgl. Rheinische Volkszeitung Nr. 18 vom 21. 1. 1919. In Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre 1850-1960, hrsg. vom Hessischen Statistischen Landesamt (1961) fehlen leider die Zahlen dieser historisch bedeutsamen Wahl.

<sup>164</sup> Eine zusammenfassende Darstellung der Revolutionsereignisse fehlt bisher. Hauptquelle ist Carl Ulrich, Erinnerungen des ersten hessischen Staatspräsidenten, hrsg. von Ludwig Bergsträsser (Offenbach a. M. 1953), wo aber drei Berichte (von Delp, vom Offenbacher Abendblatt und von Ulrich selbst) unverbunden nebeneinander stehen. Bei Bernhard Adelung, Sein und Werden. Vom Buchdrucker in Bremen zum Staatspräsidenten in Hessen, bearb. von Karl Friedrich (Offenbach a. M. 1952) stehen die Mainzer Ereignisse im Vordergrund. Eine knappe Übersicht mit personellen Daten bringt Friedrich Knöpp: Großherzogtum - Volksstaat - Land Hessen (in: Hessen - Der Regierungsbezirk Darmstadt, hrsg. von Alexander Ludwig Maria Mushake, 1964 S. 35-46) S. 44.

<sup>165</sup> Carl Arthur Lion, Das Landtagswahlrecht im Großherzogtum Hessen (Würzburg 1912) S. 145 und 153. Die Angaben in: Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre S. 477 f. lassen die Wahlrechtsbestimmungen unmittelbar vor der Revolution seit der Reform von 1911 nicht präzise erkennen. Es werden (ebenda S. 479) nur die Wahlergebnisse von 1884-1908 mitgeteilt.

<sup>166</sup> Laut Rheinischer Volkszeitung Nr. 257 vom 4. 11. 1918 hatte Hessen-Darmstadt 138.000 sozialistische und freisinnige Stimmen, während die Stimmen des Zentrums, der Konservativen und der Nationalliberalen zusammen nur 111 000 betragen.

Am 20. März 1918 lehnte Staatsminister Dr. von Ewald in der 2. Kammer den Antrag mehrerer Parteien auf Abschaffung des Mehrstimmenwahlrechts ab. Die Regierung widerstrebe jetzt einer überstürzten Revision des geltenden Rechts, da die Erfahrung abgewartet werden sollte, wie das durch Gesetz vom 3. Juni 1911 eingeführte direkte Wahlrecht sich bewähre.<sup>167</sup> Erst die allgemeine politische Lage stieß das Ministerium einen Schritt weiter. Am 26. Oktober erklärte der Staatsminister im Verfassungsausschuß der 2. Kammer, nachdem für Preußen die Einführung des gleichen Wahlrechts und der Verhältniswahl für große Wahlkreise<sup>168</sup> als gesichert zu betrachten sei, trage die Regierung kein Bedenken, „schon jetzt“ zu erklären, daß sie die Aufhebung des Mehrstimmenrechts und die Einführung des Verhältniswahlrechts für die Wahlkreise, in denen mehrere Abgeordnete zu wählen seien, vorschlagen werde, wenn nach dem Ergebnis der Ausschußverhandlungen die erforderliche Mehrheit sich hierzu finden werde. Über die Frage der Teilnahme von Vertrauensmännern des Parlaments an den Regierungsgeschäften habe er sich nach der Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse im Reich mit seinen beiden Kollegen für verpflichtet gehalten, dem Großherzog Vortrag zu halten. Dieser habe erklärt, er habe sich seit jeher bemüht, Männer zu berufen, von denen er glaube annehmen zu dürfen, daß sie das Vertrauen des Volkes genießen. Doch wolle er in Zukunft solche Berufungen nicht vornehmen, ohne daß durch vorheriges geeignetes Benehmen festgestellt worden sei, ob die zu Berufenden auch vom Vertrauen der parlamentarischen Körperschaften getragen seien. Der Großherzog habe den Rücktritt des Staatsministers und des Innenministers mit Rücksicht auf ihr vorge-rücktes Alter bewilligt, aber sich vorbehalten, den Zeitpunkt zu bestimmen. Bei dem im besten Mannesalter stehenden Finanzminister habe er dies abgelehnt in der Annahme, daß dieser dem Land im Einvernehmen mit den „Landständen“ noch längere Zeit ersprießliche Dienste leisten könne.<sup>169</sup>

Eine Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Hessens, die am 1. November in Darmstadt tagte, forderte zur Reform der hessischen Verfassung: Ausschaltung der Krone als gesetzgebender Faktor und Beseitigung ihres Ordnungsrechts, Lösung der Domänenfrage, Wahl des Bundesratsmitglieds (und seines Stellvertreters) sowie dessen Instruierung durch das Abgeordnetenhaus, Abschaffung der Ersten Kammer, Beseitigung der besonderen Rechte der Standesherrn und des Adels, Einführung der allgemeinen und geheimen Verhältniswahl in Staat, Provinz, Kreis und Gemeinde für Männer und Frauen unter Beseitigung der hälftigen Erneuerung der Kammer, der jetzigen Wahlkreiseinteilung und aller das Wahlrecht einschränkenden Bestimmungen, ferner die Aufhebung aller die Selbstverwaltung einengenden Fesseln.<sup>170</sup>

Die Zweite Kammer fühlte bereits die Nutzlosigkeit ihrer Beschlüsse, als sie am 8. November ein weitgehendes Freiheitsprogramm zur Umgestaltung der Verfassung beschloß und es der Regierung zur unverzüglichen Ausarbeitung der erforderlichen Gesetzesvorlagen mitteilte.<sup>171</sup> Auch der am gleichen Tage aus Mitgliedern beider Kammern vom Abgeordnetenhaus erwählte Staatsrat von zehn Personen<sup>172</sup>

---

<sup>167</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 80 vom 21. 3. 1918.

<sup>168</sup> Im Reich durch Gesetz vom 24. 8. 1918 für die großen Wahlkreise verwirklicht (Huber II S. 479 ff.).

<sup>169</sup> ) U r i c h S. 99 ff.; Frankfurter Zeitung Nr. 298 vom 27. 10. 1918.

<sup>170</sup> 170) Frankfurter Zeitung Nr. 303 vom 1. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>171</sup> Ulrich S. 102ff.

<sup>172</sup> Von den zehn Personen gehörten je zwei den Nationalliberalen, Freisinnigen, der Fortschrittlichen Volkspartei, dem Hessischen Bauernbund und der SPD an. Die Namen bei Ulrich S. 102f., A d e l u n g S. 173 und in der Frankfurter Zeitung Nr. 311 vom 9. 11., 2. Morgenblatt.

(je zwei der fünf Parteien) gelangte zu keiner Regierungstätigkeit mehr. Denn noch in der Nacht vom 8. auf den 9. November wurde die Republik ausgerufen.

Die Entwicklung ging von den Soldaten aus.<sup>173</sup> Auch die Sozialdemokratie wurde davon überrascht; sie hielt noch am Spätnachmittag des 8. Novembers eine Konferenz wegen einer Demonstration zugunsten des allgemeinen Wahlrechts am 12. November. Als dem Geschäftsleiter der Maurerorganisation, Heinrich Delp, am 8. November in einer Besprechung mit dem Großherzog und dem Oberbürgermeister die Frage vorgelegt wurde, wie die Stimmung der Arbeiterschaft sei, antwortete er: „Ruhig und besonnen“. Da lief vom Truppenübungsplatz Griesheim telefonisch die Mitteilung ein, daß sich dort SRe gebildet hätten. Der Stadtkommandant General von Randow versuchte vergebens, die Bewegung aufzuhalten. Die Soldaten der Darmstädter Kasernen, zunächst des Leibgarde-Infanterie-Regiments Nr. 115, dann des Garde-Dragonerregiments Nr. 23, standen nun ebenfalls auf und wählten SRe. Die Kammern des Regiments Nr. 115 wurden von den Soldaten geplündert. 5-7.000 Soldaten zogen nachts gegen 2 Uhr vor das Neue Palais, um dort einzudringen und den Großherzog gefangen zu nehmen. Am anderen Morgen wollten sie die Fabriken stürmen und die Verbindung mit der Arbeiterschaft herstellen. In einer Ansprache von einem Auto vermochte Delp die Menge zu beruhigen. Außer ihm schaltete sich auch der Landtagsabgeordnete Dr. Heinrich Fulda von der SPD ein. Noch in der Nacht wurden die Spannungen, die zwischen den SRen des Griesheimer Lagers und der Kasernen entstanden waren, beigelegt. Am Morgen des 9. November fand unter Initiative Delps und anderer Parteiführer eine Kundgebung der Arbeiterschaft statt, zu der die Genehmigung der Unternehmer eingeholt worden war.

Sogleich bildete sich ein AuSR, dem vier Abgeordnete der SPD und ein Mitglied der bürgerlichen Demokraten unter Vorsitz des Redakteurs Knoblauch angehörten. Sein Aufruf vom gleichen Tage erwähnte, daß er sich „heute nacht“ gebildet habe. Er forderte die Republik, gleiches Recht für Mannschaften und Offiziere, Teilnahme der Soldaten an Kommando- und Disziplinargewalt.<sup>174</sup> Der Wachdienst besetzte alle öffentlichen Gebäude. Für den Tag wurde das Erscheinen der bürgerlichen Zeitungen verboten. Die Offiziere des Gardedepots stellten sich zur Aufrechterhaltung des inneren Dienstes in der Kaserne zur Verfügung. Mannschaften und Offiziere wurden veranlaßt, die Kokarden abzunehmen.<sup>175</sup>

Am späten Vormittag des 9. November traf der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Offenbach, Carl Ulrich<sup>176</sup>, von Frankfurt aus in Darmstadt ein und trat sogleich an die Spitze der Bewegung.<sup>177</sup> Nachdem er in einer Volksversammlung zusammen mit dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten für den Wahlkreis Darmstadt, Dr. Ludwig Quessel<sup>178</sup>, zur Ruhe und Ordnung

---

<sup>173</sup> ) Das Folgende nach einem Bericht ( U l r i c h S. 105 f.), den der spätere Landtagspräsident und Bürgermeister von Darmstadt, Delp, am 25. 11. 1920 im hessischen Landtag vortrug.

<sup>174</sup> Wiesbadener Tagblatt Nr. 527 vom 10. 11. 1918, Morgenausgabe (Abdruck des Aufrufs aus dem Hessischen Volksfreund" vom 9. 11.).

<sup>175</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 312 vom 10. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>176</sup> Schwarz, MdR S. 484.

<sup>177</sup> Das Folgende nach Ulrich S. 116 ff.

<sup>178</sup> S c h w a r z, MdR S. 430. Er gehörte der revisionistischen Richtung in der Partei an ( T o r m i n, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie S. 68 Anm. 2).

gemahnt, aber auch die unerschütterliche Entschlossenheit bekundet hatte, das nun begonnene Werk der Errichtung des Volksstaates zu Ende zu führen, forderte er den Großherzog zur Abdankung auf. Dieser lehnte kurzer Hand ab, da auch die drei Minister und drei der Staatsräte äußerten, das sei nicht nötig, so schlimm stünde es nicht. Diese Absage blieb jedoch wirkungslos. In einer anschließenden Sitzung des AuSR antwortete Ulrich, um Gewalttätigkeiten zu vermeiden, auf die Frage, ob Ernst Ludwig abgedankt habe: „Ihr habt ihn ja in der vorigen Nacht abgesetzt. Dabei bleibt's«. Der AuSR beauftragte die sozialdemokratische Landtagsfraktion, eine neue republikanische Regierung zu bilden. Als der nationalliberale Dr. Osann in einer Sitzung des Staatsrats am 10. November dem Beschluß des AuSR die Rechtsgrundlage absprach, verwies Ulrich auf die im Hof des Landtagsgebäudes stehenden Soldaten mit ihren Maschinengewehren und Kanonen: „Da unten steht das zur Zeit gültige Recht mit der dazu nötigen Macht“.

## Offenbach

Abgesandte der Kieler Matrosen spielten also in Darmstadt keine Rolle. Nicht anders war es in Offenbach am Main. Hier hatte die Sozialdemokratie schon 1907 die Wahl eines ihr nahestehenden Beigeordneten durchzusetzen vermocht<sup>179</sup> Bei der Redaktion des sozialdemokratischen Offenbacher Abendblatts wußte man von der verzweifelten militärischen und politischen Lage ergänzend zu den Heeresberichten aus den blauen Verbotsbriefen des Kriegspresseamts, den deutlicher gewordenen Reichstagsberichten, den Meldungen der Züricher Neuesten Nachrichten und der sozialdemokratischen Züricher Post.<sup>180</sup> Am Nachmittag des 8. November fand eine große Demonstration aller Betriebe statt, die am Tage zuvor auf Antrag der Partei- und Gewerkschaftsführer von den sozialdemokratischen Betriebsvertrauensleuten beschlossen worden war. Man forderte sofortige Friedensverhandlungen, Abschaffung der Monarchie im Reich und in den Ländern, Einführung der sozialen Republik. Am Abend wurde in einer Versammlung der Betriebsvertrauensleute ein AR („Arbeiteraktionsausschuß“) unter Leitung Kauls, sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten in Hessen und Chefredakteurs des Offenbacher Abendblatts<sup>181</sup>, gewählt. Am 9. November bildete sich, ausgehend vom 1. Ersatzbataillon des Hessischen Infanterieregiments Nr. 168, auch ein SR. Unter Führung von Mitgliedern des Aktionsausschusses der Arbeiter besetzte er sämtliche staatlichen Behörden. Noch vor 12 Uhr mittags wurde die Gewaltübernahme seitens des Arbeiterausschusses durch Plakate verkündet. Nur die Stadtverwaltung blieb unter Kontrolle der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion. Am Nachmittag fand die formelle Konstituierung des AuSR statt, in die nun auch Delegierte der USP und der Demokraten eintraten.

Ebenso hatte sich in Mainz am 9. November aus der Mitte der Garnison und der Arbeiterschaft ein AuSR gebildet, der durch einen Ausschuß die vollziehende Gewalt übernahm.<sup>182</sup> In einem Aufruf an die

---

<sup>179</sup> ) Gegen H e f f t e r, Die deutsche Selbstverwaltung S. 761, der die Meinung vertritt, daß es ein einmaliger Fall war, nennt v. O e r t z e n S. 38 Anm. 1 weitere süddeutsche Beispiele für sozialdemokratische Kommunalbeamte vor 1914.

<sup>180</sup> Das Folgende nach einem rückschauenden Bericht des Offenbacher Abendblatts vom 8. 11. 1928 (U r i c h S. 110 ff.).

<sup>181</sup> Abbildung bei U r i c h hinter S. 64.

<sup>182</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 313 vom 11. 11. 1918, Morgenblatt. Den Anfang machten hier jedoch etwa 50 bewaffnete Matrosen, die am Abend des 8. Nov. mit der Bahn von Frankfurt eintrafen und sogleich die Macht an sich rissen. Unter Führung des sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Bernhard

Bevölkerung machte er Mitteilung über die Gewährleistung der Sicherheit und des Eigentums und über das Weiterarbeiten aller Militär- und Zivilbehörden. Vorgesetzte und Soldaten sollten ihre Abzeichen weiter tragen. Doch bestehe das Vorgesetztenverhältnis nur im Dienst. Auch in Gießen, Friedberg und anderen Städten vollzog sich der Umschwung ohne Reibungen. Nur in Worms wurde der Oberbürgermeister seines Amtes enthoben.

## wieder: Darmstadt

Am Nachmittag des 10. November wurde in Darmstadt von Ulrich auf einer Versammlung des Hessischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats die Hessische Republik offiziell proklamiert.<sup>183</sup> Im Auftrag der Versammlung teilte er dem Großherzog die Abdankung mit. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion nahm den Auftrag zur Regierungsbildung an. In der Nacht vom 10. zum 11. November erließ Ulrich als neuer Ministerpräsident eine Proklamation an das hessische Volk. Die Fraktion sei von dem Gedanken durchdrungen, daß die neue provisorische Regierung auch das Vertrauen der nicht sozialdemokratischen Bevölkerungskreise besitzen solle. Darum sei sie bereit, bei der Bildung der neuen Regierungsgewalt auch Vertreter anderer Parteien, falls diese zu aufrichtiger Mitarbeit gewillt seien, in die Regierung aufzunehmen. Die Wahlen zur konstituierenden Volkskammer würden sobald als möglich in die Wege geleitet werden. Das Programm der neuen Regierung heiße kurz: Volkswohlfahrt, Demokratie. Die seitherige Regierung: von Ewald als Staatsminister und Minister der Justiz, von Hombergk als Minister des Innern, Dr. Becker als Minister der Finanzen, erklärte am gleichen Tage ihren Rücktritt, da ihre Ämter von Beauftragten des AuSR in Besitz genommen seien.<sup>184</sup>

Zu dem am 14. November gebildeten neuen Staatsministerium gehörten neben dem Ministerpräsidenten zwei Vertreter der SPD und je ein Mitglied des Fortschritts und des Zentrums.<sup>185</sup> Am gleichen Tag schloß das Ministerium ein übereinkommen mit den AuSRe wegen der Kompetenzabgrenzung. Für intern militärische Dinge waren die SRe allein zuständig. Alle Fragen des zivilen Lebens unterstanden dem Ministerium. Soweit sich die AuSRe damit befaßten, sollten sie die Angelegenheiten einem Ausschuß zuweisen, der sie zustimmendenfalls an das Ministerium zur endgültigen Regelung weiterzugeben hatte. Die maßvolle Haltung der neuen Gewalten tritt auch darin hervor, daß im Staatsministerium gültige Beschlüsse nur mit qualifizierter Mehrheit gefaßt werden konnten. Dadurch konnten weder die sozialdemokratischen noch die bürgerlichen Mitglieder der Regierung überstimmt werden.<sup>186</sup> Der AuSR bildete zur Erledigung seiner Aufgaben besondere Deputationen. So forderte die Schulabteilung des AuSR am 12. November dringend zum pünktlichen

---

Adelung lenkte der AuSR die Bewegung am 9. Nov. unter Aüsschaltung der Matrosen in geordnete und gemäßigte Bahn, vgl. A d e l u n g S. 174 f., 177 ff.

<sup>183</sup> U l r i c h S. 115. Schon hier zeigt sich der Beginn eines Landesverbandes, zu dem sich dann am 19. 11. 1918 alle AuSRe durch Abordnung je eines Vertreters der fünf größeren Städte und drei Provinzen zusammenschlossen, vgl. Erich K i t t e l, Novemberumsturz 1918. Bemerkungen zu einer vergleichenden Revolutionsgeschichte der deutschen Länder, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 104 (1968 S. 42-108) S. 67.

<sup>184</sup> U l r i c h S. 123 f.; Frankfurter Zeitung Nr. 315 vom 11. 11. 1918, 1. Morgenblatt

<sup>185</sup> K n ö p p S. 44; so eigentlich erst seit der Neubildung am 21. 2. 1919 nach den Wahlen, vgl. U l r i c h S. 139. Das Kabinett bestand zunächst neben dem Ministerpräsidenten aus sechs bzw. sieben Ministerialdirektoren, vgl. U l r i c h S. 124, Adelung S. 183.

<sup>186</sup> Ebenda S. 124.



Besuch der Schulen auf.<sup>187</sup>

Die Bemühung der Revolutionsregierung um Ausgleich zeigt sich in verschiedenen Handlungen. Am 21. November erhob die hessische Staatsregierung schärfsten Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten durch die Gesetze der neuen politischen Gewalten in Berlin. Sie verlangte unter allen Umständen „schleunigste“ Einberufung der Nationalversammlung. Durch das Fortbestehen des „gesetzlosen Zustandes“ werde der Reaktion in die Hände gearbeitet und die Reichseinheit gefährdet. Man wolle nicht an Stelle der glücklicherweise vernichteten preußischen Militärautokratie eine andere einseitige preußische Diktatur eintauschen.<sup>188</sup> Am 29. November protestierte das hessische Staatsministerium gegen den vom bayrischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner für Bayern angeordneten Abbruch der Beziehungen zum Auswärtigen Amt in Berlin. Das nationale Interesse aller Deutschen erfordere dringend, die klarste Einheitlichkeit aller deutschen Stämme bei den Friedensverhandlungen aufrechtzuerhalten.<sup>189</sup> Als Ulrich in einer sozialdemokratischen Volksversammlung am 8. Dezember über den Ausbau der neuen Republik sprach, erklärte er, die Zeit der lohnkapitalistischen Ausbeutung sei vorüber. Er fügte hinzu, unter allen Umständen müsse die Einheit Deutschlands aufrechterhalten bleiben. An der Pforte der neuen Republik sollten die Worte stehen: Pflicht der Arbeit, Recht des Lebens.<sup>190</sup>

Konfliktlos verlief die Entwicklung in Hessen-Darmstadt freilich nicht. Am 17. November trat ein hessischer Bürger- und Bauernausschuß ins Leben, der die Gleichberechtigung des Bürger- und Bauernstandes bei allen staatlichen Maßnahmen erstrebte und dazu aufforderte, überall örtliche Bürger- und Bauernausschüsse zu gründen.<sup>191</sup> Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Quessel, Delegierter des AuSR, stellte gegen die seitherigen hessischen Minister Strafantrag wegen Verstoßes gegen die Kriegswirtschaftsbestimmungen durch Zurückhaltung der Gummibereifung an nahezu 100 Hofwagen des Großherzogs.<sup>192</sup>

## Mainz

Als in Mainz die Zentrumspartei ein Flugblatt an die Truppen verteilen lassen wollte, das sich gegen Klassendiktatur und gegen den Kommunismus der radikalen Sozialdemokraten richtete, verbot der AuSR dessen Verteilung.<sup>193</sup> Am 4. Dezember bildete sich zur Wahrnehmung der

---

<sup>187</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 315 vom 13. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>188</sup> Die deutsche Revolution 1918-1919. Dokumente. Hrsg. von Gerhard A. R i t t e r und Susanne M i l l e r (Frankfurt a. M. 1968) S. 325.

<sup>189</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 332 vom 30. 11. 1918, 2. Morgenblatt; Hans V o l z, Dokumente der deutschen Politik, Band III. Novemberumsturz und Versailles 1918-1919 (2 Teile Berlin 1942 [Die vollständigste Sammlung zur Revolution vor H u b e r, den sie z. T. ergänzt, leider mit nationalsozialistisch verzerrter Urteilsbildung]) Teil 1 S. 142. Am 8. 4. 1919 nahm Hessen mit Baden und Württemberg gegen die am 6./7. 4. ausgerufene Räterepublik in Bayern Stellung (V o l z 111 1 S. 170).

<sup>190</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 341 vom 9. 12. 1918, Abendblatt.

<sup>191</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 319 vom 17. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>192</sup> Wiesbadener Zeitung Nr. 644 vom 20. 12. 1918.

<sup>193</sup> Ebenda Nr. 338 vom 6. 12. 1918, 1. Morgenblatt und Nr. 340 vom 8.12.1918, 2. Morgenblatt.

Lebensmittelversorgung in einer Vertreterversammlung von 70 AuSRen aus Rheinhessen ein Bürgerausschuß, der dem AuSR bzw. dem künftigen Volksrat angegliedert werden sollte. Man hoffte, daß in dieser Form die Ausschüsse unter der fremden Besatzung weiterbestehen könnten.<sup>194</sup> Als dann bei Einrücken der Franzosen die AuSRe in Rheinhessen am 6. Dezember aufgelöst wurden, trat an deren Stelle lediglich ein Fünfeznerausschuß aus den besetzten hessischen Kreisen zur Verbindung mit der Landesregierung Hessens.<sup>195</sup> Am 10. Dezember löste sich in Darmstadt der hessische Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat auf. Stattdessen wurde ein Volksrat für die Republik Hessen gebildet, der sich auf alle Bevölkerungsschichten stützte, die auf dem Boden der Republik und der Demokratie standen. Eine entsprechende Änderung wurde auf örtlicher Ebene veranlaßt.<sup>196</sup> Der Volksrat stellte sich ganz auf die Seite der Reichs- und Landesregierung gegen Bestrebungen von weiter links.<sup>197</sup> Führer der Spartakisten und Unabhängigen in Hessen wurde Dr. Wolff. Er war aus der SPD ausgetreten, als deren Mitglied er noch in den Volksrat gewählt war. Der Volksrat erklärte sein Mandat am 7. Januar 1919 für, erloschen. Ministerpräsident Ulrich forderte am gleichen Tag die Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte des Landes dazu auf, energisch alle Versuche der Spartakisten abzuweisen, die Wahlen zur Nationalversammlung und Hessischen Volkskammer unmöglich zu machen. Die Wahlen zum Landtag am 26. Januar 1919 brachten der SPD 31, der Deutschen Demokratischen Partei und dem Zentrum je 13, der Deutschen Volkspartei 7, der Hessischen Volkspartei 5, der USP aber nur ein Mandat.<sup>198</sup> Am 11. Februar schloß daraufhin der Volksrat seine Tätigkeit mit einem feierlichen Akt. In einer Resolution sprach er der gewählten Volkskammer, die am 13. Februar eröffnet wurde, das Vertrauen aus. Der abgesetzte Großherzog übermittelte seine besten Wünsche und den Dank, daß sich die ernsteste Wandlung in der Geschichte Hessens ohne andere Härten als die durchaus notwendigen vollziehen konnte.

## Politische Ziele

Ulrich hatte 1898 auf dem Parteitag in Stuttgart gesagt: „Wir machen kein Hehl daraus, daß wir Sozialdemokraten Anhänger der Republik und des kollektivistischen Wirtschaftssystems sind, daß wir das gesamte Privateigentum an Grund und Boden und an Arbeitsmitteln in das Eigentum der Gesellschaft überführen wollen“.<sup>199</sup> War der erste Programmpunkt erfüllt, so wurde hinsichtlich der Sozialisierung nur noch von der KPD ein so unbedingter Standpunkt vertreten. Im April 1919 unternahm sie in Offenbach eine bewaffnete Aktion, die mit Verhängung des Belagerungszustandes und Verhaftung aller KPD-Führer endete.<sup>200</sup>

---

<sup>194</sup> Ebenda Nr. 337 vom 5. 12. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>195</sup> Kittel S. 72.

<sup>196</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 343 vom 11. 12. 1918, 1. Morgenblatt.

<sup>197</sup> Zum Folgenden U l r i c h S. 135 ff.

<sup>198</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 81 vom 31. 1. 1919; U l r i c h S. 136; A d e l u n g S. 192.

<sup>199</sup> ) Ulrich S. 197.

<sup>200</sup> K o l b, Arbeiterräte S. 318.

## Hanau

In einer dritten Erscheinungsform äußerte sich die Revolution in Hanau<sup>201</sup> Hier verfolgten die neuen Gewalten die entschiedenste Richtung. Hanau gehörte zu den Zentren der Spartakusbewegung in Deutschland. Der Charakter der etwa 37.000 Einwohner zählenden Stadt wurde wirtschaftlich durch ihre Industrie und damit politisch durch die Arbeiterschaft bestimmt. Das die Stadt kennzeichnende Gewerbe der Gold- und Silberschmiedekunst lag infolge des Krieges völlig danieder.<sup>202</sup> Die Mehrheitssozialisten unter dem Gewerkschaftssekretär und Reichstagsabgeordneten Gustav Hoch<sup>203</sup> verloren gegen Kriegsende mehr und mehr Boden gegenüber der im April 1917 gegründeten USP. Deren Hanauer Führer, der Lithograph Friedrich Schnellbacher<sup>204</sup> und der Arzt Dr. Georg Wagner, gehörten dem spartakistischen Flügel der USP an, der die Partei nur als „schützendes Dach“ für ihre eigene Politik der zum russischen Bolschewismus orientierten radikalen sozialistischen Internationale betrachteten. Ein „mustergültiges Beispiel eines idealen Bundes zwischen Handarbeiter und Kopfarbeiter“<sup>205</sup>, waren sie die Hauptakteure der Hanauer Revolutionsereignisse in dem Versuch, „die Soldatenrevolte zur proletarischen Revolution zu machen“.<sup>206</sup> Ihr Gegenspieler war der kommissarische Landrat und Polizeidirektor, Regierungsrat Carl Christian Schmid<sup>207</sup>, der seine Stellung am 4. November angetreten hatte. Er war dahin von Berlin abgeordnet worden, weil sein Amtsvorgänger,

---

<sup>201</sup> An Literatur liegen nur zwei aus entgegengesetzter politischer Haltung geschriebene Arbeiten vor: S c h n e l l b a c h e r, Hanau in der Revolution (s. oben Anm. 19) und Lothar Nickel, Erinnerungen aus der Zeit des Umsturzes 1918 und der Schreckenstage in Hanau 1919. Nach eigenen Aufzeichnungen, Akten und Ermittlungen bearbeitet und abgeschlossen nach 20 Jahren, in: Hanauisches Magazin. Monatsblätter für Heimatkunde 18 (1939) S. 40-46, 49-64. Während Schnellbacher als Spartakist bzw. Kommunist schreibt, ist der Major a. D. Nickel der Typ eines der Revolution verständnislos und feindlich gegenüberstehenden apolitischen Offiziers. Er hat die Zeit als Mitarbeiter des Garnisonältesten erlebt, Schnellbacher war als Vorsitzender des AuSR führend an ihr beteiligt.

<sup>202</sup> Heinrich F i s c h e r, Der Saalbau zu Hanau. Ein bedeutsamer Abschnitt aus der Geschichte der Hanauer Arbeiterbewegung (Hanau 1966) S. 25.

<sup>203</sup> Hoch (1862-1942) vertrat 1898-1903 und wiederum seit 1907 den Wahlkreis Kassel für die SPD im Reichstag (S c h w a r z, M d R S. 350). Er stand auf dem linken Flügel der SPD. In der Fraktionskonferenz vom 25. 11. 1915 brachte er mit Ledebour eine Interpellation wegen sofortiger Bereitschaft zu Friedensverhandlungen unter Verzicht auf Annexionen jeder Art ein. Trotz seiner Kritik am Kurs der SPD blieb er ihr jedoch verbunden, vgl. D a v i d, Tagebuch S. 10, 145; Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands, Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848-1918 (Tübingen 1968) S. 492-498.

<sup>204</sup> Schnellbacher (geb. 1884 in Hanau) wurde auf dem Gründungstag der USP in Gotha 1917 in den Parteirat gewählt ( F i s c h e r, Der Saalbau S. 25). Er wurde deren Parteisekretär in Hanau.

<sup>205</sup> Z e t k i n S. 9 im Vorwort zu S c h n e l l b a c h e r, Hanau in der Revolution.

<sup>206</sup> Dieselbe S. 7 ebenda.

<sup>207</sup> Christian Schmid (1886-1955), der Sohn eines Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht in Osnabrück, war als Student in Göttingen Mitglied eines Korps und bestand das Assessorexamen mit „großem Prädikat“, vgl. Wolfgang Runge, Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933 (Stuttgart 1965) S. 164; Schwarz, M d R S. 748.

Geh. Regierungsrat Freiherr Laur von Münchhofen, in die Untersuchungen wegen Lebensmittelschiebungen im Kreise Hanau verwickelt war und dadurch scharfe Angriffe gegen die Kreisverwaltung ausgelöst hatte. Da Schmid einer westlichen Provinz entstammte, wo seit langen Jahren Bauern und Arbeiter in den Gemeindegörperschaften zusammenwirkten, durfte er hoffen, daß es ihm gelinge, alle Bevölkerungsgruppen des Kreises wieder zu einmütiger praktischer Arbeit zusammenzufassen. Durch seine vierjährige Berliner Tätigkeit im preußischen Innenministerium und beim Staatskommissar für Volksernährung verfügte Schmid über hervorragende Verwaltungskennntnis und über persönliche Beziehungen zu führenden Sozialisten und leitenden preußischen Beamten<sup>208</sup>, die ihm bei seinem Konflikt mit der revolutionären Gewalt zustatten kommen sollten. Nach dem Weggang von Hanau saß er als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei 1924-1928 im preußischen Landtag und 1928-1932 im Reichstag. Im Kabinett Stresemann war er Staatskommissar für Rhein und Ruhr, danach Staatssekretär im Ministerium für die besetzten Gebiete. In seinem sicheren und gewandten Auftreten verband sich das Gefühl gesellschaftlicher Vorrangstellung als fachlich geschulter höherer Beamter mit dem Bewußtsein der staatlichen Hoheits- und Ordnungsfunktion. So prägte sich in ihm schon äußerlich der Gegensatz zu den Revolutionären aus.<sup>209</sup> Da er sein Verhalten in Übereinstimmung brachte mit den Anordnungen der neuen revolutionären Regierungsgewalt in Berlin, machte er deutlich, daß in den Hanauer lokalen Ereignissen im Grunde der Gegensatz zwischen der Regierung Ebert-Haase bzw. Ebert-Scheidemann und der Spartakusgruppe um Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Austrag kam.

Die Umwälzung begann in Hanau am 7. November. Im Anschluß an eine Kampferklärung Schnellbachers in der Stadtverordnetenversammlung gegen das Dreiklassenwahlrecht, zu der die bevorstehende Stadtverordnetenwahl den Anlaß gab, bildete sich ein Demonstrationzug mit roten Fahnen, an dem auch schon Soldaten beteiligt waren. Dabei wurde der Delikateßladen Lossow geplündert, so daß die Polizei eingreifen mußte.<sup>210</sup> Am 8. November ersuchte Schmid angesichts der revolutionären Lage in Gegenwart von Vertretern der SPD und USP um Bildung eines AR. Die USP erwiderte, daß sie bereits ihren AR besitze. Noch am Abend des 8. November<sup>211</sup> trat der AuSR mit

---

<sup>208</sup> Schnellbacher behauptet im Schreiben an Minister Breitscheid vom 21. 12. 1918 (S c h n e l l b a c h e r S. 42), Schmid rühme sich, daß er ein Klubfreund von Hirsch und Dr. David sei und daher in Berlin Gehör finden werde.

<sup>209</sup> Es war diffamierend gemeint, bezeichnet aber den gesellschaftlichen Abstand, wenn Schnellbacher ihn in Nr. 1 der Hanauer Freiheit vom 1. 3. 1919 so charakterisierte: „Er trägt Lackstiefel mit Gamaschen, stets frisch im Falte gebügelte Hosen, modernen Maßüberzieher, er hat konventmäßige Paukernarben im Gesicht, im Munde eine riesengroße Zigarre, Spazierstock mit Knopf im Arm. So wandelt er stutzerhaft durch die Straßen Hanaus: ein Korpsstudent vom Scheitel bis zur Sohle" ( S c h n e l l b a c h e r S. 38).

<sup>210</sup> Schnellbacher S. 13.

<sup>211</sup> Vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 311 vom 9. 11. 1918, Abendblatt. Der Aufruf vom 8. 11. (vgl. Anm. 212) spricht davon, daß sich der AuSR in dieser Nacht" gebildet habe. In einem beschädigten Antworttelegramm Schmidts auf die telegraphische Anweisung der Regierung Kassel vom 7. 11. zur Bildung von Bürgerwehren, das zwar kein Datum trägt, aber nach dem Sachzusammenhang vom 8. 11. stammt, erklärt er: „In Stadt Hanau <führte Bildun>g der Bürgerwehr zu schweren Zusam<menstößen (?> mit Garnison und Arbeiterschaft. Für Stadt ist daher im Einvernehmen mit <Magistrat (?> Schaffung einer Bürgerwehr unterblieben. <Vielmehr (?> ist hier Arbeiter- und Soldatenrat eingerichtet <Poli>zeidirektor S(chmid)", vgl. Landratsamt Hanau, Akte betr. Bildung von Bürgerwehren, 1918.

einem von Schnellbacher unterzeichneten Aufruf an die Öffentlichkeit.<sup>212</sup> Seine Entstehung begründete er mit den „fürchterlichen Ereignissen, die durch die Schuld der Herrschenden über das deutsche Volk hereingebrochen sind“. Eine neue Zeit breche an. „Die Ideale, für die die besten Männer und Frauen des Proletariats litten und starben, sollen ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden“. Jeder, der helfe, das neue Werk der Freiheit, der Entwicklung zum sozialistischen Bruderbund zu fördern, sei willkommen. Ein Aufruf des AuSR an die Bevölkerung des Landkreises ist ebenfalls vom 8. November datiert.<sup>213</sup> Am 9. November fand im Hof des Gewerkschaftshauses eine Versammlung des SR statt. Die Soldaten waren nach der Ansicht Schnellbachers, der hier das Referat hielt, politisch noch sehr unaufgeklärt. Sie wollten nur Frieden haben und von den Offizieren nichts mehr wissen. Reden von Schnellbacher und Wagner an diesem Tage klangen aus in den Ruf: „Nieder mit dem Militarismus. Hoch die Weltrevolution“<sup>214</sup>

Regierungsrat Schmid unterstellte sich bereits am 8. November mit allen Beamten der Kreisverwaltung der neuen Gewalt. Trotzdem wurde am 11. November Dr. Wagner vom AuSR als provisorischer Landrat eingesetzt,<sup>215</sup> dem Schmid als dessen Mitarbeiter beigegeben wurde. Auf Schmid's Frage, ob er damit abgesetzt sei, erwiderte der Vorsitzende des AuSR, daß eine solche Maßregel nicht beabsichtigt sei, da der AuSR zu ihm, insbesondere wegen seiner Mittlerdienste an den Revolutionstagen gegenüber den militärischen Stellen, Vertrauen besitze. Schmid's Frage, ob Dr. Wagner zu ihm in ein ähnliches Verhältnis treten sollte wie z. B. der Reichstagsabgeordnete Goehre zum Kriegsminister, wurde bejaht. Doch mußte Schmid auf seine Amtsbezeichnung „kommissarischer Landrat und Polizeidirektor“ nach einigen Tagen verzichten. Der Kompromißvorschlag Schmid's, daß er sich auf den Landkreis und Wagner sich dagegen auf die Stellung als Polizeidirektor der Stadt beschränke, wurde abgelehnt. Der vom Ministerium des Innern (auf Vorstellung des Regierungspräsidenten vom 15. November) mit der Prüfung der Verhältnisse beauftragte Frankfurter Parteisekretär der USP, Dißmann, erschien nicht. Eine erste zur Vermittlung angerufene Kommission der USP aus Frankfurt pflichtete Schmid bei. Eine zweite unter dem Reichstagsabgeordneten Hüttmann verschlimmerte die Lage für Schmid. Sie erklärte, der AuSR in Hanau als Träger der öffentlichen Gewalt könne alle ihm notwendig erscheinenden Maßregeln treffen. Die Anweisungen der Zentralregierung bildeten nur allgemeine Richtlinien, die von den einzelnen AuSRen nach Maßgabe abgeändert werden dürften. Auf Schmid's Einwand, daß es sich um eine grundsätzliche Organisationsfrage handele, die nach einheitlichen Gesichtspunkten für das Staatsgebiet behandelt werden müsse und daß eine in Verwaltungsgeschäften unerfahrene Persönlichkeit gerade die hiesige schwierige und äußerst vernachlässigte Kreisverwaltung nicht zu führen vermöge, erwiderte Hüttmann, in der Revolutionszeit seien schon schwierigere Probleme gelöst worden. Der AuSR fügte hinzu, daß

---

<sup>212</sup> Aufruf als Zeitungsausschnitt im Landratsamt Hanau, Akte betr. Sammlung der Bekanntmachungen des AuSR Hanau, und bei S c h n e i l b a c h e r S. 14, hier mit dem Datum des 9. 11.

<sup>213</sup> Schnellbacher S. 15.

<sup>214</sup> Ebenda S. 19 f.

<sup>215</sup> Zum Folgenden: Staatsarchiv Marburg (künftig StAM) 165, 6788, besonders Telegramm des Regierungspräsidenten in Kassel an Minister des Innern vom 15. 11. und Bericht Schmid's an Minister des Innern vom 1. 12. 1918, ferner Bekanntgabe Schmid's „An die Bevölkerung des Landkreises Hanau« vom 7. 1. 1919, ein zweiseitiges gedrucktes Blatt im Zeitungsformat in: Landratsamt Hanau, Akte betr. vorübergehende Verlegung des Landratsamts von Hanau nach Frankfurt Januar bis Februar 1919; in einem kleinen Abschnitt auch zitiert bei M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 194.

Schmids Dienststellung zweifelhaft sei, da ihm sein Amt von der früheren, nicht mehr bestehenden Regierung übertragen sei. Der AuSR habe die Zuständigkeit des Regierungspräsidenten übernommen und könne Schmid daher ganz entfernen. Aus allgemeinen politischen Erwägungen hielte der Rat es für erforderlich, einen seiner Leute auf dem politisch wichtigen Landratsposten zu haben. Schmid schlug daraufhin am 29. November einen Vergleich in der Weise vor, daß Dr. Wagner die Geschäfte der Polizeidirektion und die staatlichen Geschäfte des Landrats übernahm, er selbst dagegen seine Tätigkeit auf die Kreiskommunalsachen einschließlich der Lebensmittelversorgung und der Kreissparkasse beschränkte. Der AuSR ging am gleichen Tag auf diesen schriftlichen Vorschlag ein. Schmid mußte jedoch den Schlußabsatz streichen, wo es hieß: „Grundsätzlich muß ich natürlich alle mit meinen Ämtern verbundenen Rechte und Pflichten mir wahren und eine Prüfung durch die Zentralregierung vorbehalten. Darunter darf aber die jetzt notwendige praktische Zusammenarbeit unter Oberleitung und Kontrolle des AuSR als des Trägers der öffentlichen Gewalt nicht leiden“. Dafür formte er den Einleitungssatz dahin um, daß er bei grundsätzlicher Wahrung seiner Dienststellung sich bereit erklärte, auf der von der Frankfurter Kommission empfohlenen Grundlage im Interesse der Bevölkerung des Stadt- und Landkreises weiter mitzuarbeiten, solange Pflicht und Gewissen ihm dies gestatteten.<sup>216</sup>

Für beide Seiten bedeutete diese Regelung keinen Dauerzustand. Die Revolutionäre erstrebten die gesamte Staatsgewalt nach dem Vorbild bolschewistischer Rätediktatur. Durch einen ausführlichen Bericht an den preußischen Minister des Innern vom 1. Dezember 1918 suchte Schmid einen klärenden Erlaß herbeizuführen. Die Nachbarschaft des Okkupationsgebiets, die starke Truppeneinquartierung und die zu erwartende umfangreiche Arbeitslosigkeit in der Industrie stellten außerordentliche, von Wagner nicht zu bewältigende Anforderungen an die Verwaltung. Zur Durchführung der Erwerbslosenfürsorge und Neuordnung der Lebensmittelversorgung mußten schleunigst große Kredite aufgenommen werden. Dazu bedürfe es finanztechnischer Kenntnisse und eines gesetzmäßig berufenen Landrats. Hinzu komme, daß die feindlichen Organe im Okkupationsgebiet die von Dr. Wagner im Auftrag des AuSR vollzogenen Bescheinigungen und Ausweise nicht anerkennen würden.<sup>217</sup> Der Kreisausschuß, die Kreistagsmitglieder und die Bürgermeister des Landkreises sowie die maßgebenden Persönlichkeiten in der Stadt einschließlich des Vorsitzenden des Gewerkschaftskartells und des Reichstagsabgeordneten Hoch hätten ihm, Schmid, den dringenden Wunsch ausgesprochen, das Amt, so gut es eben ginge, weiterzuführen. Bei der gesamten bürgerlichen Bevölkerung herrsche stärkste Erbitterung. Scharfen Widerspruch erhebe auch ein großer Teil der Arbeiterschaft unter Führung der Gewerkschaften. An einen provinziellen oder Bezirksrat der AuSR könne er sich nicht wenden, da der Hanauer AuSR weder den Kasseler Zentralrat noch den Frankfurter AuSR als übergeordnet ansehe. Schmid schloß seinen Bericht mit dem geschickten Hinweis, soeben werde ihm gemeldet, daß der Vorsitzende des AuSR sich in einer Versammlung als Spartakusmann habe bekennen müssen, was größte Erregung in der Arbeiterschaft hervorgerufen habe.

Der lokale Konflikt kam dadurch in ein hochpolitisches Stadium, daß am 9. Dezember vom Ministerium des Innern mit den Unterschriften von Dr. Breitscheid von der USP und Hirsch von der SPD an den AuSR das Ersuchen erging, dem Regierungsrat Schmid die Fortführung seiner Geschäfte in ganzem Umfange wieder zu ermöglichen. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die gesicherte Fortführung der Lebensmittelversorgung und die Nähe der feindlichen Okkupation machten es dringend

---

<sup>216</sup> Vgl. den gedruckten Rechenschaftsbericht Schmids vom 7. 1. 1919 (vgl. Anm. 215) und Schnellbacher S. 40.

<sup>217</sup> Die Frankfurter Zeitung Nr. 342 vom 10. 12. 1918, 2. Morgenblatt meldete, daß die Franzosen in den besetzten Gebieten und Brückenköpfen die von den SRen ausgestellten Entlassungspapiere nur anerkennen, wenn sie von den deutschen Lokalbehörden als gültig bezeichnet werden.

notwendig, daß die Geschäftsführung im Landkreise und Polizeidirektionsbezirk Hanau in geschulten Händen bliebe.<sup>218</sup> Für das Ministerium war der Tatbestand offenbar so klar<sup>219</sup>, daß es den AuSR nicht vor der Entscheidung um Stellungnahme zu den Vorwürfen gebeten hatte. Die Zuversicht Schmid, daß der AuSR die Verfügung achten werde, weil er stets erklärt habe, daß er spezielle Anordnungen aus Berlin anerkennen werde, und weil die Spartakusgruppe nicht genügend Leute hinter sich habe, um die Autorität der Zentralinstanz mit Aussicht auf Erfolg zu bekämpfen, wurde jedoch enttäuscht. Für Wagner und Schnellbacher mußte eine Entscheidung, die als erste die Unterschrift ihres nominellen Parteifreundes Dr. Breitscheid trug, in der Tat ein schwerer Schlag sein. Von ihrem Standpunkt aus konnten sie sich dem jedoch nicht beugen. Mit der Begründung, daß Schmid, der zum Zeitpunkt jenes Ministerialerlasses in Berlin war, die Verfügung bei seinem „Klubfreund“ Hirsch erschlichen habe<sup>220</sup>, lehnte der AuSR die Anerkennung ab. Am 20. Dezember sprach der AuSR Schmid wegen gegenrevolutionärer Intrigen schriftlich sein volles Mißtrauen aus, brach alle Beziehungen zu ihm ab und forderte ihn auf, die Konsequenzen aus diesem Beschluß zu ziehen.<sup>221</sup> Schmid erwiderte am 23. Dezember, er werde den anvertrauten Posten, nachdem er durch die revolutionäre Zentralregierung ausdrücklich bestätigt sei, nicht feige und gewissenlos verlassen. Daß er den Anordnungen der Zentralregierung folge und abweichende Vorschriften des AR nicht anerkennen könne, darin dürfte ein gegenrevolutionäres Verhalten wohl kaum gesehen werden können. In einer Antwort vom gleichen Tage drohte Schnellbacher mit nachdrücklichen Maßnahmen, falls Schmid den Titel und die Funktion eines Landrats und Polizeidirektors weiterführe. Schmid verlegte daraufhin mit Zustimmung des Kreisausschusses und unter Mitnahme der Kreiskommunalkasse am 28. Dezember seine Tätigkeit nach Frankfurt in das Hotel Baseler Hof, Wiesenhüttenplatz 25.<sup>222</sup>

Das Ministerium genehmigte am 6. Januar 1919 diese Verlegung. Schon am folgenden Tage erschien Schmid ausführlicher öffentlicher Rechenschaftsbericht. Der Kreisausschuß sprach ihm in feierlicher Sitzung im Römer zu Frankfurt am 13. Januar einstimmig das Vertrauen aus und wandte sich in einem Flugblatt an die Bevölkerung des Landkreises. Schmid erwarb sich Vertrauen durch den Hinweis, daß er während seiner Berliner Amtstätigkeit im Rheinland, in Schleswig-Holstein, Oberschlesien und vielen anderen Gegenden häufig Verhandlungen mit der Arbeiterschaft geführt habe, wenn es zu

---

<sup>218</sup> StAM 165, 6788.

<sup>219</sup> Nach einem Aufruf des Vollzugsrats der AuSRe in Berlin vom 23.11.1918 (Reichs- und Staatsanzeiger Nr. 279) sollten die örtlichen AuSRe nur in ganz besonders zwingenden Fällen von dem Recht, die Einstellung der Tätigkeit von Beamten zu verlangen, Gebrauch machen, im allgemeinen aber sich vorher mit dem Ministerium des Innern ins Benehmen setzen. Nur die für den Geist des Ganzen entscheidenden Stellen seien im Einverständnis mit der revolutionären Regierung neu zu besetzen, wenn eine scharfe Kontrolle nicht ausreichend erscheine. Die örtlichen AuSRe, denen das volle Kontrollrecht in ihrem Tätigkeitsgebiet übertragen sei, hätten sich im allgemeinen direkten Eingriffs in die Verwaltung zu enthalten (Ministerium des Innern an Regierungspräsidenten in Kassel 20. 12. 1918 StAM 165, 1237 Bl. 8).

<sup>220</sup> Schmid verwahrte sich gegen diesen Vorwurf in seinem Rechenschaftsbericht vom 7. 1. 1919. Jener Erlass vom 9. 12. sei ihm bei seiner Anwesenheit in Berlin von Dr. Breitscheid als bereits fertige Verfügung zur Einsicht vorgelegt. Er habe Hirsch seit Beginn der Revolution weder gesprochen noch schriftlich angegangen.

<sup>221</sup> Schnellbacher S. 41.

<sup>222</sup> StAM 165, 6788 (Bericht an den Regierungspräsidenten vom 28. 12. 1918).

Schwierigkeiten gekommen sei. Diese vielfachen Verhandlungen im Interesse des Friedens und der Ordnung hätten ihn mit den Arbeiterführern der verschiedensten politischen Richtungen sowohl der christlichen Arbeiterschaft wie auch der sozialdemokratischen Gewerkschaften in eine enge Berührung gebracht. Dabei habe er immer wieder feststellen können, welcher hohe Idealismus in weiten Kreisen der Industriearbeiterschaft zu finden sei. Eine Heranziehung der Arbeiterschaft auf der Grundlage des gegenseitigen Vertrauens zu praktischer Arbeit könne daher sehr viele Vorteile bieten und sei geeignet, die Gegensätze zu überwinden. Ein neuer umfangreicher Bericht Schmid's vom 14. Januar 1919, der gleichzeitig dem Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Kassel, dem Minister des Innern und dem Generalkommando des 18. Armeekorps in Bad Nauheim<sup>223</sup> zugeht<sup>224</sup>, wies darauf hin, daß die revolutionäre Umwälzung in Stadt- und Landkreis Hanau in immer radikalere, rein spartakistische Bahnen geraten sei. Ordnungsmäßige Wahlen zum AR wie z. B. in Berlin und Frankfurt hätten nicht stattgefunden. Der AR sei nur Dekorationsstück der drei Gewalthaber Schnellbacher, Redakteur Hammer und Dr. Wagner. Der spartakistische Charakter der Führer und damit des AR gehe aus den zahlreichen Kundgebungen und vor allem aus den terroristischen Handlungen klar hervor. Aus einer amtlichen Auskunft des Polizeipräsidenten in Berlin wußte Schmid, daß Schnellbacher vor der Revolution<sup>225</sup> ständig mit der Rosta<sup>226</sup> in Berlin verkehrte und von dort auch eine Handdruckpresse sowie eine Schreibmaschine bezogen hatte. Das Presseorgan der AR schreibe ganz im Sinne der Roten Fahne. Liebknecht und Rosa Luxemburg würden in Ansprachen gefeiert. Die Regierung werde täglich in wüster Weise heruntergerissen. Der AR stehe demgemäß auch grundsätzlich auf dem Standpunkt der Rätediktatur. Er bezeichne sich als Träger der gesetzgebenden und gesamten öffentlichen Gewalt. Dr. Wagner und Schnellbacher nähmen regelmäßig an den Magistratssitzungen teil. Die Polizeidirektion sei in eine Polizeiabteilung des AR umgewandelt. Ganz willkürlich habe der AR des Stadtkreises Hanau auch die Zuständigkeit für den Landkreis beansprucht. Hier seien jedoch die politischen Pläne gänzlich gescheitert. Der provisorische Landrat werde selbst von der überwiegenden Mehrzahl der AuBRE des Landkreises, die vom Hanauer AR ohne regelrechte Wahlen unter möglicher Bevorzugung der radikalen Elemente gegründet worden seien, ziemlich einmütig abgelehnt. Die AuBRE des Landkreises wollten ein eigenes Kreisorgan schaffen. Im einzelnen belegt Schmid sodann, wie der AR von Hanau durch Eingriffe in die persönliche Freiheit, die Pressefreiheit, den Postdienst, die Rechtspflege, das Wirtschaftsleben sowie durch Ausschreitungen der Schutzwehr (Roten Garde) gegen die staatliche Ordnung verstoßen habe. Auch der SR in Hanau scheine ganz dem Einfluß von Dr. Wagner, Schnellbacher und Hammer verfallen. Doch seien die Garnisonstruppen wohl meist Gegner der Spartakusrichtung. Eine beträchtliche Mehrheit der Stadtbevölkerung und fast die ganze Landbevölkerung stehe hinter der Regierung Ebert-Scheidemann und warte auf das Zeichen, um das verhaßte Joch von den Schultern abzuwerfen. Der allgemeine Widerwille gegen die brutale Zwangsherrschaft weniger Leute greife bis auf Leute über, die ihnen bisher blinde Gefolgschaft leisteten. Eine gewaltsame Entladung spätestens zu den Wahlen erscheine unvermeidlich. Es müsse

---

<sup>223</sup> Als Frankfurt bei Besetzung des linken Rheinuferes und des Brückenkopfes Mainz in die neutrale Zone fiel, wurde das Generalkommando von dort nach Bad Nauheim verlegt.

<sup>224</sup> StAM 165, 6788 und Landratsamt Hanau, Akte betr. Novemberumsturz 1918 in Hanau (Auszug daraus über die Rote Garde" bei M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 197).

<sup>225</sup> d. h., bevor die sowjetrussische Botschaft am 5. 11. 1918 wegen revolutionärer Agitation und Einmischung in deutsche Angelegenheiten ausgewiesen wurde.

<sup>226</sup> Nachrichtenbureau Sowjetrußlands zur Zeit des Bestehens seiner deutschen Botschaft.



endlich gehandelt werden. Schmid konnte sich bei seiner Aufforderung zum Eingreifen auf die Entschließung des Kreistages vom 13. Januar stützen. Der Kreistag forderte die Zentralregierung auf, unverzüglich die Ordnung in dem Kreis wiederherzustellen. Er stellte sich einmütig hinter die provisorische Zentralregierung des Reiches und Preußens, bis die durch den Volkswillen geschaffene Nationalversammlung die staatlichen Verhältnisse Deutschlands endgültig geregelt habe.<sup>227</sup>

Ein angeblicher Putschversuch einer Soldatengruppe mit Unterstützung von Mitgliedern der SPD<sup>228</sup> und die Nachricht der Ermordung Rosa Luxemburgs und Liebknechts führten am 16. Januar zu einer Demonstration der neuen Gewalthaber, bei der das Zeughaus gestürmt und die Arbeiterschaft bewaffnet wurde. Die Erschütterung durch den Tod jener beiden Berliner Führer der Bewegung zeigt sich darin, daß Dr. Wagner sein Amt als provisorischer Landrat und Polizeidirektor noch am gleichen Tage niederlegte. Durch das Mißtrauensvotum der AuBRe des Landkreises und die Übersiedlung aller Beamten nach Frankfurt war seine Stellung unhaltbar geworden.<sup>229</sup>

Die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar und die Wahlen zum preußischen Landtag am 26. Januar 1919 zeigten deutlich, daß die USP nur eine Minderheit der Bevölkerung vertrat.<sup>230</sup> Offenbar im Zusammenhang damit stellte der engere Vorstand des AR, genannt Exekutive, am 18. Januar seine Tätigkeit ein. Am 25. Januar legte der AR in Hanau seine Ämter nieder. Schnellbacher wollte damit einen Trennungsstrich zwischen sich und der Regierung Ebert-Scheidemann ziehen, die sich mit dem Blute der Berliner revolutionären Arbeiterschaft befleckt habe und durch Herabsetzung der Erwerbslosenunterstützung in Verbindung mit Arbeitszwang, durch völlige Ausschaltung der durch die Revolution errungenen Rechte der AuSRe als vollziehende Gewalten, durch Wiedereinsetzung der Offiziere in die alten Vorrechte und Neubelebung des Kastengeistes eine reaktionäre Politik treibe. Der politische AR bestand weiter und versuchte nun die Massen gegen die Regierung zu revolutionieren.<sup>231</sup> Einen Teil seiner Befugnisse hatte der AR in Hanau schon dadurch verloren, daß die AuBRe des Landkreises am 18. Januar zwei Männer als Vertrauenspersonen der Kreisbevölkerung und

---

<sup>227</sup> StAM 165, 6788; M ü 11 e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 196 f.

<sup>228</sup> Schnellbacher S. 29f.

<sup>229</sup> StAM 165, 6788 (Landrat Schmid an Regierungspräsident in Kassel 14. 2. 1919). Die Erklärung Wagners zur Amtsniederlegung bei S c h n e 11 b a c h e r S. 21 und Frankfurter Zeitung Nr. 47 vom 18. 1. 1919.

<sup>230</sup> In der Stadt Hanau stimmten bei der Wahl für:

	am 19. 1. 1919 zur Nationalversammlung	am 26. 1. 1919 zum preuß. Landtag
SPD	7 026	5 853
USP	6 089	5 278
DDP	5 690	5 652
Ztr	1 704	1 643
DVP	1916	1 790
DNVP	491	487

Bei der Wahl zum Stadtparlament am 2. 3. 1919 entschieden sich allerdings 5 688 für die USP und nur 4 553 für die SPD (100 Jahre SPD Hanau, 1967 S. 27).

<sup>231</sup> StAM 180, 5383.

Kontrollorgane dem Landrat Schmid in seinem Frankfurter Amtssitz beigaben.<sup>232</sup>

In seinem Bericht an den Regierungspräsidenten vom 14. Januar erwähnte Schmid, daß er anschließend nach Berlin reisen wolle, um von Hirsch und Noske sowie dem Zentralrat Vollmacht zum Einschreiten zu erwirken. Am 1. Februar gewann Schmid das Generalkommando in Bad Nauheim für seinen Plan, daß einmarschiert werden müsse.<sup>233</sup> Die Terrorisierung von Zehntausenden durch die bewaffnete Meute einiger Fanatiker, die Störung der Preßfreiheit, die Erschütterung des Wirtschaftslebens und die Sabotage der Behörden seien zum offenen Skandal geworden. Schnellbacher habe dem Standortältesten, Oberst von Scheffer, ausdrücklich erklärt, daß die zweite Revolution jetzt losgehe und ganz sicher Erfolg haben werde. Am 3. Februar trafen auf Ersuchen Schmid's eine Pioniereinheit und ein Bataillon des Infanterieregiments Nr. 88 ein. Wenn es sich auch um „wenig zuverlässige“ Truppen handelte, so konnte doch wieder der Polizeidienst in beschränktem Umfange aufgenommen werden. Im Kreishaus wurde eine Wache von 25 Mann untergebracht.<sup>234</sup> Seit dem 15. Februar führte Schmid die Geschäfte des Landratsamts und der Polizeidirektion wieder in Hanau, nachdem die Bewachung des Kreishauses militärisch eingerichtet war, wohnte aber zunächst in Windecken. In einer Versammlung der USP am 17. Februar warf der damalige Führer der KPD, Dr. Levi<sup>235</sup> aus Berlin, der jetzigen Scheinregierung Verrat am Proletariat vor. Der Beginn des Aufstandes der gesamten Arbeiterschaft sei in vollem Gange. Im Anschluß an diese Kundgebung kam es zu schweren Unruhen. Am 18. Februar wurden unter Beteiligung bewaffneter Trupps Landgericht und Polizeigefängnis gestürmt und Gefangene befreit, im Rathaus Brot- und Lebensmittelkarten in größerer Anzahl geraubt und teils auf die Straße geworfen, teils verbrannt, schließlich das Lebensmittellager von Stadt- und Landkreis erbrochen und dort Waren im Wert von etwa 60.000 Mark weggeschleppt. Die Unruhen setzten sich am 19. Februar mit der Plünderung des landgräflichen Schlosses Philippsruhe fort.<sup>236</sup> Nun hatten die fortgesetzten Bemühungen Landrats Schmid's beim Generalkommando um

---

<sup>232</sup> Schnellbacher S. 44.

<sup>233</sup> StAM 165, 6788 (Landrat Schmid an Regierungspräsidenten in Kassel 2. 2. 1919).

<sup>234</sup> Ebenda (Landrat Schmid an Regierungspräsidenten in Kassel 4. 2. 1919). Die Angabe von N i c k e 1 S. 46, daß die Pioniere von Seligenstadt am 6. 2. kamen, ist also ein Irrtum.

<sup>235</sup> Levi trat Ende März 1921 aus der KPD aus und schloß sich der USP und später der SPD an, vgl. S c h w a r z, MdR S. 704.

<sup>236</sup> Telegramme des Magistrats vom 19. und 20. 2. (zwei) an Regierungspräsidenten, ebenso des Landrats vom 19. und 20. 2. (zwei). Nach Angabe des Magistrats waren im Lebensmittellager sämtliche Butter- und Margarinevorräte, etwa 40 Zentner Haferflocken, 100 Zentner Zucker und noch andere große Mengen Lebensmittel geraubt. Im Telegramm vom 20. 2. forderte Schmid die Verhängung des Belagerungszustandes. Das Generalkommando habe durch unerhörte Verschleppung der von der Zentralregierung am 14. 1. angeordneten und von ihm seit dem 16. 1. beinahe täglich erbetenen Hilfsaktion schwere Schuld auf sich geladen. Offenbar habe dort der SR hemmend eingewirkt. Der SR des Korps stellte am 14. 2. dem Ministerium des Innern vor, Schmid's Angaben über Ausschreitungen seien stark übertrieben. Zur Vermeidung weiterer Ausschreitungen wäre die Versetzung von Regierungsrat Schmid empfehlenswert, weil er in Hanau außerordentlich unbeliebt sei. Der Regierungspräsident in Kassel setzte sich jedoch am 21. 2. beim Ministerium sehr für Schmid ein. Er genieße bei der ordnungsliebenden Bevölkerung, zumal auch im Landkreise, Ansehen und volles Vertrauen. Seine energische, sich selbst rücksichtslos einsetzende Persönlichkeit jetzt durch eine andere zu ersetzen, hielt der Regierungspräsident für ganz verfehlt (StAM 165, 6788). - Wie schwierig die Stellung des SR beim 18. Armeekorps in Bad Nauheim zwischen den Fronten der beiden Parteien war,

militärische Hilfe<sup>237</sup> wegen Versagens der Polizeigewalt endlich Erfolg. Am 22. Februar wurde Hanau unter Verhängung des Belagerungszustandes kampflos durch Regierungstruppen unter Generalmajor Rumschöttel besetzt.<sup>238</sup> Auf dem Landratsamt wurde die rote Fahne durch die neue schwarz-rot-goldene Reichsfahne ersetzt. Zum Dank für die Gastfreundschaft überwies Schmid noch am 21. Februar der Stadt Windecken aus einem ihm von seiner früheren Berliner Tätigkeit zur Verfügung stehenden Fonds 1000 Mark für gemeinnützige Zwecke.<sup>239</sup>

In der Haltung der von der SPD redigierten „Volksstimme“ in Frankfurt zeigt sich die Schwierigkeit, den Hanauer Vorgängen gerecht zu werden. Am 3. Februar 1919 (Nr. 28) kritisierte sie, daß der Spartakus und die USP sich der paritätischen Besetzung des AR in Hanau widersetzen. Der Wille der Arbeiterschaft werde dadurch mit Füßen getreten. Zwei Tage darauf (in Nr. 30) warf sie Schmid vor, er scheine seine Force darin zu erblicken, den Spartakusschreck durch den weißen Schrecken zu ersetzen. Am 24. Februar (Nr. 46) verwahrte die „Volksstimme“ sich gegen rücksichtslose Militärherrschaft. Die Ausgabe vom 25. Februar (Nr. 47) brachte eine Erklärung des Gewerkschaftssekretärs Jean Hofmann, daß das Herunterholen der roten Fahne allgemeine Empörung in der Bürgerschaft ausgelöst habe. Die Versammlungsfreiheit müsse gewährleistet werden. Die Verhafteten, Dr. Wagner, Schnellbacher usw., seien möglichst schnell wieder auf freien Fuß zu setzen. Craß von der SPD erklärte, daß die Schießerei auf fliehende Personen, wie sie gestern am Nürnberger Tor stattgefunden habe, unter allen Umständen unterbleiben müsse. Seit dem 1. März erschien in Hanau eine kommunistische Zeitung, „Die Freiheit“. Die Stadt entwickelte sich zu einem der Hauptstützpunkte der kommunistischen Bewegung für einen

---

erkennt man daraus, daß der AuSR in Hanau den Vorsitzenden des SR bei jenem Korps, den früheren Gewerkschaftsbeamten Kremser aus Frankfurt a. M., als „Noske Nr. 2“ betitelte ( S c h n e i l b a c h e r S. 39). Daß die USP und der Rote Soldatenbund sogleich die Verantwortung für jene Plünderung ablehnten, konnte die Entscheidung nicht beeinflussen.

<sup>237</sup> Am 16. 1. 1919 suchte er über den Oberpräsidenten die Staatsanwaltschaft in Hanau zu entschiedenem Auftreten gegen die Hanauer „Gewalttäter“ zu veranlassen (Landratsamt Hanau, Akte betr. den Novemberumsturz). Dabei wies er auch darauf hin, daß der AR einen Eingriff in die Rechtspflege vorgenommen habe, da er durch Ersuchen vom 15. und 30. 11. den Staatsanwalt dazu bestimmt hatte, „in einer Anklagesache wegen Diebstahls eines Heeresbekleidungsamtes den Verhandlungstermin aufzuheben, die verhafteten Angeklagten freizulassen und die Überführungsstücke herauszugeben“. Unter Hinweis auf einen telegraphischen Erlaß des Ministerpräsidenten vom 14. 1. an Schmid, worin jener sich damit einverstanden erklärte, daß die Führer der spartakistischen bzw. sozialdemokratischen Gruppe zu Hanau für die von ihnen begangenen Verletzungen der Rechtsordnung zur Verantwortung gezogen werden, erstattete Schmid am 23. 1. Strafanzeige gegen sie. Obwohl er am 24. 1. in der Sache wieder den Oberpräsidenten einschaltete und am 2. 2. als Polizeidirektor den Staatsanwalt um Verhaftung von Dr. Wagner und Schnellbacher sowie ihrer beiden Hauptgehilfen, des Redakteurs Hammer und des ehemaligen Schiffskellners Schwind, ersuchte, hatte er damit erst bei der Aktion vom 22. 2. Erfolg. - In der Akte des Landratsamts Hanau betr. Verlegung des Landratsamts liegt ein Aufruf Schmidts vom 23. 1. 1919, worin er „in außerordentlicher Vollmacht der Zentralregierung“ bekannt gibt, daß in der letzten Nacht« Regierungstruppen in die Stadt eingerückt seien; offenbar diente dies einem nicht verwirklichten Aktionsplan.

<sup>238</sup> Ebenda (Telegramm des Landrats an Regierungspräsidenten vom 22. 2. 1919; Müller, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 198; Nickel S. 62 ff. gibt irrig den 23. 2. an.

<sup>239</sup> Landratsamt Hanau, Akte betr. Novemberumsturz.

weiten Bezirk Südwestdeutschlands.<sup>240</sup>

Für die Spartakisten war, wie Klara Zetkin formulierte, Hanau „ein vorgeschobener Posten der proletarischen Revolution, der zurückgezogen werden mußte, weil die breiten starken Heersäulen nicht folgten.“<sup>241</sup> Schnellbacher warf den Städten um Hanau: Frankfurt a. M., Gießen, Friedberg vor, vollkommen versagt zu haben, da dort die „Mehrheitler“ herrschten und der Reaktion die Wege ebneten.<sup>242</sup> So blieb es bei diesem bemerkenswerten Versuch, auf lokaler Ebene die „große geschichtliche Klassenaufgabe, die Welt zu verändern durch die Beseitigung des Kapitalismus und die Aufrichtung des Sozialismus“<sup>243</sup>, zu einer Lösung zu führen. Schon am 9. November 1918 wurde die Pulverfabrik vom AR in eigene Regie übernommen. Die „ungeheuren Vorräte“ im Bekleidungsamt des 21. Armeekorps wurden am gleichen Tag ebenfalls der Regieverwaltung des AR übertragen. Schuhmacher und Schneider wurden „in Massen“ eingestellt, um die nötigen Waren zu produzieren.<sup>244</sup> Am 14. November erließ der AR eine Verordnung über die Regelung der Arbeitsverhältnisse. Er untersagte den Unternehmern Entlassungen und verpflichtete sie zur Einstellung aller zurückkehrenden, ehemals dort beschäftigten Kriegsteilnehmer. Bei der Neufassung am 17. Dezember ordnete der AR die Lohnfortzahlung an gesetzlichen Feiertagen an<sup>245</sup> und suchte sie am 31. Dezember durch eine Massenkundgebung, die zugleich gegen die Regierung Ebert-Scheidemann gerichtet war, durchzusetzen; dabei wurde gegen die Juwelen- und Bijouteriefabrik Wilhelm Schwahn und die Firma Dr. W. C. Heraeus mit Gewalt vorgegangen.<sup>246</sup> Plakate der Demonstranten forderten „die ganze politische Macht den AuSRen“. Eine Resolution der Versammlung erkannte den AuSR als die einzige höchste politische Gewalt im Stadt- und Landbezirk Hanau an, dem unbedingte Folge geleistet werden müsse.<sup>247</sup> Am 3. Dezember wurde eine Schutzwehr („Rote Armee“) von über 1000 Mann gebildet, in die nur Soldaten oder gediente Bürger, die Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei waren, aufgenommen wurden.<sup>248</sup> Sie wurde am 12. Januar 1919 zum „Roten Soldatenbund“ umgewandelt.<sup>249</sup> Vom 15. November 1918 bis 26. Januar 1919 hatte sich der AuSR durch Besetzung eines der beiden

---

<sup>240</sup> So Schmid am 20. 5. 1919 in seinem Bericht an den Reichswehrminister in Berlin (Landratsamt Hanau, Akte betr. Novemberumsturz). Schmid meinte, eine erneute Aufräumungsaktion werde auf die Dauer nicht zu umgehen sein. Er habe schon die nötigen Anträge beim Generalkommando des 18. Armeekorps gestellt.

<sup>241</sup> Einleitung zu S c h n e l l b a c h e r S. 9.

<sup>242</sup> Ebenda. S 44.

<sup>243</sup> Ebenda. S 6.

<sup>244</sup> Ebenda. S 20 f.

<sup>245</sup> Ebenda S. 23 f.; K o l b, Arbeiterräte S. 296.

<sup>246</sup> Müller, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 195 f.; Frankfurter Anzeiger Nr. 25 vom 10. 1. 1919.

<sup>247</sup> Schnellbacher S. 27f.

<sup>248</sup> Ebenda S. 28 f. Aufrufe dazu unter Berufung auf eine Anordnung der Berliner Regierung vom 18. 11. ergingen am 23. und 29. 11. (Landratsamt Hanau, Sammlung der Bekanntmachungen des AuSR Hanau).

<sup>249</sup> Nickel S. 43.

Hanauer Zeitungen, des vom Waisenhaus herausgegebenen Hanauer Anzeigers, ein Publikationsorgan geschaffen.<sup>250</sup> In dem Prozeß vor dem Landgericht Marburg im August 1919 wurde Dr. Wagner von der Anklage der Amtsanmaßung freigesprochen, da nicht zu widerlegen sei, daß er sich in dem guten Glauben befand, ordnungsmäßig zu dem Amt als provisorischer Landrat bestellt worden zu sein. Es sei zumindest zweifelhaft, ob die AusRe dem Ministerium des Innern in irgendeiner Beziehung unterstanden hätten.<sup>251</sup>

Fast gleichzeitig mit dem offenen Konflikt zwischen dem AR und dem Kommissarischen Landrat Schmid in Hanau wurde auch der Landrat von Trott zu Solz in Schlüchtern abgesetzt.<sup>252</sup> Der Soldaten-, Arbeiter- und Bauernrat (künftig SAuBR) für die Stadt und den Landkreis Schlüchtern war in der Nacht vom 11. auf den 12. November gegründet worden. Der erste Streitpunkt ergab sich daraus, daß der Rat in Schlüchtern ebenso wie jener in Hanau unter dem Einfluß des AuSR in Frankfurt den Zentralrat für den Regierungsbezirk in Kassel nicht als für sich zuständig bezeichnete<sup>253</sup>), während der an die Weisungen des Regierungspräsidenten in Kassel gebundene Landrat den SAuBR nur unter Vorbehalt der übergeordneten Zuständigkeit des Zentralrats anerkennen wollte. Am 14. November gab der Landrat zwar schriftlich seinen Vorbehalt auf, erhob nun aber am 16. November Einspruch dagegen, daß der SAuBR in Schlüchtern direkt in die Verwaltung eingriff und in seinem Aufruf vom 11./12. November die Behörden als sich unterstellt bezeichnete, obwohl in dem Erlaß der jetzigen preußischen Regierung vom 14. November nur von einer Kontrolle die Rede sei. Am 14. Dezember führte der Vollzugsrat des SAuBR mittels seines Beauftragten, Justizrats Henrichs, eine verschärfte Kontrolle des Landrats durch und setzte ihn am 23. Dezember mit Wirkung vom 24. vormittags 10 Uhr ab außer Amtstätigkeit. Nach Aussage des Landrats erklärte Justizrat Henrichs dabei, die Republik Schlüchtern gebe sich ihre Gesetze selbst. Mit der Drohung des Regierungspräsidenten, den Kreissekretär und Kreisboten zu beurlauben und dadurch die Verwaltung völlig lahmzulegen, wurde der SAuBR unter Henrichs zur Vermeidung einer Katastrophe in der Wirtschaft und Ernährung gezwungen, einem Hauptmann a. D. aus Soden als gesetzlich zur Vertretung bestimmten Kreisdeputierten und dem Kreissekretär die Führung der Dienstgeschäfte zu überlassen. Auf Anordnung des Ministeriums des Innern, das vom Zentralamt der AuSRe in Berlin dazu veranlaßt wurde, fand am 7. Februar eine Zusammenkunft der Parteien mit zwei Vertretern des Kasseler Zentralrats, Privatsekretär Wittrock und Redakteur Hauschild, statt, wobei die Kontrollrechte des SAuBR genau bestimmt wurden.<sup>254</sup> Der

---

<sup>250</sup> Schnellbacher S. 49.

<sup>251</sup> Ebenda S. 53 f.

<sup>252</sup> Zum Folgenden StAM 165, 6787.

<sup>253</sup> Dies hatte eine gewisse Berechtigung, weil Schlüchtern wie Hanau wirtschaftlich und durch die Zugehörigkeit zum Bezirk des 18. Armeekorps auch organisatorisch mit Frankfurt verbunden war. Die AuSRe erkannten jedoch auch Frankfurt als nicht für sich verbindlich an.

<sup>254</sup> Es wurde vereinbart: Die Tagebücher der Ein- und Ausgänge sind dem Beauftragten des SAuBR auf Wunsch jederzeit vorzulegen. Der Beauftragte hat das Recht, alle Ein- und Ausgänge sowie alle Akten einzusehen. Ihm wird das Zimmer vor dem Geschäftszimmer des Landrats als Arbeitszimmer eingeräumt. Zu einer zu vereinbarenden Stunde besprechen der Landrat und der Beauftragte möglichst täglich die Angelegenheiten der landrätlichen und der Kreiskommunalverwaltung. Zu den Sitzungen des Kreis Ausschusses und Kreistages sowie zu den Dienstversammlungen der Bürgermeister ist der Beauftragte mit beratender Stimme zuzuziehen. Zu den Sitzungen des SAuBR soll der Landrat regelmäßig eingeladen werden. Alle öffentlichen Bekanntmachungen und Verordnungen sind nur nach vorheriger Verständigung mit dem Beauftragten zu erlassen. In Fällen, die keinen Aufschub leiden, ist

SAuBR erhob daraufhin keine Einwendungen mehr dagegen, daß der Landrat von Trott sein Amt alsbald wieder übernahm. Zugleich wurde Henrichs durch Tiggen als Beauftragter des SAuBR ersetzt. Das Ministerium teilte diesen Kompromiß am 1. März dem Zentralrat der AuSR in Berlin mit und fügte hinzu, die Behandlung der Angelegenheit in der Regierungsinstanz habe Veranlassung zur Mißbilligung gegeben. Der Regierungspräsident hätte versuchen müssen, die Angelegenheit durch Entsendung eines Kommissars an Ort und Stelle zu regeln, statt die Situation durch die Ermächtigung zur Beurlaubung der Beamten zu verschärfen.

Auch in Gelnhausen wurde der bisherige Landrat entfernt und durch den Spartakisten Karl Honsen aus Hanau ersetzt.<sup>255</sup>

## Frankfurt am Main

Den bedeutendsten Beitrag zur Revolutionsgeschichte liefert aus dem Rhein-Main-Gebiet die Stadt Frankfurt.<sup>256</sup> Bei einer Zusammenkunft der Industrie- und Handelskammer am 2. November bezweifelte einer der Teilnehmer, daß die Gewerkschaftsführer die Arbeiter noch in der Hand hätten.<sup>257</sup> Am 5. November beschlossen je vier Mitglieder der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Partei nach einem älteren Vorschlag des den Wahlkreis Frankfurt vertretenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dr. Quarck, zu einem Wohlfahrtsausschuß unter Vorsitz des Bürgermeisters Dr. Luppe von der Fortschrittspartei zusammenzutreten, sobald die politische Lage es erfordere.<sup>258</sup> Nachdem es schon in der Nacht zum 6. November bei einem ins Feld ziehenden Nachschub des Ersatz-Infanterieregiments Nr. 81 (Gutleutkaserne) zu einer kleinen Meuterei gekommen war, trafen am Abend des 7. November etwa

---

die Zustimmung des Beauftragten alsbald einzuholen. Läßt sich eine Verständigung zwischen dem Landrat und dem Beauftragten nicht erzielen oder glaubt dieser, daß der Landrat sein Amt in einer dem Geist der Zeit nicht entsprechenden oder in einer dem Wohle des Kreises abträglichen Weise verwalte, so steht ihm das Recht der Beschwerde an den Regierungspräsidenten und an die Zentrale des AuSR in Kassel zu.

<sup>255</sup> Schnellbacher S. 43.

<sup>256</sup> Die Schrift des Redakteurs der „Volksstimme“, Jakob A l t m a i e r, Frankfurter Revolutionstage (Frankfurt a. M. 1919), bringt vom Standpunkt des linken Flügels der SPD skizzenhafte Stimmungsbilder des Geschehens, die aber wegen seiner eigenen Mitwirkung wertvolle Einzelheiten enthalten. Als Mitglied der USP-Führung schildert die Ereignisse Tony Sender, The Autobiography of a German Rebel (New York 1939) S. 91-133. Eine belletristische Rückschau auf seine Frankfurter Revolutionserlebnisse gibt Carl H a e n s e l, Die Revolutionsversicherung. Bekenntnisse aus rechtsverjährter Zeit (Frankfurt a. M. [1964]); der Verf. war eine Zeitlang als Rechtsberater beim AuSR seiner Heimatstadt tätig. Das Ziel einer Neuwahl des AR nach demokratischen Prinzipien verfolgt die Schrift von Hellmut R e i n e r t und Dr. jur. Walther S e l i g m a n n, Frankfurts Arbeiterrat. Ein Wort zur Verständigung (Frankfurt a. M. September 1919). Eine gründlich aus den Quellen geschöpfte Darstellung bot erstmals 1934 D r ü n e r (vgl. oben Anm. 68) bes. S. 326-346 (nationalsozialistische Beeinflussung im wesentlichen erst im Schlußwort). Sie wird jetzt vielfältig ergänzt durch Erhard L u c a s, Frankfurt unter der Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte 1918/19 (Frankfurt a. M. 1969), der linkskritisch vom Standpunkt der USP (gegen die „Noske-Politik“) schreibt. Einen Überblick aus ähnlicher Perspektive bietet Franz N e u l a n d, Disziplin statt Anarchie. Vor fünfzig Jahren begann in Frankfurt die Novemberrevolution, in: Frankfurter Rundschau Nr. 259 vom 6. 11. 1968 S. 7. Über die Anfänge der Revolution vgl. auch den Bericht in der Frankfurter Zeitung Nr. 314 vom 12. 1. 1918, 1. Morgenblatt.

<sup>257</sup> D r ü n e r S. 326.

<sup>258</sup> Ebenda S. 327 f.

100 Matrosen von Kiel über Hannover ein, um die Revolution auszubreiten. Etwa die Hälfte davon wurde verhaftet. In der Morgenfrühe des 8. kamen weitere 80. Bald nach 9 Uhr ging beim Generalkommando der Befehl der Reichsregierung ein, alle Verhafteten freizugeben und jedes Blutvergießen zu vermeiden. Der kommandierende General Riedel übergab daraufhin die Geschäfte an Generalmajor von Studnitz und verließ gegen 5 Uhr nachmittags eilends zu Pferde die Stadt. Es trat nun ein Wettlauf zwischen SPD und USP um die Bildung der revolutionären Macht ein. Die SPD beteiligte sich mittags an der Bildung eines Wohlfahrtsausschusses, der als sein Ziel ansah, die Wünsche und Forderungen aller Kreise, denen am revolutionären Aufbau gelegen war, entgegenzunehmen und die Verbindung zwischen den Instanzen des alten Staates und den Neues Fordernden herzustellen.<sup>259</sup> Da verschiedene Truppenteile eigenmächtig ohne Organisation SRe schaffen wollten, begaben sich fünf führende Mitglieder der SPD zum Generalkommando und nahmen mit dessen Einverständnis noch am gleichen Abend die provisorische Wahl von SRe bei den einzelnen Truppenteilen vor. Sie sollten zunächst nur als Beschwerdestellen der Mannschaften fungieren und waren nur als Ergänzung des Wohlfahrtsausschusses gedacht. Im Laufe der Nacht kam es zu zwei Veranstaltungen, die entscheidend für die weitere Entwicklung wurden. Der Führer der USP, Robert Dißmann, berief eine Versammlung der USP-Vertrauensmänner der Betriebe und erklärte sie zum vorläufigen AR. Eine Gruppe von Soldaten und Matrosen unter Leitung des auf der Durchreise befindlichen Vizewachtmeisters Moser bildete einen SR, der die bisher zusammenhanglos gewählten Soldatenvertreter zu einer aktionsfähigen Körperschaft zusammenschloß und dadurch die öffentliche Gewalt in seine Hand brachte. Er vermied es, sich dem parteipolitisch ausgerichteten AR zu unterstellen.<sup>260</sup> Zwar trat die USP noch in der Nacht zum SR in Verbindung und ließ durch Soldaten alle Zeitungen, auch die mehrheitssozialistische „Volksstimme“, besetzen und den Polizeipräsidenten Rieß von Scheurnschloß verhaften. Der SR blieb aber zunächst das entscheidende Organ. Er ernannte den Reichstagsabgeordneten Wendel von der SPD<sup>261</sup> zum Leiter des Frankfurter Nachrichtenamtes (des Wolffschen Telegrafienbüros) und den ebenfalls der SPD angehörenden Rechtsanwalt Dr. Sinzheimer<sup>262</sup> zum stellvertretenden Polizeipräsidenten, da Rieß von Scheurnschloß die Autorität des SR nicht anerkennen wollte. Vor dem Ultimatum des SR unter Moser, solange die unumschränkte Macht zu übernehmen, bis sich die beiden streitenden sozialistischen Parteien geeinigt hätten, wich Dißmann aus. Er hatte seiner Partei im Vollzugsausschuß des AR sieben, der SPD aber nur zwei Sitze geben wollen. Nun wurde Parität von je sieben Sitzen vereinbart. Diese Beilegung des Streits war bereits erzielt, bevor noch am 9. November das von Moser erbetene Telegramm Kurt Eisners aus München eintraf, daß die Einigung der Arbeiterschaft auf revolutionärer Grundlage unter allen Umständen notwendig sei.<sup>263</sup> In einem Aufruf versprach der AR,

---

<sup>259</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 310 vom 8. 9. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>260</sup> A l t m a i e r S. 15 überliefert die Szene, wie Moser auf Dittmanns Erklärung: „Die Massen stehen hinter der Unabhängigen Partei“, erwiderte: „Wir Soldaten haben mit keiner Partei etwas zu tun. Wir bleiben für uns.“

<sup>261</sup> Hermann Max Ludwig Wendel, Redakteur und Schriftsteller (1884-1936), vgl. Schwarz, MdR S. 495.

<sup>262</sup> Dr. jur. Hugo Sinzheimer (1875-1945) war ein hervorragender Kenner des werdenden Arbeitsrechts (vgl. sein Buch: „Grundzüge des Arbeitsrechts“, 1. Aufl. Jena 1921, 2. Aufl. 3927; S c h w a r z, MdR S. 763; H a e n s e I S. 30; H a m b u r g e r, Juden im öffentlichen Leben S. 202 f. Seine Schrift: Die Aufgabe der Volksbildung nach dem Kriege (Frankfurt a. M. 1916) läßt die idealen Motive seiner sozialen Haltung erkennen. Von jeder parteipolitischen Enge weit entfernt, bemühte er sich in der Volksbildungsarbeit, deren Wurzeln für ihn nicht zufällig in der Arbeiterbewegung lagen, um eine Stärkung der Mächte des inneren Lebens gegenüber dem Maschinenzwang und der Mechanisierung der sozialen Planungen.

<sup>263</sup> Altmaier S. 35.

daß er „dem seit Jahrhunderten unterdrückten Proletariat die volle Herrschaft über seine Arbeit und die von ihm geschaffenen Produkte sichern“ werde. Er wolle nur solange dauern, bis sich die Zentralgewalt der sozialen deutschen Republik gebildet habe.<sup>264</sup> Am 11. November wurden die ARe endgültig in den Betrieben gewählt. Sie bestätigten den 14köpfigen Vollzugsausschuß. Noch am gleichen Abend wurde Harns vom linken Flügel der SPD Vorsitzender des SR an Stelle von Moser, der nun seine geplante Reise nach Berlin fortsetzte. Mit Verlegung des Generalkommandos des 18. Armeekorps nach Bad Nauheim hörte der zu den Mehrheitssozialisten neigende<sup>265</sup> SR in Frankfurt schon am 9. Dezember zu bestehen auf.<sup>266</sup> Der AR stützte seine revolutionäre Macht seitdem auf den Matrosensicherheitsdienst von 130 Mann und eine Arbeiterwehr, später Hilfspolizeimannschaft genannt, von etwa 1200 Mann.

Die Mitglieder der SPD im AR nahmen eine entschiedenere Haltung ein als die Berliner Parteispitze. Aber sie wichen doch von der USP ab, bei der zudem in Frankfurt der linke Flügel führte. Die Spannung wurde daher niemals überbrückt. Schon in der ersten öffentlichen Sitzung am 27. November trat die Meinungsverschiedenheit zwischen beiden Parteien in der Frage der Nationalversammlung offen zutage. Brennecke von der SPD lehnte jede Klassendiktatur als unmoralisch und unmöglich ab. Dagegen erklärte Dißmann, er könne es nicht verstehen, daß man die Nationalversammlung bald einberufen wolle, nachdem man doch 60 Jahre geduldig auf das allgemeine Wahlrecht gewartet habe. Die ARe seien berechtigt und verpflichtet, vorher die Sozialisierung in Angriff zu nehmen.<sup>267</sup> Die Nationalversammlung dürfe erst gewählt werden, wenn ein Boden geschaffen sei, auf dem die Durchführung sozialistischer Ziele gesichert sei. Die aus Wiesbaden-Biebrich gebürtige Toni Sender von der USP polemisierte in einer Vollversammlung des AR am 27. Dezember gegen Dr. Quarck, der noch am ersten Revolutionstag (dem 8. November) einen Artikel gegen die Revolution geschrieben habe. Die Arbeiterschaft sei auch zu einer zweiten Revolution bereit.<sup>268</sup> Allerdings warf auch der Redakteur Wittrisch Ende Dezember 1918 in der „Volksstimme“ der Parteiführung vor, daß sie noch immer nicht die durch ihre Haltung im Kriege kompromittierten Männer von der äußersten Rechten in der Partei abgeschüttelt habe. Es bestehe nur noch die Hoffnung, daß die Arbeitermassen die äußerst bedenkliche Entwicklung korrigierten. Von der Unentbehrlichkeit der Räte bis zur Nationalversammlung war auch die liberale Frankfurter Zeitung überzeugt. Gegenüber der Meldung des „Vorwärts“, daß die Entente die Auflösung der AuSRe fordern wolle, wies die Frankfurter Zeitung darauf hin, daß die Räte die einzige garantierende und kontrollierende Gewalt der Revolution gegenüber

---

<sup>264</sup> D r ü n e r S. 335.

<sup>265</sup> Am 21. und 22. 11. 1918 protestierte er einstimmig gegen den Versuch des Vollzugsrats der Groß-Berliner AuSRe, sich die Regierung (den Rat der Volksbeauftragten) unterzuordnen. Aufgabe der Regierung sei baldiger Friedensschluß und Einberufung der Nationalversammlung. Das deutsche Volk stehe vor der Entscheidung: Demokratie oder Bolschewismus (Frankfurter Zeitung Nr. 323 vom 21. 11. 1918, Abendblatt und Nr. 325 vom 23. 11., 2. Morgenblatt). Am 11. 12. 1918 bekannten sich etwa 300 Angehörige der SRe des 18. Armeekorps in Bad Nauheim zur Regierung Ebert-Haase und forderten baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zur Sicherung und zum Aufbau der Republik (ebenda Nr. 344 vom 12. 12., 2. Morgenblatt).

<sup>266</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 341 vom 9. 12. 1918, 1. Morgenblatt. Der AuSR des stellvertretenden Generalkommandos in Frankfurt, dann Bad Nauheim war hinsichtlich der militärischen Fragen für den ganzen Bereich des 18. Armeekorps zuständig. Ihm war die Bildung neuer AuSRe telegrafisch zu melden. Am 16. 11. lud er zu einer Delegiertenversammlung nach Frankfurt, am 8. 12. (zum 11. 12.) nach Bad Nauheim ein (HStAW 419, 59).

<sup>267</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 330 vom 28. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>268</sup> Ebenda Nr. 359 vom 28. 12. 1918, 2. Morgenblatt.



den alten Gewalten sei. Löse man sie auf, so schaffe man direkt die Anarchie.<sup>269</sup>

Die Niederwerfung des Arbeiteraufstandes in Berlin am 11.-13. Januar 1919, den die Kommunisten und einige radikale Mitglieder der USP entfacht hatten, um die Regierung Ebert-Scheidemann zu stürzen, machte die Kluft zwischen den Arbeiterparteien deutlich. Der Frankfurter AR schob in einer scharfen Erklärung am 16. Januar die Schuld an dem Aufstand dem Verrat der Regierung an den sozialistischen Zielen zu. Es sei nötig gewesen, die Tätigkeit der AuSRe durchgreifend zu schützen und den reaktionären Geist in allen Verwaltungszweigen zu beseitigen. Der AR forderte den Rücktritt der jetzigen Reichsregierung.<sup>270</sup> Der Ortsvorstand der SPD rügte am folgenden Tage öffentlich, daß seine im AR sitzenden Mitglieder sich an jener Erklärung beteiligt hatten. Brennecke von der SPD vertrat in einer Sitzung des AR am 21. Januar den Regierungsstandpunkt, der AR müsse sich nach Zusammentritt der Nationalversammlung auflösen. Dagegen verteidigte Harris die Notwendigkeit des Weiterbestehens. Er erläuterte dies in seiner soeben erschienenen Schrift.<sup>271</sup> Zwar sei das Rätesystem als Regierungsform nicht geeignet, denn der Neuaufbau Deutschlands sei auf breitester Grundlage nötig. Aber von der Erhaltung und dem Ausbau des Rätesystems werde für jetzt und auch für längere Zeit nach der Nationalversammlung die Sicherung der Revolution abhängen. Von den Behörden würden die Räte als ein nebensächliches Anhängsel ohne jede Autorität und ohne jedes Mitbestimmungsrecht angesehen und behandelt. Ohne sich auf die AuSRe zu stützen, werde es jedoch keiner sozialistischen Regierung in der nächsten Zeit möglich sein zu bestehen. Dadurch, daß man es den AuSRen unmöglich gemacht habe, bestimmend in der Verwaltung mitzuarbeiten, sei heute schon unberechenbarer Schaden für die Autorität der Regierung und vielleicht auch für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands entstanden. Die Gegner der Revolution beherrschten den ganzen Verwaltungsapparat. Regieren sei die geistige Beherrschung der Massen. Dies könne aber Menschen gegenüber, die ihre geistige Form im kapitalistischen Obrigkeitsstaat gefunden hätten, nur durch die AuSRe verwirklicht werden. Sie müßten als Stütze der sozialistischen Regierung, als Lehrer und Regeneratoren der Verwaltung bestehen bleiben. Allerdings sei eine Neuwahl nötig, bei der auch die freien Berufe und vielleicht auch die Innungen und alle niederen Einkommen in irgend einer Form zuzulassen seien. Die Lohnarbeiter würden schon dafür sorgen, daß der revolutionäre und sozialistische Geist in den ARen erhalten bleibe. Es sei praktisch und klug, sie wie in Hessen in „Volksrat“ umzubenennen. Den Räten solle nur die übergeordnete und bestimmende Tätigkeit zufallen. Durch sie werde dann dafür gesorgt, daß der Beamtenapparat ein Instrument in der Hand der sozialistischen Regierung bleibe.

Der Frankfurter AR beschloß als Kompromiß sein Weiterbestehen bis zur Neuwahl der Stadtverordneten, die gemäß einer preußischen Verordnung vom 24. Januar 1919 nach dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht bis zum 2. März stattzufinden hatte.<sup>272</sup> Die steigende Not infolge der großen

---

<sup>269</sup> 269) Frankfurter Zeitung Nr. 343 vom 11. 12. 1918, Abendblatt.

<sup>270</sup> Erklärung der Exekutive des AR vom 16. 1. (Frankfurter Zeitung Nr. 44 vom 17. 1. 1919), als Telegramm an die Regierung und alle deutschen ARen vom 17. 1. 1919 bei K o l b, Arbeiterräte S. 241.

<sup>271</sup> L(eopold) H a r r i s, Die Neubildung der Arbeiter- und Soldaten-Räte. Ein dringendes Gebot der Stunde [Frankfurt, Januar 1919]. K o l b, Arbeiterräte S. 363 f. benutzte ein Exemplar dieser 8 Seiten umfassenden Schrift in den Akten des Berliner Zentralrats im Internationalen Institut für Sozialgeschichte zu Amsterdam mit dem Stempel: z. d. A. 28. Jan. 1919. Dem Verf. lag ein Exemplar vor in StAM 165, 1237 Bl. 19, das den Eingangsstempel der Kasseler Regierung vom 14. 1. 1919 trägt.

<sup>272</sup> Preuß. Gesetzessammlung S. 13.

Lebensmittelknappheit im Winter 1918/19 und der wachsenden Arbeitslosigkeit<sup>273</sup> brachte der KPD als dritter Arbeiterpartei zunehmend Anhänger.<sup>274</sup> Beim Kampf gegen die Reichsregierung hatte sie in mehreren Demonstrationen die Arbeitslosen als natürliche Verbündete. Am 17. März 1919 traten 18 Mitglieder des Plenums des AR aus der Fraktion der USP aus und begründeten eine kommunistische Fraktion. Dies ist umso bemerkenswerter, als die Führer der Frankfurter USP, Dißmann und Toni Sender, zu dem Flügel ihrer Partei gehörten, der auf dem Parteitag am 2.-6. März 1919 in Gotha gegen das Nebeneinander von Räten und Parlament für die bloße Räterverfassung gestimmt hatte; der Parteitag entschied sich dann allerdings für die Kombination beider Systeme. Am 9. März erhob die SPD den Vorwurf des Wahlterrors bei den am 9. November erfolgten Betriebswahlen des AR. Sie strebte nach Neuwahlen, die ihr die Führung im AR gebracht hätten.<sup>275</sup> Andererseits sah die USP das Kompromiß des AR nur als eine Behelfslösung bis zur erwarteten zweiten Phase der Revolution an. Durch die Taktik der im Vollzugsausschuß des AR nicht vertretenen KPD, die auf Diskussion allgemeiner politischer Fragen (wie etwa über das Räteresystem in Bayern und Ungarn) drängte, und durch den Druck vom Bürgertum, das eine echte Demokratisierung der Räterverfassung oder deren Ende forderte, wurde der AR in seiner Tätigkeit sehr behindert. Nachdem schon am 7.-9. Dezember im Zuge der Demobilmachung militärische Bekleidungskammern geplündert wurden<sup>276</sup>, ereigneten sich am 31. März 1919 im Anschluß an eine Demonstration von Notstandsarbeitern schwere Krawalle und Plünderungen. Der Führer der KPD, Fritz Meyer, erklärte sich mit den Plünderern solidarisch und warf den Matrosen und Hilfsschutzleuten vor, sie hätten sich schützend vor den Geldschrank der Reichen gestellt. Deshalb falle der Haß auch auf sie.

Als Dr. Sinzheimer nach seiner Wahl zur Nationalversammlung von der Leitung des Polizeipräsidiums zurückgetreten war, wurde das Amt am 24. April Harris vom AR übertragen. Seine Tätigkeit fiel zusammen mit der ständig schwieriger werdenden Stellung des AR. Das Mißverständnis zwischen seinem Anspruch, der an der inneren Uneinigkeit litt, und der immer mehr schwindenden legalen Grundlage mußte zu Rechtsunsicherheiten führen. Einer Verständigung in dieser Lage wollte die Schrift von Reinert und Seligmann über den Frankfurter AR im September 1919 dienen.<sup>277</sup> Die Verfasser gaben darin zunächst einen Überblick über die Entwicklung der AR. Ihre politische Funktion sei mit der Zeit eingeschränkt worden. Zunächst hätten sie die regierende Gewalt dargestellt, dann nur ein Kontrollrecht besessen, schließlich auch dieses mit den neuen Gemeinderatswahlen rechtlich verloren. Der Rätegedanke habe aber auch einen wesentlichen wirtschaftspolitischen Inhalt. Die Räte sollten die Träger und Wegbereiter des Sozialismus und *der* wirtschaftlichen Demokratie werden. Die „konstitutionelle Fabrik“ sollte der Verwirklichung näher gebracht werden. Die Massen blieben enttäuscht, da sich die wirtschaftliche Neugestaltung nicht in den Bahnen bewege, die ihnen die Führer, als sie noch von positiver Mitarbeit allzu ängstlich ausgeschlossen worden seien, vorgezeichnet hätten.

---

<sup>273</sup> Die Höchstzahl der Arbeitslosen wurde am 20. 1. 1919 mit 14 160 Personen erreicht (D r ü n e r S. 354).

<sup>274</sup> Die Zahl ihrer Mitglieder in Frankfurt vermehrte sich 1919 von 350 auf 1400 (D r ü n e r S. 527 Anm. 494).

<sup>275</sup> Bei den Gemeindewahlen erreichte die USP 8,5 und die SPD 36,1 vH aller Stimmen. Im Kartell der Freien Gewerkschaften standen sich SPD und USP wie 2:1 gegenüber.

<sup>276</sup> D r ü n e r S. 345 f.

<sup>277</sup> Vgl. oben Anm. 256.

Daneben aber klinge in dem immer stärker anschwellenden Ruf nach den Räten ein unklares, aber heißes Verlangen mit nach Befreiung der Menschenseele, die sich gegen die geisttötende Mechanisierung unseres Daseins im Maschinenzeitalter empöre. Der Einzelne wolle im Wirtschaftsprozeß „aktivistisch“ beteiligt sein. Die reichen Kräfte, die eine bürokratische, schablonenmäßige Parteiorganisation zur Passivität verurteilt habe, wollten ungehindert zu Wort kommen, um in selbständiger Mitarbeit in einer Weise sich auswirken zu können, wie es die Form des Parlamentarismus nicht erlaube.

Die Verfasser erkennen rückhaltlos an, daß es dem AR, unterstützt von der Beamtenschaft, in den stürmischen Novembertagen nicht nur gelungen sei, die Revolution in Frankfurt unblutig durchzuführen, sondern daß er es auch verstanden habe, für einen würdigen Empfang der durchziehenden Fronttruppen und für Recht und Sicherheit in der Stadt zu sorgen. Dreimal (in Reich, Land und Gemeinde) habe das mündig gewordene Volk inzwischen neue Gewalten erwählt. Am Frankfurter AR sei diese Entwicklung anscheinend spurlos vorübergegangen, obwohl der Berliner Vollzugsrat zweimal und der Zentralrat am 22. August 1919 nochmals die Neuwahl der ARE empfohlen hätten, obwohl ferner weite Kreise und die gewaltige Mehrheit der Arbeiter und Angestellten mehrfach öffentliche Neuwahlen des AR verlangt hätten.<sup>278</sup> Es sei aber - wie zu Zeiten des preußischen Wahlrechts von ganz anders gearteten Politikern - nichts geschehen. Der AR könne nicht ein Privatklub der drei sozialistischen Parteien bleiben, in dem außerdem die bedeutendste und ihrer Pflicht gegenüber der Gesamtheit am meisten bewußte Partei am schlechtesten behandelt würde. Seitdem in Berlin eine Regierung vorhanden sei, gingen deren Gesetze und Verordnungen vor. Ungültig seien daher die vom Frankfurter AR erlassene Verordnung über das Verbot der gewerbsmäßigen Stellenvermittlung, desgleichen die Verordnung über die Beschlagnahme von Lebensmitteln in Privathaushaltungen, ungesetzlich der Auftrag an die Polizei, bei richterlich angeordneter Wohnungsausweisung keinen Beistand mehr zu leisten. Völlig ungesetzlich sei auch die Aufsicht bei der Oberpostdirektion, Eisenbahndirektion<sup>279</sup> und beim Polizeipräsidium. Eine Kontrolle von außen her sei alles andere als Demokratie. Post und Eisenbahn besäßen längst gesetzlich vorgeschriebene Beamten- und Arbeitsausschüsse. Ungesetzlich sei auch der auf Antrag der KPD gefaßte Beschluß des AR, über den Kopf der Parteien, der Gewerkschaften und der Bevölkerung hinweg am 13. Juni, dem Tage der Beerdigung Rosa Luxemburgs, einen Generalstreik anzuordnen. Unter den Flugschriften der deutschen Revolution, mit denen Redakteure und freie Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung mit großer Eindringlichkeit und Blickweite zu den Zeitfragen Stellung nahmen, befindet sich auch eine Schrift von Arthur Feiler: Der Ruf nach den Räten.<sup>280</sup> Sie ist vor dem Zusammentritt des 2. Reichskongresses der ARE am 5. April 1919 geschrieben. Das Faszinierende am Rätegedanken sei es, daß er die Menschen in direkte Aktion bringe. Er stelle die Bürokratie kalt. Der Ruf nach den Räten beruhe auf der Sehnsucht des Menschen, aus der Entpersönlichung herauszukommen. Das Repräsentativsystem allein genüge dem Bedürfnis nicht. Bei der SPD habe die Parteibürokratie die Revolution überdauert. Der Kapitalismus habe die alten Gemeinschaften revolutioniert, aber keine neue Gemeinschaften geschaffen. Der Mensch als Individuum sei materiell besser versorgt als früher. Der Mensch als soziales Wesen sei heute so unversorgt wie in keiner Zeit

---

<sup>278</sup> Nach F e i l e r (s. Anm. 280) S. 13 hatten nur die Industriearbeiter das Wahlrecht und auch sie nur, soweit sie Sozialdemokraten waren.

<sup>279</sup> Schon im Jan./Febr. 1919 kam es zu einem Konflikt zwischen der Eisenbahndirektion und dem Verkehrsausschuß des AR, vgl. v. O e r t z e n, Betriebsräte S. 177 f.

<sup>280</sup> Frankfurt a. M. 1919. Feiler war Redakteur der Frankfurter Zeitung.

zuvor. Den größten und wichtigsten Gedanken des Rätessystems hätten dessen deutsche Befürworter bis jetzt fast nur nebenher behandelt. Das sei der „recall“, das Recht der Abberufung seitens der Wähler. So sei es bei der Pariser Kommune von 1871, dem Vorbild Lenins, so sei es in Rußland. Bei uns sei der Rätegedanke viel mehr auf Kontrolle von außen her als auf unmittelbare Tat, auf praktische Mitarbeit gestellt. Hinein in die Verwaltungen der demokratischen Wirtschaft und des demokratischen Staates, das müsse die Losung sein.

Über die Sozialpolitik und das Arbeitsrecht war der erste Frankfurter Polizeipräsident nach der Revolution, Dr. Hugo Sinzheimer, zum Rätegedanken gekommen. Auf dem Parteitag der SPD in Weimar hielt er am 12. Juni 1919 ein großes Referat über den Rätegedanken und die Reichsverfassung<sup>281</sup>, durch das er sich als Rätefachmann seiner Partei auswies. Hier erklärte er, es sei falsch anzunehmen, daß die Rätebewegung, die in den letzten Monaten so mächtig angeschwollen sei, eine künstliche Mache und eine äußerliche Nachahmung des russischen Beispiels sei. Die Massen fänden, daß trotz des Umschwungs in politischer Beziehung ihr sozialer Lebensinhalt sich nicht gewandelt habe. Die das Lebensschicksal bestimmenden Kräfte selbsttätig auf allen Gebieten in der Hand zu haben und zu lenken, sei der innerste Drang, der einen großen Teil der Masse beseele, die dem Rätegedanken folge. Soweit diese Bewegung zu der Forderung nach der Errichtung einer Rätediktatur führe, lehne die SPD sie ab. Man könne nicht mit Gewalt eine neue Wirtschaftsweise aufbauen. Deswegen wolle die SPD den Sozialismus im Wege der Demokratie verwirklichen, die zur Auseinandersetzung mit allen gegnerischen Kräften und zur kritischen Prüfung der eigenen Leistung zwingen. Aber auch in der vollkommensten Demokratie bestehe immer noch die Möglichkeit einer gefährlichen Spannung zwischen der Entwicklung der sozialen Verhältnisse und der politischen Ordnung. Sie bedürfe einer Ergänzung durch eine eigene Wirtschaftsverfassung, damit die wirtschaftlichen Kräfte selbst im Rahmen staatlicher Grundnormen die wirtschaftlichen und organisatorischen Aufgaben lösten. Nicht mehr nur der Lohn, sondern die gesamte Wirtschaft werde auf diese Weise zum Interessengebiet und Tätigkeitsfeld des Arbeiters und erschließe sich seiner Kenntnis und Verantwortung. Diese Differenzierung der Staatsgewalt könne auch zu einer neuen Integrierung, d. h. einer neuen Lebensgesamtform, führen. Sinzheimer war überzeugt, daß die Räteentwicklung nicht auf Deutschland beschränkt bleibe. Die in ihr wirkenden Kräfte seien von internationaler, universalgeschichtlicher Bedeutung, die zu gleichmäßigen Erscheinungen in allen Staaten führen würden oder schon geführt hätten. Er erhoffte sich, daß diese neuen Lebensgemeinschaften dereinst den Machtwillen und Herrschaftsgeist der Staaten binden würden. Sinzheimer hat mit seiner Vorstellung der Räteverfassung nicht nur die Linie der SPD in dieser Frage bestimmt<sup>282</sup>, sondern dadurch auch maßgeblich an dem Artikel 165 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 mitgewirkt, worin für die Arbeiter und Angestellten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen gesetzliche Vertretungen in Betriebsarbeiterräten sowie in nach Wirtschaftsgebieten gegliederten Bezirksarbeiterräten und in einem Reichsarbeitsrat vorgesehen

---

<sup>281</sup> Sozialdemokratische Partei Deutschlands. Protokolle über die Verhandlungen des Parteitages der SPD (Weimar 1919) S. 406 ff., zitiert bei T o r m i n, Zwischen Rätediktatur und sozialer Demokratie S. 122 Anm. 1; A. J. R y d e r, The German Revolution of 1918. A Study of German Socialism in War and Revolt (London 1967) S. 227; v. O e r t z e n, Betriebsräte S. 203, 261. Auch in Hugo S i n z h e i m e r, Das Rätessystem. Zwei Vorträge zur Einführung in den Rätegedanken (Frankfurt a. M. 1919) S. 7 ff.

<sup>282</sup> Sein Standpunkt setzte sich gegenüber dem Antrag von Cohen und Kaliski durch, vgl. auch seine Rede über die praktische Ausgestaltung des Rätegedankens auf der Versammlung der ARe und Funktionäre der Sozialdemokratischen Partei Groß-Berlins am 10. 10. 1919 ( S i n z h e i m e r, Das Rätessystem S. 25 ff.); die von ihm eingebrachte Resolution wurde mit Mehrheit angenommen.

wurden,<sup>283</sup> Für Sinzheimer forderte die Idee der Demokratie, daß nicht nur die Volksgenossen im Staate an der Bildung des Staatswillens, sondern auch alle an der Wirtschaft Beteiligten an der Wirtschaftsführung teilnehmen. Eine proletarische Klassenherrschaft wies er jedoch zurück. Nur der Staat, nicht die AR seien zu Sozialisierungsmaßnahmen berechtigt. Zweifellos wich er darin von der aktiven Gruppe im Frankfurter AR, der ihn zum Polizeipräsidenten bestellt hatte, ab.<sup>284</sup>

Bis zur Wahl des somit verfassungsrechtlich festgelegten Bezirksarbeiterrats entschloß sich der Frankfurter Magistrat zu einer weiteren Zusammenarbeit mit dem AR. Verschiedene Vorfälle zeigten, daß Polizeipräsident Harris nicht imstande war, sich gegenüber unruhigen Elementen durchzusetzen, die durch die Diskrepanz zwischen dem Anspruch des AR und seiner legalen Schwäche begünstigt wurden. Der Reichs- und Staatskommissar für das Ruhrgebiet, Carl Severing, dem dort die friedliche Beilegung des von den Kommunisten angezettelten großen Bergarbeiterstreiks gelungen war, erhielt nun die Sondermission, in Frankfurt Ordnung zu schaffen.<sup>285</sup> Eine Besprechung beim Generalkommando in Bad Nauheim mit dem Oberpräsidenten Schwander, dem stellvertretenden Regierungspräsidenten Coßmann für den unbesetzten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden und dem Frankfurter Oberbürgermeister Voigt ergab Einigkeit über die Absetzung von Harris, die Beseitigung der Präsidialkommission des AR beim Polizeipräsidium und die Belegung Frankfurts mit einer straffen staatlichen Sicherheitspolizei. Nachdem General Mangin die wegen Frankfurts Zugehörigkeit zur neutralen Zone erforderliche Zustimmung gegeben hatte, rückte am 27. September eine Garde-Landesschützenabteilung in Stärke von 650 Mann in Frankfurt ein. Auf Anordnung des Magistrats wurde nun die rote Fahne, die seit dem 13. November 1918 über dem Rathaus wehte, durch Schwarz-Rot-Gold ersetzt. Die SPD trennte sich am 15. November vom AR und ließ damit Harris fallen, der am folgenden Tag seinen Rücktritt erklärte.<sup>286</sup> Ihrem Verlangen, daß der Nachfolger ein Mann aus ihren Reihen sein müsse, wurde entsprochen. Am 22. November trat der Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes, Fritz Ehrler, das Amt des Polizeipräsidenten an.<sup>287</sup> Infolge innerer Uneinigkeit ließ der AR dies geschehen. Dißmann hoffte noch auf dessen Weiterbestehen als Kampforgan. In einem Flugblatt Mitte November 1919:

---

<sup>283</sup> Bericht und Protokolle des Achten Ausschusses (der Nationalversammlung) über den Entwurf einer Verfassung des Deutschen Reichs (1919) S. 393 ff.; Stenographische Berichte über die Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung (1919) S. 1749 ff. Nach Gerhard A n s c h ü t z (Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. Aug. 1919. Ein Kommentar für Wissenschaft u. Praxis, 11. Aufl. Berlin 1929 S. 640 f.) stellten Sinzheimers Ausführungen in ihrer wissenschaftlichen Gründlichkeit und ruhigen Sachlichkeit wohl das Beste dar, was über Geist und Inhalt des Art. 165 gesagt worden ist. Es ist bemerkenswert, daß Toni S e n d e r S. 166 die Bedeutung dieser Bestimmungen sehr positiv beurteilt.

<sup>284</sup> Vgl. die Kritik am Betriebsrätegesetz durch Dißmann im Okt. 1920. Für ihn waren die Räte Organe des proletarischen Klassenkampfes. Er forderte für sie ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht, vgl. v. O e r t z e n, Betriebsräte S. 370 f.

<sup>285</sup> Vgl. Carl S e v e r i n g, 1919/1920 im Wetter- und Watterwinkel (Bielefeld 1927) S. 233 f. Anlaß zu dieser Aufgabe gab, daß wegen Unruhen in der Siegerländer Eisenindustrie, die jedoch friedlich geschlichtet wurden, Severings Vollmacht Mitte 1919 auf den Bereich des 18. Armeekorps ausgedehnt wurde.

<sup>286</sup> D r ü n e r S. 388.

<sup>287</sup> 1925 wurde er Regierungspräsident in Wiesbaden, vgl. M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 417; der s., Hundert Jahre Regierungsbezirk Wiesbaden, in: Nass. Annalen 77 (1966 S. 289-303) S. 294 f., 300.

„Frankfurter Arbeiter und Arbeiterinnen! Was geht vor?“ warf die USP der SPD vor, im Herzen nie bei der revolutionären Sache des Proletariats gewesen zu sein. Am 6. Januar 1920 beschloß die Stadtverordnetenversammlung, sich gemäß dem Erlaß des Innenministeriums vom 3. Juni 1919<sup>288</sup> der Kontrolle durch den AR endgültig zu entziehen.<sup>289</sup> Da der USP die beschränkte Rolle des AR als Vertretung lediglich sozialpolitischer Interessen gleichgültig war, bewirkte sie dessen Selbstauflösung, indem sie im Januar 1920 die letzte Position im Lebensmittel- und Wohnungsamt aufgab.

## Zusammenfassende Würdigung

### III

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun, einer der fähigsten Staatsmänner der SPD in der Weimarer Zeit, hat auf die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Republik geantwortet: Versailles und Moskau.<sup>290</sup> Auch für Scheidemann war der Zusammenbruch erst mit dem Vertrag von Versailles vollendet.<sup>291</sup> Versailles war die Folge der militärischen Niederlage. Aber die Sozialdemokraten und die bürgerlichen Demokraten hatten doch gehofft, daß der jungen Demokratie ein Verständigungsfriede und eine faire Chance zugestanden würde. In der Stimmung des ersten Revolutionssonntags, des 10. November 1918, kam diese Belastung der neuen Gewalten bereits zum Ausdruck. In die allgemeine frohe Bewegung bei warmer, fast frühlingsmäßig milder Luft, die an die Märztage von 1848 erinnern mochte, tönte nachmittags niederschmetternd von den Nachrichtenbüros der Zeitungen der Schreckensruf der Waffenstillstandsbedingungen hinein.<sup>292</sup> Hatte die Friedenssehnsucht wie eine Sturzwelle zur Revolution mit ihrer Hoffnung auf Völkerbund und Völkerversöhnung geführt, so brach zugleich mit ihr aus gefährlichem Erbe eine neue nationalistische Strömung in dem bisher waffenstärksten Volk hervor, die in dem Flaggenstreit und der Doldistoßlegende zur unseligen Spaltung der Nation führte.<sup>293</sup>

Eine nicht geringere Belastung der deutschen Revolution von 1918/19 bildete der Komplex „Moskau“. Zu den weitsehenden Menschen, die trotz des blutigen Terrors der Kommunisten die geschichtliche Bedeutung des Neuen in Rußland erkannten, gehörten aus unserer Landschaft Graf Hermann Keyserling

---

<sup>288</sup> K o l b, Arbeiterräte S. 273.

<sup>289</sup> D r ü n e r S. 391.

<sup>290</sup> Otto Braun, Von Weimar zu Hitler (Hamburg 1949) S. 5

<sup>291</sup> Scheidemann, Der Zusammenbruch S. 242f. (hier als „Schandvertrag“) und 251.

<sup>292</sup> D r ü n e r S. 337f. Das Wiesbadener Tagblatt Nr. 528 vom 11. 11. 1918, Abendausgabe, berichtet, die Meldung über die Waffenstillstandsbedingungen sei am 10. 11. um 4 Uhr nachmittags in die Massen wie eine Bombe eingeschlagen. Bestürzung und Schmerz malten sich auf vielen Gesichtern, und vor grimmiger Wut über diese wahnwitzigen Zumutungen wußte mancher nicht, was er sagen sollte“. Vgl. auch Toni Sender S. 118.

<sup>293</sup> Die Wiesbadener Zeitung Nr. 561 vom 3. 11. 1918, Morgenausgabe gab dem Buhlen mit dem Ausland und der Internationale die Schuld, daß der deutschen Nation plötzlich die Kräfte versagten. Weite Kreise unseres Volkes hätten ihr gehuldigt „unter Verkennung oder absichtlichen Beiseiteschiebung des Einzigen, was einem Volke Selbstvertrauen, Kraft und Zuversicht geben kann, des Bewußtseins vom Werte der eigenen Rasse“.

in Darmstadt<sup>294</sup> und der aus Wiesbaden gebürtige Alfons Paquet, der die ersten Monate der bolschewistischen Revolution in Moskau als Berichterstatter der Frankfurter Zeit erlebte und in diesem Blatt von seinen Eindrücken berichtete. Ihm erschien der Bolschewismus als eine wilde Kampfansage an die ganze mammonistisch durchorganisierte Welt. Die russische Räteverfassung war für ihn nach dem Kommunistischen Manifest von 1848 die zweite gewaltige Geschichtsurkunde des Sozialismus, ein unvergängliches geistiges Faktum, eine unzerstörbare Idee.<sup>295</sup> Für die Politiker in Deutschland stellte sich die Lage jedoch ganz anders dar. Lenins Politik zielte in Fortbildung der marxistischen Theorie von Anfang an nicht nur auf eine bolschewistisch-sozialistische Gesellschaft in Rußland, sondern auf die Weltrevolution. Dabei setzte er seine Hoffnung auf Deutschland, das die bestorganisierte sozialdemokratische Partei besaß. Die Revolutionierung Deutschlands war für Rußland aber zugleich ein Gebot der Staatsräson, da es durch die Verteidigung am Rhein sich von dem Druck der Entente zu befreien hoffte, die zugunsten der antibolschewistischen Kräfte mit Waffengewalt in den russischen Bürgerkrieg eingriff. Die sowjetische Staatsführung mischte sich daher in die innerdeutschen Angelegenheiten ein.<sup>296</sup> Die russische Botschaft wurde zum Hauptquartier der bolschewistischen Agitation.<sup>297</sup> Berichte der deutschen Gesandtschaften aus den Haag, Bern und Stockholm zeigten, daß die Entente mit einer bürgerlich-sozialistischen Republik zusammenarbeiten, bei einem Anwachsen des Bolschewismus jedoch einschreiten werde.<sup>298</sup>

Die Abwehrhaltung der SPD gegen das bolschewistische Rußland beruhte aber auch auf ihrem freiheitlich-demokratischen Bewußtsein und auf ihrer Einsicht in die Andersartigkeit der sozialen, wirtschaftlichen und innerpolitischen Verhältnisse. In Deutschland gab es ein starkes Bürgertum, das sich bei der Umwälzung zwar passiv verhielt, sich aber bald darauf durch seine Presse und in den Parteien zu Wort meldete. Die Fortschrittliche Volkspartei bemühte sich sogleich, durch rückhaltloses Bekenntnis zur Republik und zum sozialen Gedanken der Umwälzung gerecht zu werden?<sup>299</sup> Wenn sie

---

<sup>294</sup> Graf Hermann Keyserling, Politik, Wirtschaft, Weisheit (Darmstadt 1922) bes. S. 111 (Ausspruch von 1920): „Schon heute kann man sagen, daß die (räte-) russische Ideologie die wahre moralische Macht Europas ist“.

<sup>295</sup> ) Vgl. den Bericht über seinen Vortrag in Frankfurt vom 13. 1. 1919 in Frankfurter Zeitung Nr. 36 vom 14.1.1919, vgl. ferner Alfons Paquet, Aus dem bolschewistischen Rußland (Frankfurt a. M. 1919 [Auswahl seiner Artikel in Frankfurter Zeitung vom 20. 8. 1918 bis Anfang Januar 1919]); ders., Der Geist der russischen Revolution (Leipzig 1919).

<sup>296</sup> Ritter-Miller S. 267f., 286f.

<sup>297</sup> E. H. Carr, The Bolshevik Revolution 1917-23 (1-111 London 1950/53) S. 76; Ryder S. 130, 131 Anm. 2.

<sup>298</sup> Ritter-Miller S. 279.

<sup>299</sup> Eine Versammlung der Fortschrittlichen Volkspartei in Frankfurt am 13. 11. 1918 erklärte, es gelte, eine soziale, nicht eine sozialistische Republik zu errichten. Die Partei müsse ihr Programm revidieren. Sie könne mit der Sozialdemokratie ein großes Stück zusammengehen (Frankfurter Zeitung Nr. 316 vom 14. 12. 1918, 2. Morgenblatt). Der demokratische Volksausschuß des Fortschrittlichen Volksvereins in Frankfurt unter Bürgermeister Dr. Luppe sammelte die unbedingt demokratisch gesinnten, vom sozialen Geist erfüllten Männer Frankfurts um Grundlinien eines Programms, das er in der Frankfurter Zeitung Nr. 317 vom 15. 11. 1918, 2. Morgenblatt veröffentlichte. Auf dieser Grundlage wurde der Zusammenschluß im Regierungsbezirk Wiesbaden betrieben (ebenda Nr. 320 vom 18. 11.,

auch eine Einigung des liberalen Bürgertums auf dem Boden der neuen Deutschen Demokratischen Partei erhoffte, so grenzte sie sich doch klar von jenen nationalliberalen Persönlichkeiten ab, die sich im Kriege durch annexionistische Politik exponiert hatten. Insbesondere der Frankfurter Ortsverein hat' bei dieser inneren Erneuerung führend mitgewirkt. Die Fortschrittspartei konnte aufrichtig die Revolution begrüßen. Hatte sie doch seit langem die Neugestaltung der politischen Verhältnisse auf demokratischer Grundlage gefordert und den Alldeutschen und der Vaterlandspartei schärfsten Kampf angesagt.<sup>300</sup> Eine kraftvolle republikanische Sprache findet sich bei dem Hauptschriftleiter A. Hegerhorst des demokratischen „Wiesbadener Tagblatts“ freilich nicht.<sup>301</sup> Bei dem Zentrum und der Deutschen Volkspartei, in der die Nationalliberale Partei des Kaiserreichs fortlebte, beruhte die Bejahung der republikanischen Staatsform nur auf Abfindung mit der vollendeten Tatsache. Sie vollzogen zwar den Schritt zum neuen Volksstaat, lehnten aber die Revolution scharf ab. Während die „Wiesbadener Zeitung“ als Organ der Nationalliberalen bzw. Deutschen Volkspartei unter ihrem Hauptschriftleiter Bernhard Grothus im allgemeinen sich wenigstens Zurückhaltung in der Kritik auferlegte,<sup>302</sup> standen die Mitglieder des Zentrums in Wiesbaden unter einem noch ungünstigeren publizistischen Einfluß. Denn der politisch aktive, rechts stehende Redakteur Dr. Geueke der „Rheinischen Volkszeitung“ bedachte zunächst die Monarchie weiter mit Lobeserhebungen und schob in gehässiger Weise der Revolution alle Not der Kriegsfolgen in die Schuhe.<sup>303</sup> Aber auch außerhalb der Parteien begann sich das Bürgertum zu

---

Morgenblatt). Im Anschluß an den Aufruf der Berliner Zentrale vom 16. 11. erfolgte vom 19. bis 25. 11. in Hanau (19.), Darmstadt (20.), Frankfurt (22.) und Wiesbaden (25. 11.) der Übertritt der einzelnen Ortsvereine der Fortschrittspartei zu der in Berlin gegründeten Demokratischen Partei mit entschiedenem republikanischem Standpunkt. Der Landesparteitag für Nassau in Wiesbaden am 7. 12. war einmütig gegen die Aufnahme nationaler oder anderer rechtsstehender Organisationen (ebenda Nr. 339 vom 7. 12. 1918, Abendblatt).

<sup>300</sup> Vgl. die Frankfurter Zeitung Nr. 35 vom 4. 2. 1918 über den Landesparteitag der Fortschrittlichen Volkspartei in Nassau-Frankfurt zu Wiesbaden.

<sup>301</sup> Die Abdankung des Kaisers und Kronprinzen begrüßte er als das Ende des preußisch-deutschen Obrigkeitsstaates (Wiesbadener Tagblatt Nr. 526 vom 9. 11. 1918, Abendausgabe). Wir seien das Opfer des preußischen Herrschaftssystems geworden, das jetzt zusammengebrochen sei (ebenda Nr. 528 vom 11. 11. 1918). Entgegen dem Landesparteitag vom 7. 12. war der Wiesbadener Wahlverein zu Konzessionen an die Nationalliberalen bereit (ebenda Nr. 574 vom 9. 12. 1918). Hegerhorst trat weiter für ein Kompromiß nach rechts ein, um eine Front gegen die SPD zu schaffen (vgl. ebenda Nr. 583 vom 14. 12. 1918), während die DDP eine Listenverbindung zur Wahl ablehnte. Eine mehr der DDP als der DVP verwandte Haltung nahmen die den Charakter eines Generalanzeigers tragenden Wiesbadener Neuesten Nachrichten unter ihrem Schriftleiter Fritz Ehrhard ein. Am 9. 11. 1918 (Nr. 263) schrieben sie, wie schwer müsse doch am deutschen Volk als dem geduldigsten aller Völker gesündigt worden sein, daß der Geist der Revolution, die gewaltsame Beseitigung der bisherigen Gewalten, bei ihm die Oberhand habe gewinnen können. Die Einigung des Bürgertums sollte unter Schaffung einer wahren Volksregierung unter den alten Farben schwarz-rot-gold erfolgen (ebenda Nr. 286 vom 7. 12. 1918).

<sup>302</sup> Die Wiesbadener Zeitung fand, daß die Mitglieder des Wiesbadener AuSR allen die volle Freiheit der Meinungsäußerung zugestanden hätten, aber entschlossen seien, die Aufreizung zur Gegenrevolution zu verhindern oder zu verfolgen (Nr. 588 vom 18. 11. 1918, Morgenausgabe). Sie wollte den kleinen Schritt von der Anerkennung bis zur Mitarbeit und Ausgestaltung des neuen Staatswesens vollziehen (vgl. Nr. 590 vom 19. 11. und Nr. 595 vom 22. 11. 1918).

<sup>303</sup> Das Blatt ähnelte in seiner nationalistisch-konservativen Einstellung der Kölnischen Volkszeitung. In Nr. 264 vom 12. 11. 1918 erklärte Dr. Geueke, daß Deutschlands letzter Kaiser „als einer der bedeutendsten Herrscher in der Geschichte leben wird“. Er bezeichnete sich als einen überzeugten



regen. Am 28. November tagte in Mainz auf Einladung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins eine stark besuchte Versammlung von Industriellen und Gewerbetreibenden, bei der auch der Regierungspräsident von Meister und der Vorsitzende der Wiesbadener Handelskammer anwesend waren. Hauptzweck war der Zusammenschluß der Industrie des künftigen Besatzungsgebiets zur möglichst einheitlichen Vertretung gegenüber den amtlichen Stellen wie gegenüber der Arbeiterschaft.<sup>304</sup> Sowohl in Frankfurt wie in Wiesbaden bildete sich ein überparteilicher Bürger- oder Volksausschuß, der als ein politisches Gegengewicht gegen die Sozialdemokratie und die durch die Revolution geschaffene Macht der Arbeiter gedacht war.<sup>305</sup>

Wenn die Frankfurter Zeitung angesichts der spartakistischen Unruhen meinte, die Innenpolitik des Reiches stünde vor der Entscheidung: Deutschland oder Rußland, sah sie im Bolschewismus nur den utopischen Radikalismus der Gewalt, wies dagegen Deutschland als einem Pionier der Sozialpolitik die Idee der sozialen Gerechtigkeit und der Freiheit zu.<sup>306</sup> Das Verhältnis der Arbeiterschaft zum deutschen Staat hatte daher nicht die gespannte Schärfe wie das der Bolschewisten zu der brutalen zaristischen Autokratie. Bemerkenswert ist etwa, daß schon vor der Revolution in allen Landgemeinden des Regierungsbezirks Wirtschaftsausschüsse zur Zusammenarbeit mit den Behörden in der Lebensmittelversorgung bestanden<sup>307</sup> und daß die Fabriken zum Teil schon die Einrichtung von

---

Monarchisten und sah keine Veranlassung, seinen prinzipiellen Standpunkt zu ändern. Von der deutschen Republik, die Scheidemann proklamiert habe, könne selbstverständlich keine Rede sein. Denn über die Verfassung habe die konstituierende Versammlung zu entscheiden. Die scharfe Durchführung des sozialdemokratischen Kirchen- und Schulprogramms in Preußen durch Adolf Hoffmann von der USP (vgl. R i t t e r - M i l l e r S. 252 ff.) erstickte den häuslichen Streit innerhalb des Zentrums ( M o r s e y, Zentrumsparlei S. 80 Anm. 11, S. 83, 132 ff.) und verhalf der Partei zu einer weite katholische Kreise mitreißenden Bewegung. Der Wahlkampf wurde mit großer Heftigkeit gegen die Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf deren Spaltung in drei Gruppen und auf die maßvollere Haltung der SPD geführt. Dr. Geueke zeichnete sich dabei durch besonders heftige Angriffe aus, beginnend mit dem Leitartikel in Nr. 268 vom 16. 11. Am 19. 11. (in Nr. 270) erklärte er, Tausende von Bürgern sähen mit freudigem Erwarten dem Augenblick entgegen, wo eine feindliche disziplinierte Truppe der Regierung der AuSRe ein Ende bereite. Seit den Tagen des Kulturkampfes sei die Begeisterung für die Zentrumsideale nicht mehr so groß gewesen wie gegenwärtig. In blinder Einseitigkeit sprach Dr. Geueke davon, daß die Revolution „an allem schuld“ sei (in Nr. 285 vom 7. 12.), daß sie „nur Unglück für das deutsche Volk gebracht“ habe (in Nr. 297 vom 21. 12.). Doch fügte die Zeitung sich dann in das demokratische System, indem sie im Wahlkampf das Zentrum als lebenswahres Abbild des ganzen deutschen Volkes pries (Nr. 5 vom 7. 1. 1919).

<sup>304</sup> Wiesbadener Zeitung Nr. 607 vom 29. 11. 1918.

<sup>305</sup> Der „Volksausschuß der Berufs- und Erwerbsstände Wiesbadens“ wurde am 2. 12. 1918 begründet. Er setzte sich aus Vertretern von etwa 90 bürgerlichen Vereinigungen zusammen, die auf je 50 Mitglieder einen Vertreter in den Ausschuß entsandten. Den Vorsitz hatte Albert Sturm, der zur DDP gehörte. Schriftführer war der Vorsitzende des Kaufmännischen Vereins, Heinrich Glücklich (HStAW 405, 2778, Bericht des Polizeipräsidenten an den Regierungspräsidenten vom 27. 12. 1918; Wiesbadener Zeitung Nr. 619 vom 5. 12. und Nr. 627 vom 10. 12., Abendausgabe.) Über den Zusammenschluß aller bürgerlichen Berufsstände in Frankfurt vgl. die Frankfurter Zeitung Nr. 341 vom 9. 12. 1918, Morgenblatt.

<sup>306</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 48 vom 18. 1. 1919.

<sup>307</sup> M ü l l e r, Preußischer Adler und Hessischer Löwe S. 182. Beim stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps in Frankfurt wurde während des Krieges ein

Arbeiterausschüssen kannten.<sup>308</sup> Daß die Oberste Heeresleitung und die Beamtenschaft sich sogleich der Revolution im Interesse des gemeinsamen Vaterlandes zur Verfügung stellten, tat ein übriges, um die revolutionäre Stimmung mit dem Augenblick des Friedensschlusses in Ermangelung eines deutlichen Gegners bei der breiten Masse erkalten zu lassen. Denn nun erhob sich neben dem Problem der Demokratisierung und Sozialisierung die Riesenaufgabe der Erhaltung staatlicher Ordnung, um die Demobilisation des Heeres und den wirtschaftlichen Wiederaufbau unter dem Druck der harten Waffenstillstands- und Friedensbestimmungen so rasch wie möglich durchzuführen.<sup>309</sup>

Dies alles erklärt aber noch nicht völlig, warum die AuSRe, die im Augenblick der Auflösung der alten Gewalten den improvisierten Rahmen einer neuen Ordnung schufen und dem Staat einen Autoritätsersatz gaben, als politische Institution wieder verschwanden, so daß der Eindruck einer Liquidation der Revolution entstehen konnte. Die so verschiedenartige Entwicklung der Räte in Wiesbaden, Darmstadt, Hanau und Frankfurt führt uns auf den letzten Grund. Aufschlußreich ist die Mahnung des Zentralrates der AuSRe in Kassel unter ihrem Vorsitzenden Grzesinski, dem späteren Berliner Polizeipräsidenten, an den eigenmächtigen AuSR in Schlüchtern. Demokratie heiße auch ein- und unterordnen. Wenn wir aus der Misere der vielen monarchischen Bundesstaaten mit den oft grundverschiedenen Verwaltungseinrichtungen nun glücklich heraus seien, so wollten wir doch nicht an Stelle des alten überwundenen Systems ein noch viel unübersichtlicheres, noch weniger ineinandergreifendes, gar gegeneinander arbeitendes neues System schaffen.<sup>310</sup> Die Uneinigkeit innerhalb der Sozialdemokratie, ihre Spaltung in SPD, USP und Spartakusbund, hatte wesentlichen Anteil an dieser Verkümmern der Räte. Die zahlenmäßig weitaus schwächste Gruppe unter Liebknecht belastete die neue Institution schon am Revolutionstage des 9. November mit der Lenin nachgesprochenen Forderung: „Alle Macht den Räten“, an deren Unerfüllbarkeit die Mitarbeit scheitern mußte. Die Zielsetzungen der drei aus der Vorkriegs-Sozialdemokratie hervorgegangenen Parteien erwiesen sich als unvereinbar.<sup>311</sup> Es liegt eine Tragik darüber, daß die USP zwischen SPD und KPD zerrieben wurde. Auch unsere Landschaft bietet dafür in den zwei bedeutendsten Vertretern der Frankfurter USP Beispiele. Auf Toni Sender lastete es noch in der Emigration 1939 wie ein Alptraum, daß die USP auf der Konferenz in Halle im Oktober 1920 durch die Unterwerfung unter die Moskauer Forderung zerbrach und die Minderheit, zu der auch sie gehörte, in ihrem Kampf für Freiheit des Denkens in Partei und Gesellschaft unterlag.<sup>312</sup> Robert Dißmann erscheint in den Augen der

---

Beratungsausschuß für die Nahrungsmittelverteilung gebildet, in dem die SPD mit einem Reichstags- und einem hessischen Landtagsabgeordneten vertreten war, vgl. A d e l u n g S. 165 f.

<sup>308</sup> Die Frankfurter Zeitung Nr. 351 vom 19. 12. 1918, 1. Morgenblatt stellte fest, daß überall da, wo rechtzeitig auf ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer hingearbeitet wurde und wo Arbeiterausschüsse und ein Stamm von bewährten Kräften mit dem Werk seit langem verbunden waren, auch die gegenwärtigen schweren Zeiten leichter überstanden werden.

<sup>309</sup> Auch bei der USP waren sich führende Mitglieder darüber im klaren, daß dafür eine möglichst große Kontinuität der industriellen Entwicklung nötig sei, vgl. die Äußerung von Haase bei Toni S e n d e r S. 89.

<sup>310</sup> StAM 165, 6787.

<sup>311</sup> Hierin erblickt R y d e r den Schlüssel für das Scheitern der Revolution.

<sup>312</sup> Toni S e n d e r S. 173 ff.

Kommunisten als Verräter<sup>313</sup>, obwohl er von Jugend an aufopfernd für die Arbeiterbewegung tätig war. Bei Auflösung der USP traten beide zur SPD über.<sup>314</sup>

Indem die Räte als ein Kampfmittel gegen die führende Stellung der SPD benutzt wurden, mußte sich deren Abneigung gegen jene neue dritte Gewalt neben Parlament und Gewerkschaften steigern. Die Räte haben daher in der Revolution keine gesetzlich gesicherte Stellung als politische Institution erlangt.<sup>315</sup> Die Regierung trat ihren z. T. recht summarischen Geldforderungen mit dem Maßstab strenger Sparsamkeit entgegen und verstärkte dadurch die Wirkung der einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen auf dem Verwaltungswege. Zweifellos hat sie damit die Räte von den alten Behörden abhängig gemacht, die den Räten bald jeden Nutzen absprachen.<sup>316</sup> Auch in der Frage einer gebietlichen Neugliederung Deutschlands brachte die Revolution keine Lösung. Durch den Wegfall der Monarchie war auch die Klammer zwischen Preußen als deutscher Hegemonialmacht und dem Reich fortgefallen. Ein einheitliches Preußen konnte als Hindernis für die republikanische Staatsform Deutschlands erscheinen.<sup>317</sup>

---

<sup>313</sup> Die Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution S. 483 gibt ihm die Schuld für das Versenden des Generalstreiks in Württemberg während des Kampfes gegen den Kapp-Putsch; vgl. auch v. O e r t z e n, Betriebsräte S. 186.

<sup>314</sup> Schwarz, MdR S. 637 und 760.

<sup>315</sup> Das preußische Ministerium des Innern lehnte am 1. 11. 1922 in Auseinandersetzung mit Reichsgerichtsentscheidungen die Haftpflicht des Staates für Handlungen des AuSR ab (StAM 165, 1225). Wenn es auch zutreffend sein möge, daß durch die Novemberrevolution 1918 eine neue oberste Reichsgewalt zur Entstehung gekommen sei und wenn auch stellenweise lokale AuSRe vorübergehend die tatsächliche Gewalt beansprucht und innegehabt haben möchten, so könne doch von einer einheitlichen, auf dem lokalen Unterbau der AuSRe ruhenden Reichsräterepublik zu keiner Zeit die Rede sein. Dazu seien die Räte namentlich in Preußen auch völlig unzulänglich gewesen. Die Zahl ihrer Mitglieder und die Grenzen ihrer Zuständigkeit seien unregelt gewesen. An einigen Stellen hätten sie den gesamten Geschäftsbereich der Behörde überwacht, mitgezeichnet oder auf dem; Gebiet der Demobilmachung und der Lebensmittelversorgung sogar eine umfassende selbständige Tätigkeit entfaltet, an andern Stellen nur wichtige Verfügungen oder solche politischen Inhalts gezeichnet, sich auf gelegentliche Rücksprachen mit dem Vorstand der Verwaltungsbehörden beschränkt oder sich jeder Zusammenarbeit mit den Behörden enthalten. Nirgends sei den AuSRe vollziehende Gewalt zugestanden worden. - Daher lehnte das Innenministerium am 26. 2. 1921 entsprechend einem Bescheid des Wiesbadener Regierungspräsidenten auch die Haftung des Staates für eine angebliche Mißhandlung durch den Frankfurter Marinesicherheitsdienst ab, da diese Organisation ihre Befugnisse nur vom AuSR übertragen erhalten habe und keine militärische Organisation gewesen sei (HStAW 405, 5774).

<sup>316</sup> Der Landrat in Bad Schwalbach erklärte im Bericht vom 23. 1. 1919 an den Regierungspräsidenten (und ähnlich schon am 16. 12. 1918), der von den AuBRe ausgeübte Einfluß trete bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen äußerst ungünstig in Erscheinung (HStAW 405, 6360). Der Landrat in Usingen behauptete am 11. 1. 1919, die AuBRe hätten bei der Mithilfe zur Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse versagt (HStAW 405, 6336). Ähnlich äußerte sich am 23. 1. 1919 der Landrat zu Marienberg und am 22. 2. 1919 der Landrat zu Montabaur. Der Landrat zu Diez wies in seinem Bericht an die Regierung vom 14. 1. 1919 darauf hin, daß er bereits immer bestimmte Landwirte zur Beratung von landwirtschaftlichen Gegenständen zugezogen habe. Die Tätigkeit der SAuBRe sei „von größtem zersetzenden Einfluß gewesen, da eben alles raten, aber nicht arbeiten wollte“ (ebenda). Diese Bemerkung zeigt, in welcher schiefen Lage sich die Räte befanden, da ihnen das Recht der Exekutive nicht zustand.

<sup>317</sup> Vgl. die Pläne und Ausführungen von Hugo Preuß bei Huber III S. 28ff.; Ritter-Miller S. 331 ff.

Eine föderative Ordnung, die auf das Reich die bisher Preußen zustehenden Vorrechte übertrug, sollte auch den Anschluß Deutsch-Osterreichs ermöglichen, der damals auf beiden Seiten betrieben wurde. Doch die Pläne der Gebietsreform überschritten sich. In Frankfurt wurde der Plan eines AuSR für das Wirtschaftsgebiet um Frankfurt in Anlehnung an den Bereich des 18. Armeekorps betrieben<sup>318</sup>, der bei einem Erfolg vielleicht weitergehende Folgen hätte haben können. In Kassel und Gießen gab es Kreise, die eine Zusammenlegung des bisherigen Großherzogtums Hessen-Darmstadt mit der preußischen Provinz Hessen-Nassau zu einem Freistaat Hessen erstrebten.<sup>319</sup> Im Rheinland mißbrauchte der Separatismus den antipreußischen Gedanken der gebietlichen Autonomie mit der Errichtung der Rheinischen Republik in Wiesbaden durch Staatsanwalt Dr. Dorten.<sup>320</sup> Aber auch der neue hessische Ministerpräsident in Darmstadt erwog im Juni 1919 den Plan, die Abschnürung des rheinischen Gebiets infolge der französischen Besatzung durch einen deutschen Bundesstaat zu überwinden, der die Gebiete links und rechts des Rheins miteinander verband.<sup>321</sup> Die Neugliederungspläne wurden zu einer Gefahr für die Reichseinheit. Es ist das Verdienst vor allem der Sozialdemokratie im Reich und in den Ländern, die Reichseinheit gewahrt zu haben.<sup>322</sup>

Die ökonomische Lage und soziale Gliederung Deutschlands machte 1918/19 die Umwandlung in ein völlig sozialistisches Gemeinwesen unmöglich.<sup>323</sup> Es gehörte staatsmännische Mäßigung und Größe dazu, der sozialen Republik und den Revolutionszielen „Friede, Freiheit, Brot“<sup>324</sup> auf dem schmalen Gratwege der Verbindung demokratischer und rechtsstaatlicher Erfordernisse entgegenzugehen. Das Vertrauen auf die demokratische Vernunft beruhte auf dem sozialdemokratischen Gedanken der

---

<sup>318</sup> Frankfurter Zeitung Nr. 321 vom 19. 11. 1918, 2. Morgenblatt.

<sup>319</sup> Fritz S t ü c k, Freistaat Hessen! Ein Mahnwort (2. Aufl. Kassel 1919; die erste Auflage trat am 20. 12. 1918 in die Öffentlichkeit).

<sup>320</sup> Herbert M ü l l e r - W e r t h, Die Separatistenputsche in Nassau unter besonderer Berücksichtigung des Stadt- und Landkreises Wiesbaden, in: Nass. Annalen 79 (1968) S. 245-328. Die Pläne Dortens fanden weitgehend publizistische Unterstützung seitens des Chefredakteurs der Rheinischen Volkszeitung Dr. Geueke,, der daraufhin am 11. 3. 1923 aus der Zentrumsparterie ausgeschlossen wurde ( M ö r s e y, Zentrumsparterie S. 506 Anm. 17). Bei einer Kritik seiner Haltung darf man nicht übersehen, daß sein Motiv nicht etwa Franzosenfreundlichkeit, sondern der Haß gegen die neue revolutionäre Gewalt in Berlin war. Dabei spielten übereilte Maßnahmen zur Trennung von Staat und Kirche ebenso wie die Besorgnisse einer radikalen Sozialisierung eine Rolle, vgl. auch F. B r ü g g e m a n n, Die Rheinische Republik. Ein Beitrag zur Geschichte und Kritik der rheinischen Abfallbewegung während des Waffenstillstandes im Jahr 1918/19 (Bonn 1919) S. 37 f.

<sup>321</sup> Paul K l u k e, Ein Dokument über großhessische Umgliederungspläne im Sommer 1919, in: Festgabe für Paul Kirn zum 70. Geburtstag, hrsg. von Ekkehard Kaufmann (Berlin 1961) S. 234-244, bes. S. 240 ff.

<sup>322</sup> Ritter-Miller S. 342ff.

<sup>323</sup> Eduard Bernstein, Die deutsche Revolution, ihr Ursprung, ihr Verlauf und ihr Werk. I. [und einziger] Bd. (Berlin-Fichtenau 1921) S. 197. Dies Urteil eines führenden Mannes der USP darf als beweiskräftig gelten.

<sup>324</sup> N o s k e, Von Kiel bis Kapp, S. 186. Das Schwanken im Urteil über Noske zwischen der Meinung, er sei einer der „wichtigsten und besten Männer“ der SPD gewesen (Herzfeld, Geschichte in Gestalten III, 1963 S. 232) und dem Vorwurf seiner Arbeiterfeindlichkeit (beispielhaft: Heinrich H a n n o v e r und Elisabeth H a n n o v e r, Politische Justiz 1918-1933, Frankfurt a. M. 1966 S. 44) gibt zugleich einen Hinweis auf die Schwierigkeit eines abschließenden Urteils über die Revolution.

gewaltlosen Revolution, dessen hohe Bedeutung angesichts der gewaltpolitischen deutschen Neigungen vor 1918 und ab 1933 erst in ihrem vollen Umfang zu ermessen ist. Nur auf dieser Bahn konnte der Schritt von der roten Fahne zu den neuen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold gelingen, die schon in den Demonstrationen der Revolutionstage in Erinnerung an 1848 und an die Brüder in Deutsch-Osterreich mitgeführt wurden.<sup>325</sup> Es bleibt freilich eine kaum aufhebbare Polarität zurück. Schon der Darmstädter Georg Büchner formulierte sie 1835 in seinem Revolutionsdrama „Dantons Tod“. Der gemäßigte Deputierte des Nationalkonvents, Hérault-Séchelles, erklärt: „Die Revolution ist in das Stadium der Reorganisation gelangt. Die Revolution muß aufhören, und die Republik muß anfangen“. Robespierre entgegnet: „Die Revolutionsregierung ist der Despotismus der Freiheit gegen die Tyrannei. . . Die soziale Revolution ist noch nicht fertig. Wer eine Revolution zur Hälfte vollendet, gräbt sich selbst sein Grab.“<sup>326</sup> Die Auseinandersetzung zwischen der SPD und der Spartakusgruppe als äußerstem linken Flügel der alten Sozialdemokratie von 1918/19 wirkt seit 1945 in der Spaltung Deutschlands fort. Die Unfertigkeit der Weimarer Republik in dem nicht überwundenen Gegensatz der alten und neuen

---

<sup>325</sup> In Hanau (S c h n e i l b a c h e r S. 17) und in Frankfurt (seitens der Praunheimer Bürgerwehr, D r ü n e r S. 339) wurde dem Demonstrationzug am Revolutionssonntag des 10. 11. 1918 die Freiheitsfahne von 1848 vorangetragen. Die den Anschluß an Deutschland erstrebende Bewegung in Osterreich sammelte sich unter dem schwarz-rot-goldenen Banner, vgl. Frankfurter Zeitung Nr. 302 vom 31. 10. 1918, Abendblatt.

<sup>326</sup> ) Georg B ü c h n e r ' s Werke und Briefe (Leipzig 1949) S. 11, 19 und 27; zitiert in Frankfurter Zeitung Nr. 45 vom 17. 1. 1919.

staatstragenden Kräfte<sup>327</sup> regt nicht nur zum gedanklichen Eindringen in die Grundprobleme des staatlichen Lebens an, sondern mahnt zu der Einsicht, daß Demokratie verpflichtet, daß sie allein von

---

<sup>327</sup> Es können nur einige Punkte berührt werden. Im Kriege war die liberale Wirtschaftsordnung trotz aller kriegswirtschaftlichen Maßnahmen im Prinzip nicht aufgehoben worden (Wolfgang j. M o m m s e n in Histor. Ztschr. 207, 1968 S. 139 ff. in Besprechung von Gerald D.

F e l d m a n n, Army, Industry and Labour in Germany 1914-1918, Princeton/New Jersey 1966). Der SPD fehlte ein realistischer Sozialisierungsplan. Ihr marxistischer Flügel hielt am Klassenkampfgedanken fest, vgl. Klaus M e y e r, Hermann Heller. Eine biographische Skizze, in: Politische Vierteljahresschrift 8 (1967) S. 305 Anm. 72.

Die Studentenschaft wollte in ihren besten Kräften aus dem Turm eines akademischen Kastenwesens heraus und dem Volk außerhalb der bürgerlichen Kreise näherkommen. Sie fand nicht den Weg zur sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, die auch ihrerseits von Mißtrauen gegen die Studentenschaft erfüllt war (Wolfgang Zorn, Die politische Entwicklung des deutschen Studententums 1918-1931, in: Darstellungen und Quellen zur Geschichte der deutschen Einheitsbewegung im 19. und 20. Jh., Bd. V, Heidelberg 1965 S. 244 und 306 f. ).

Ein Vergleich der Listen des höheren Beamtentums von 1916 und 1927 im Regierungsbezirk Wiesbaden zeigt, daß der Anteil des Adels bei den höheren Beamten der Regierung und der Landratsämter wesentlich zurückging. Von 64 höheren Beamten sind 1916 17 adlig, 1927 dagegen von 56 nur 6 (Staats- und Kommunal-Handbuch für den Regierungsbezirk Wiesbaden für 1916/17, bearb. von Karl L e b e r, 1916; Reichs-, Staats- und Kommunal-Handbuch [. ..] der Regierungsbezirke Wiesbaden und Kassel sowie des Kreises Wetzlar, bearb. von d e m s., 1927). Aus R u n g e, Politik und Beamtentum im Parteienstaat geht hervor, daß die neue Regierung sich besonders in den leitenden

der Verwurzelung in einer demokratischen bürgerlichen Gesellschaft lebt und die sozialpolitischen Bestrebungen ihre Stütze und Grenze an der Ordnungsmacht des Staates und der recht verstandenen freiheitlichen Autonomie haben.

---

Stellen durchaus um eine Demokratisierung der Verwaltung bemühte, wie dies ja auch im Regierungsbezirk Wiesbaden zu beobachten ist. In der Ebene der Landräte gelang dies aber nur zum Teil, wobei auch das Mißtrauen der Linksparteien hindernd einwirkte (vgl. R u n g e bes. S. 230 ff.).